

Das Parlament

Berlin, 07. Juni 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 23-25 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Werben für die EU-Perspektive

Ruslan Stefantschuk Die erste Reise ins Ausland seit dem Angriff Russlands auf sein Land hat den ukrainischen Parlamentspräsidenten vergangene Woche nach Berlin geführt. Vor den Abgeordneten des Auswärtigen und des Europa-Ausschusses und beim Zusammentreffen mit Bundespräsident, Bundestagspräsidentin und Bundeskanzler warb der Jurist und frühere Hochschullehrer für mehr Tempo bei der Lieferung von Waffensystemen – und auch für eine glaubwürdige EU-Perspektive für die Ukraine. Stefantschuk, der im Oktober 2021 zum Vorsitzenden der Werchowna Rada gewählt worden ist, hofft, dass die EU-Mitglieder seinem Land bereits auf ihrem Gipfel Ende Juni den offiziellen Status als Beitrittskandidaten verleihen (siehe Ortstermin auf S. 12). *joh/ah*



ZAHL DER WOCHE

567

Abgeordnete stimmten am vergangenen Freitag für die mit der Einrichtung eines 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens Bundeswehr verbundene Grundgesetzänderung. Dagegen votierten 96 Abgeordnete, es gab 20 Enthaltungen.

ZITAT DER WOCHE

»Mal eben so das Grundgesetz ändern.«

Jan Korte (Die Linke) kritisiert die Eile des Verfahrens zur Grundgesetzänderung – dies stehe in einer Haushaltswoche in keinem Verhältnis zum Umfang von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr.

IN DIESER WOCHE

HAUSHALT 2022
Inneres Mehr Mittel für Bundespolizei und Bundeskriminalamt Seite 4

Gesundheit Etat steigt wegen Coronapandemie auf Rekordniveau Seite 6

Bau Warum es nach wie vor an bezahlbaren Wohnraum fehlt Seite 8

Verteidigung Mehr Geld für die Bundeswehr auch im regulären Etat Seite 10

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Kanzler kontert Kritiker

HAUSHALTSDEBATTE IM BUNDESTAG Olaf Scholz zeigt sich ungewöhnlich kämpferisch

Scholz kann nur moderat? Von wegen. Der Kanzler kann auch anders. Wenn man ihn ärgert. Wenn er sich zu Unrecht angegangen fühlt. Dann wird seine Gestik ausholender, fällt sein Lächeln schmolliger aus, gerät ihm seine Rhetorik ruppiger als üblich. So zuletzt zu erleben beim Schlagabtausch im Bundestag am vergangenen Mittwoch, als vier Stunden lang über die Politik der Bundesregierung debattiert wurde. Das erste Wort in der Generalaussprache war dem Chef der größten Oppositionsfraktion vorbehalten. Friedrich Merz von der Union trat nach zwei jüngst gewonnenen Landtagswahlen der CDU vorfreudig beschwingt ans Rednerpult, dankte den Ampelparteien für die »voluminöse« Übernahme »aller« Unionswünsche in den Verhandlungen über das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr – und ging umstandslos zur Attacke über. Scholz redete derzeit zwar mehr als sonst, sagte aber unverändert nichts. »Herr Scholz, was ist eigentlich Ihre Meinung?«, fragte Merz vor allem mit Blick auf den Krieg in der Ukraine. Im Februar habe er eine vielbeachtete »Zeitenwende«-Rede im Bundestag gehalten, bleibe aber hinter den selbstgestellten Ansprüchen Tag für Tag zurück: Alles verdampfe und verdunde »im Ungewissen«. Mehr als einen Monat nach einem entsprechenden Beschluss des Bundestages habe die Ukraine die zugesagten Waffen immer noch nicht erhalten.

Hart ins Gericht ging Merz auch mit der Kommunikation des Kanzlers. Warum sage Scholz nicht, dass die Ukraine den Krieg gewinnen und Russland sich zumindest hinter die Kontaktlinie von vor dem 24. Februar zurückziehen müsse? Warum telefoniere er 80 Minuten mit dem russischen Präsidenten Putin – für den Parlamentspräsidenten der Ukraine aber, Ruslan Stefantschuk, habe er keine Zeit: »Was ist da los in Ihrer Regierung?«, fragte Merz. Er vermisse Führung, Klarheit, eine Meinung. International nehme er Verstimmung und Enttäuschung, Verärgerung und Unmut über die deutsche Politik wahr.

Kriegsziele Merklich verstimmt und verärgert war nach diesen Worten auch der Kanzler. Scholz schneuzte sich, trat ans Pult und holte, sich zunehmend in Rage redend, zum Gegenschlag aus. »Das ist doch einfach dahergeredetes Zeug, das Sie da vortragen«, sagte Scholz. »Sie sind hier fragend durch die Landschaft getanzelt, da werden Sie aber nicht mit durchkommen, immer nur Fragen zu stellen und sich



Angriffslustig: Kanzler Olaf Scholz (SPD) reagierte giftig auf die Vorwürfe von Oppositionsführer Friedrich Merz (Union). © picture-alliance/dpa/Michael Kappeler/Kay Nietfeld/Collage: S. Roters

selbst nie zu positionieren.« Scholz hatte sichtlich das Bedürfnis, ein paar Dinge richtig zu stellen. Weil viel nach seinen Kriegszielen gefragt werde, sagte er: »Unser Ziel ist, dass Putin nicht gewinnt. Unser Ziel ist es, dass die Ukraine sich verteidigen kann und damit erfolgreich ist.« Und zum Thema Waffen stellte er fest: »Deutschland muss sich nicht verstecken.« Dann listete er das Kriegsmaterial auf, das Deutschland bereits geliefert habe: Munition, Handgranaten und Panzerabwehrminen. Sprengmaterial, Maschinengewehre und Material zur Drohnenabwehr. Gemeinsam mit Dänemark habe man Truppentransporter geliefert. Über einen Ringtausch mit Tschechien bekomme die Ukraine 20 Kampfpanzer T 72. Die Bundesregierung habe außerdem entschieden, dass die Ukraine das Luftverteidigungssystem Iris-T erhalten solle – das modernste Flugabwehrsystem, über das Deutschland verfüge. »So zu tun, als sei das nicht ein ganz besonders weitreichender

Schritt gewesen, den wir jetzt gemacht haben, das ist nicht in Ordnung«, sagt Scholz über den Paradigmenwechsel, deutsche Waffen an ein Land im Krieg zu liefern. Das sei keine Kleinigkeit, das sei ein Bruch der bisherigen Staatspraxis gewesen.

»Es gibt Enttäuschung über die unklare Rolle Deutschlands.«
Friedrich Merz (CDU)

Entlastungen Weil aber nicht alles andere hinter dem Krieg zurückstehen dürfe, der Umbau von Industrie und Wirtschaft, der Klimaschutz und aktuell vor allem der Kampf gegen die rasant steigenden Preise, legte Scholz ausführlich die Entlastungen in einem Gesamtumfang von 30 Milliarden Euro dar, die seine Regierung für Bürger und Unternehmen auf den Weg gebracht habe. Und kündigte im Kampf gegen die Inflation eine konzertierte Aktion gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern an. »Wir brauchen eine gezielte Kraftanstrengung in einer ganz außergewöhnlichen Situation«, sagte Scholz und mahnte: »Alle werden dazu beitragen müssen.«

Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann nahm diesen Ball auf und appellierte an Merz: »Blasen Sie nicht die Backen so auf, sondern tun Sie mit« - viele Großkrisen seien schließlich das Ergebnis von 16 Jahren unionsgeführter Regierungspolitik. Christian Dürr (FDP) hob hervor, dass der Haushalt weitere Hilfen für die Ukraine vorsehe: Neben einer Milliarde Euro gehöre dazu auch, dass beim Generalbundesanwalt Stellen geschaffen werden für die Verfolgung von Kriegsverbrechen: »Auch die deutschen Strafverfolgungsbehörden werden die Täter verfolgen«, sagte Dürr. Auf Ablehnung stieß der Haushalt bei der Opposition. Amira Mohamed Ali von der Linken nannte die von Scholz aufgezählten Entlastungen nicht sozial, ungerecht und die Spaltung der Gesellschaft fördernd. Die Regierung gebe keine Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart. AfD-Fraktionschefin Alice Weidel sieht Deutschland in einer fundamentalen Finanz- und Wirtschaftskrise, und doch gebe die Regierung Millionen für Klimaschutz in Indien und für Waffen an die Ukraine aus, während die Bürger hierzulande mit Alibi-Hilfen abgespeist würden. *Michael Schmidt*

EDITORIAL

Endlich wieder Streit

VON CHRISTIAN ZENTNER

Eine solche Generaldebatte im Bundestag hat es jahrelang nicht mehr gegeben. 176 Tage nach der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler haben Regierungskoalition und Unionsfraktion ihre neuen Rollen gefunden. Die Auseinandersetzung im Plenum war wichtig und wohltuend, denn sie wurde ebenso klar und hart wie demokratisch fair geführt. Es war ein Streit auf Augenhöhe. Das hat es in den vergangenen Jahren nicht oft gegeben, was auch daran lag, dass schon die wenige Redezeit der bei Großen Koalitionen nur sehr kleinen Opposition für einen Schlagabtausch nicht taugt. Damit aber fehlt einer Regierung der Rechtfertigungsdruck, es fehlt der Moment, an dem ein Kanzler sein Manuskript zur Seite legt und Klartext redet. In der neuen Konstellation macht es Freude, Debatten im Bundestag zu folgen. Unterschiede werden deutlich und Politik wird wieder greifbar. Plötzlich wird aus hanseatischer Zurückhaltung, wie sie der Kanzler in seinen Reden gerne auslebt, eine rhetorisch präzise Replik auf einen Oppositionsführer, der diese Rolle beherrscht wie kaum ein anderer. Friedrich Merz gegen Olaf Scholz, dieses parlamentarische Duell wird die Wahlperiode prägen. Das ist gut für die Demokratie. Auch abseits des Rednerpults zeigte die vergangene Woche, dass es parlamentarisch derzeit gut um das Land bestellt ist. Ampel und Opposition haben einen Weg gefunden, konstruktiv miteinander zu beraten. Beim Sondervermögen für die Bundeswehr, also der Ermächtigung der Regierung, 100 Milliarden Euro Schulden zusätzlich aufzunehmen, war dies schon aufgrund der dafür notwendigen Grundgesetzänderung unerlässlich. Bei anderen Fragen, die keine verfassungsändernde 2/3-Mehrheit erfordern, ist ein solches Miteinander nicht notwendig. Der Wert der Minderheit in der Demokratie liegt unter anderem im Aufzeigen von Alternativen, ihr Lös aber ist es, überstimmt zu werden. Das wäre auch bei der Reform des Wahlrechts möglich, stünde aber im Widerspruch zur gerade eingesetzten Kommission, die überparteilich Vorschläge für ein neues Wahlrecht erarbeiten soll. Es bleibt ein lohnenswertes Ziel, die Frage, auf welche Weise der Bundestag gewählt werden soll, in einem möglichst breiten demokratischen Konsens zu beantworten. Das Sondervermögen hat gezeigt, dass ein Miteinander auch in schwierigen Fragen möglich ist.

100 Milliarden Euro für Aufrüstung beschlossen

SONDERVERMÖGEN Extra-Haushalt soll auf Drängen der Union nur für Bundeswehr genutzt werden

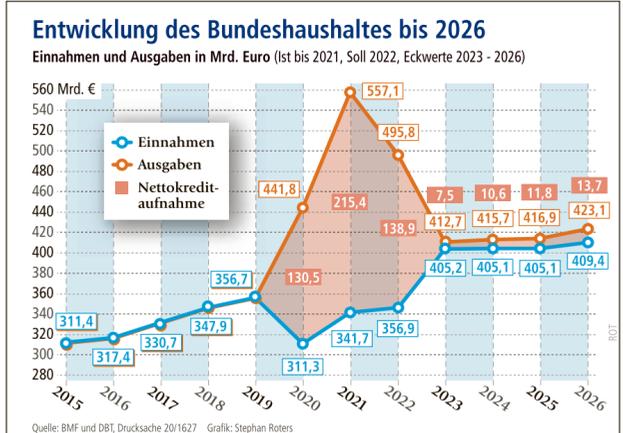
Das Sondervermögen Bundestag kommt. Vergangenen Freitag beschloss der Bundestag zwei entsprechende Gesetzentwürfe der Bundesregierung in geänderter Fassung (20/2091, 20/2090). Mit dem Fonds plant der Bund angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine eine finanzielle Kraftanstrengung zur Aufrüstung der Streitkräfte. Insgesamt 100 Milliarden Euro sollen zur Stärkung der »Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit« durch Schließung von »Fähigkeitslücken der Bundeswehr« mobilisiert werden (siehe Seite 10). In namentlicher Abstimmung votierten 567 Abgeordnete für die vorgesehene Grundgesetzänderung (Quorum: 491 Stimmen) und 96 dagegen bei 20 Enthaltungen. Für die einfachgesetzliche Detail-Regelung zum Sondervermögen stimmten 593 Abgeordnete bei 80 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen. An diesem Freitag stehen die Abstimmungen im Bundesrat an.

Zweck enger gefasst Insbesondere der letzte Gesetzentwurf trägt nun auch die Handschrift der Union – denn ohne sie hätte die Ampelkoalition nicht die erforderliche Mehrheit für die Grundgesetzän-

derung erreicht. Konkret zeigt sich das an der enger gefassten Zweckbestimmung des Sondervermögens. Die Ampel-Koalition hatte eigentlich geplant, etwa auch Maß-

nahmen der Cyberabwehr aus dem Topf finanzieren zu können. Das hatte die Union von Anfang an abgelehnt und sich letztlich durchgesetzt. Die Mittel stehen nun aus-

schließlich für Vorhaben der Bundeswehr zur Verfügung. Neben einem konkreteren Bezug zum Zwei-Prozent-Ziel der Nato, das in den kommenden fünf Jahren im »mehrfährigen Durchschnitt« erreicht werden soll, wird nun auch die parlamentarische Kontrolle geschärft. Ein eigenes Gremium soll das Sondervermögen kontrollieren. Die Kreditaufnahme für das Sondervermögen soll durch die beschlossene Grundgesetzänderung nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden müssen. Auf Drängen der Union wurde die Tilgung konkretisiert: Sie soll spätestens am 1. Januar 2031 beginnen. Damit dürften die finanzpolitischen Spielräume in den 2030er Jahren noch enger werden: Denn bereits ab 2028 sollen die Corona-Ausnahmekredite des aktuellen und der vergangenen Haushaltsjahre getilgt werden (siehe Seite 3). *scr*



GASTKOMMENTARE

SCHULDENBREMSE NUR NOCH EIN PAPIERTIGER?

Im Stresstest

PRO



Jan Hildebrand, »Handelsblätt«, Düsseldorf

Die Rückkehr zur Schuldenbremse, die Finanzminister Christian Lindner für 2023 verspricht, wird ein finanzieller Kraftakt. In diesem Jahr konnte er dank Ausnahme Klausel noch Kredite über rund 140 Milliarden Euro aufnehmen. Im kommenden Jahr wären dann je nach Konjunkturlage 7,5 Milliarden Euro oder etwas mehr möglich. Einen solchen Defizitabbau hat es noch nicht gegeben. Das Vorhaben ist schwierig – aber richtig. Würde man die Schuldenbremse ohne Not ein viertes Jahr in Folge aussetzen, wäre der Ausnahmezustand endgültig zur Normalität geworden. Doch auch wenn sich der Finanzminister durchsetzen sollte und die Schuldenregel 2023 auf dem Papier wieder gilt, so bliebe sie doch in akuter Gefahr. Denn die Einhaltung wird nur gelingen dank vieler Rücklagen, auf welche die Ampelkoalition in den kommenden Jahren zurückgreifen will: Eine alte Haushaltsreserve von 48 Milliarden Euro wird angezapft. Im Energie- und Klimafonds sind 60 Milliarden Euro ungenutzte Corona-Notkredite geparkt. Hinzu kommt nun noch das neue Sondervermögen Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro. Die Rücklagen mögen die Einhaltung der Schuldenbremse in den kommenden Jahren ermöglichen. Doch wie geht es weiter, wenn die finanziellen Reserven aufgezehrt sind? Die Große Koalition und die Ampel haben die Ausnahmejahre der Pandemie gleichermaßen genutzt, um während der Aussetzung der Schuldenregel finanzielle Vorräte anzulegen. Einige Jahre kann das nun helfen, auf dem Papier die Vorgaben wieder einzuhalten. Die langfristige Finanzierung vieler Ausgaben aus dem Bundesetat ist damit nicht gesichert. Ein weiterer Stresstest steht der Schuldenbremse also noch bevor, selbst wenn Lindner sie 2023 einhalten sollte.

Notwendige Diät

CONTRA



Manfred Schäfers, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Noch einmal darf die Koalition kräftig sündigen: Die Schuldenregel ist zum dritten Mal in Folge ausgesetzt, der Etat 2022 entsprechend üppig ausgefallen. Er sieht ein Defizit von knapp 140 Milliarden Euro vor. Hinzu kommt ein Sondervermögen – in Wahrheit handelt es sich um künftige Schulden – von 100 Milliarden Euro, das dem Überfall Russlands auf die Ukraine und der jahrelangen Vernachlässigung der Bundeswehr geschuldet ist. Die Union rechnet noch die Kreditermäßigungen von 60 Milliarden Euro hinzu, die von der Ampel zu Jahresbeginn in den Energie- und Klimafonds geschoben wurden, und kommt so auf eine Rekordverschuldung von 300 Milliarden Euro. Man kann lange streiten, ob diese Rechnung zulässig ist. Klar ist indessen: So kann es nicht weitergehen. 2023 werde die Schuldenbremse wieder greifen, verspricht Finanzminister Christian Lindner (FDP). Damit muss er die Neuverschuldung auf etwa acht Milliarden Euro herunterfahren. Tatsächlich erlaubt das Grundgesetz nichts anderes, wenn man es ernst nimmt – und das sollte jeder Bundesbürger und erst recht jeder Bundesminister. Wenn die Pandemie das Wirtschaftsleben kaum noch belastet und die Bundeswehr mit Hilfe eines Nebenhaushalts auf Vordermann gebracht wird, lässt die Verfassung die Flucht in übermäßig hohe Schulden nicht mehr zu. Aus gutem Grund: Die nächste Generation wird mit dem Ausscheiden der Babyboomer aus dem Erwerbsleben genug belastet, da sollte man ihr nicht noch weitere Schulden anhängen. Wie Lindner richtig erkannt hat, darf man die Schuldenregel nicht aussetzen, nur um rot-grün-gelbe Pläne leichter erfüllen zu können. Die Diät ist nicht schön, aber notwendig.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 10. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Kindler, dieser Bundeshaushalt ist weit mehr als in normalen Jahren durch Sachzwänge geprägt. Die Corona-Pandemie wirkt noch fort, und nun sind auch noch die Folgen des russischen Großangriffs auf die Ukraine zu bewältigen. Konnte die neue Koalition angesichts dieser Zwänge überhaupt eigene Akzente setzen?

Natürlich bestimmen die Folgen der Corona-Pandemie auch diesen Haushalt stark, und aufgrund der massiven sozialen, ökonomischen und humanitären Auswirkungen des schrecklichen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mussten wir einen Ergänzungshaushalt aufstellen. Aber die Regierung und das Parlament im Haushaltsverfahren haben starke eigene Akzente gesetzt. So bei den Investitionen. Wenn man das Sondervermögen Energie- und Klimafonds plus das Sondervermögen Digitale Infrastruktur mit dem Kernhaushalt zusammennimmt, steht jetzt ein Rekordwert von 75 Milliarden Euro für Investitionen bereit. Unsere zwei Entlastungspakete sind zielgenau und sozial gerecht. Die Frage, wie man konkret entlastet, ist auch hochpolitisch. Wir unterstützen Familien mit dem Kinderbonus von hundert Euro, wir haben den Einmal-Zuschlag für Menschen im ALG-II-Bezug in Höhe von 200 Euro beschlossen, den Heizkostenzuschlag unter anderem für Wohngeldbezieher und eine Energiepreispauschale von 300 Euro, die versteuert wird...

...was bedeutet?

Dass die Pflegekraft deutlich mehr bekommt als der Chefarzt. Das Neun-Euro-Ticket ist ein Kassenschlager und zeigt, wie beliebt der Öffentliche Nahverkehr ist. Das Volumen des Energie- und Klimafonds hat die Ampelkoalition für die nächsten Jahre auf fast 200 Milliarden Euro verdoppelt und dort wichtige Investitionen konkret verankert. Im parlamentarischen Verfahren haben wir noch deutlich nachgesteuert für Diplomatie, zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit, die im ersten Entwurf noch zu gering angesetzt waren.

Der gerade verabschiedete Etat basiert auf der Annahme leicht steigender Steuereinnahmen. Was aber, wenn etwa wegen einer gravierenden Störung der Gasversorgung die Konjunktur einbricht?

Die fossile Inflation, die steigenden Gas- und Ölpreise sind nicht nur, aber vor allem eine Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Damit greift die Notfallregelung der Schuldenbremse nach Artikel 115 Grundgesetz und der Staat kann krisenbedingte Kredite aufnehmen. Er hat in der Vergangenheit schon darüber Entlastungsmaßnahmen finanziert. Wenn jetzt zum Beispiel Wladimir Putin im Herbst den Gashahn zudreht, könnte der Staat darauf mit einem Nachtragshaushalt und mit Notkrediten reagieren.

Finanzminister Lindner will nun mit dem nächsten Haushalt für 2023, der gerade erarbeitet wird, wieder im Rahmen der Schuldenbremse bleiben. Halten Sie das für richtig und realistisch?

Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Schuldenbremse 2023 wieder einzuhalten. Die Annahme im Herbst 2021 war, dass wir dann wieder in einer politischen und finanziellen Normallage sind. Ich habe keine Glaskugel, habe aber Zweifel, ob die große Belastung durch die Pandemie und die sozialen, wirtschaftlichen und auch internationalen Folgen des Ukraine-Kriegs am 31.12.2022 um 23.59 Uhr einfach schlagartig beendet sind. Wenn ich mir die schrecklichen Handlungen und die imperialen Pläne des russischen Präsidenten ansehe, fürchte ich, dass das ein längerer Konflikt wird. Das Wichtigste dabei ist, dass Europa geschlossen zusammensteht. Wir dürfen uns

»Eigene Akzente gesetzt«

SVEN-CHRISTIAN KINDLER Trotz Krisen hat die Ampel die Investitionen auf einen Rekordwert gehoben, sagte der Grünen-Haushaltsexperte. Es sei nicht die Zeit, den Rotstift anzusetzen



© picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka

nicht von Wladimir Putin durch eine falsche Finanzpolitik auseinanderdividieren lassen. Die Europäische Kommission hat zurecht für 2023 noch einmal die Ausnahme Klausel bei ihren Schuldenregeln beschlossen. Und ich erwarte, dass Deutschland als größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union weiterhin eine aktive Finanzpolitik betreibt und sich nicht in die Krise reinspart. Wer jetzt in der Krise den Rotstift ansetzt und Normalität suggeriert in einer Notlage, gefährdet auch den Zusammenhalt in Europa und in Deutschland.

Nun klang aber Lindner so, als ob er in dieser Frage nicht mit sich reden lässt. Könnte das ein Knackpunkt für die Koalition werden?

Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung diese Fragen einvernehmlich wie auch schon in der Vergangenheit regeln wird und die Realität die Haushalts- und Finanzpolitik der Ampelregierung bestimmt. Ich wünsche mir sehr, dass wir 2023 wieder in einer Normallage sind. Aber ich befürchte, dass das nicht so ist.

Unmittelbar vor der abschließenden Haushaltsberatung haben sich Koalition und Union auf die Ausgestaltung des Bundeswehr-Sondervermögens von hundert Milliarden Euro geeinigt. Die Über-einkunft sieht vor, dass einige Anliegen der Grünen bei der Cyberabwehr und der internationalen Zusammenarbeit nicht aus dem Sondervermögen finanziert werden, sondern aus dem regulären Bundeshaushalt. Kann das angesichts der Zwänge, über die wir gerade gesprochen haben, überhaupt funktionieren?

Die Einigung zum Sondervermögen ist ein Kompromiss. Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, warum die Union die Finanzierung von Cybersicherheit aus dem Sondervermögen abgelehnt hat. Ich halte diese Haltung für von vorgestern. Ein Hackerangriff auf ein Krankenhaus ist momentan viel wahrscheinlicher als ein Raketenangriff auf die Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem muss ich zur Kenntnis nehmen, dass das mit der Union nicht zu machen war. Aber in der Bundesregierung ist klar verabredet, dass jetzt schnellstmöglich eine Strategie für den Cyber- und Informationsraum entwickelt und das dafür notwendige Geld im Haushalt verankert wird, ebenso wie Geld für zivile Krisenprävention und internationale Stabilisierungsmaßnahmen. Ich gehe davon aus, dass das jetzt mit dem nächsten Haushalt passiert.

Vereinbart ist nun, dass die Regierung mit dem Gesetzentwurf zum Sondervermögen einen Wirtschaftsplan vorlegt, dessen Umsetzung eng vom Haushaltsausschuss überwacht wird. Wie hat man sich diese Überwachung vorzustellen?

Der Wirtschaftsplan wird jedes Jahr von der Regierung vorgelegt und muss dann vom Haushaltsausschuss beschlossen werden. Zusätzlich richtet der Bundestag ein Gremium mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses ein, welches das Sondervermögen kontrolliert und den Haushaltsausschuss bei seinen Entscheidungen berät. Der Haushaltsausschuss selbst kann Projekte ablehnen oder sperren. Und er muss jedes Projekt über 25 Millionen Euro genehmigen. Das wurde bisher nur durch einen Maßgebungsbeschluss des Haushaltsausschusses untergeseztlich geregelt. Erstmals werden wir das jetzt auch gesetzlich fest-schreiben. Das ist ein großer Fortschritt für die Rechte des Parlaments. Wir haben zusätzlich beschlossen, dass die Reform des Beschaffungswesens eng vom Haushaltsausschuss kontrolliert wird zusammen mit dem Rechnungshof, um dafür zu sorgen, dass Gelder wirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden und nicht wie in der Vergangenheit unter Leitung der Union im Verteidigungsministerium teilweise einfach verbrannt.

Die Koalitionsvereinbarung enthält noch eine Menge Vorhaben, darunter kostspielige Projekte etwa in der Sozialpolitik. Glauben Sie, dass man da in den nächsten drei Jahren angesichts der Umstände Abstriche machen müssen?

Wir haben den Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart. Darin sind konkrete Projekte enthalten, und die gelten. Sie müssen in der Finanzplanung jetzt konkret unterlegt werden, insbesondere die Kindersicherungs- und Energiegeld und das soziale Bürgergeld. Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung insgesamt, also auch das Finanzministerium, die Finanzierung sicherstellt.

Das Gespräch führte Peter Stützle.

Sven-Christian Kindler ist haushalts-politischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kindler sitzt seit 2009 im Bundestag.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Zahlenfokussierte: Florian Oßner

Für die turbulenten Tage eines Haushaltspolitikers klingt Florian Oßner recht entspannt. Eine „historische Größenordnung“ macht der 42-Jährige aus, wenn er an den Umfang des stark angewachsenen Etats denkt. Der ist in seinen Augen: „Definitiv zu hoch.“ Die Grundgesetzänderung: „Bereitet Kopfschmerzen.“ Und die Ausgabenpolitik an sich: „Bereitet Bauchschmerzen, da besteht die Gefahr, dass wir Öl ins Feuer der Inflation gießen, dabei sind wir noch nicht einmal unmittelbar in einer Rezession.“ Es sind harte Worte, die Oßner, CSU-Bundestagsabgeordneter aus dem niederbayerischen Wahlkreis Landshut-Kelheim, gelassen ausspricht. Aber vielleicht ist genau sowas das Rüstzeug, um mit Zahlen umzugehen. Oßner begleitet sie jeden Tag. Er zählt sich als Mitglied der Unionsfraktion zu den „geistigen Vätern der Schuldenbremse“, die nun zu einem schwierigen Part gezwungen seien – siehe das kreditfinanzierte Sondervermögen Bundeswehr. „Wir haben zum Glück viele Bedingungen eingebaut und Begehrlichkeiten abgewehrt, nun stärkt es ausschließlich die Wehrfähigkeit der Bundeswehr.“ Oßner bemängelt am Bundeshaushalt, dass die Regierung viele Referate in den Ministerien zerstückelt und doppelt bis dreifach besetzt habe, dass die Kompetenz für die Digitalisierung auf mehrere Felder verteilt werde und deshalb an Stringenz verliere. Und dass ein Neun-Euro-Ticket eingeführt, aber jeder Bedarfsplan zum Verkehrswesen zurückgefahren werde: „Es wird kein zusätzliches Gleis gebaut, kein Bus oder Zug mehr eingesetzt.“

Wer Oßner zuhört, könnte schlechte Laune kriegen. Aber dann ist da ja diese Gelassenheit. Mit ihr erzählt er, wie er letztendlich in den Bundestag gekommen ist. Vielleicht fing es an mit dem Vater, der im Ort zweiter Bürgermeister war, auch in der CSU, „aber durchaus öfters anderer Meinung als ich war“. Oder es begann mit der Zufriedenheit, in der Jugend mit den Älteren für bessere Freizeitmöglichkeiten erfolgreich zu streiten. Dennoch blieb es zunächst bei Ehrenämtern. Vom Ortsvorsitzenden der Jungen Union



© DBT/Achim Meile

»In der Politik geht es oft um Fakten und Zahlen – eben um das, was hinten rauskommt.«

im Ort Velden mit 17 zum Kreisvorsitzenden mit 25, dann als 28-Jähriger der Einzug in den Markt und in den Kreistag. Kein einfacher Spagat für den Volkswirtschaftler, der beim Maschinenbauerhersteller Caterpillar im Risikomanagement angeheuert hatte. „Die Kreistagsitzungen wurden immer für montagnachmittags anberaumt“, erinnert er sich. „Für Kollegen im Staatsdienst kein Problem, die wurden freigestellt. Ich musste im Unternehmen aus-

handeln, dass ich dafür einen halben Urlaubstag nehmen durfte“, am Ende des Jahres waren dann 15 Urlaubstage draufgegangen. Vereinsreferent in der Gemeinde war er auch, da kam er rum – und erlebte, dass der Tag tatsächlich nur 24 Stunden hat. „Dennoch hatte ich nie die Absicht, Berufspolitiker zu werden.“ Dass er es doch recht früh wurde, und zwar 2013 mit dem Einzug in den Bundestag, führt er auf „mitunter viele Zufälligkeiten“ zurück. Aber es scheint Oßner gefallen zu haben; für die Familie bedeute dies ohne Doppelbelastung ein entspannteres Arbeitsverhältnis als im US-Unternehmen, sagt er. Für die Zusammenstellung von Parlamenten sieht Oßner eine Wettbewerbsverzerrung: Im Staatsdienst Beschäftigte hätten es viel leichter, sich durch Ehrenämter für Kandidaturen zu empfehlen. 2013 zog der Niederbayer zunächst in den Verkehrsausschuss, 2017 kam dann der Haushaltsausschuss hinzu. Sein Mandat erlangt er stets direkt im Wahlkreis, doch mit abnehmenden Erststimmen. „Das bürgerliche Lager ist bei mir in der Region recht zersplittert“, sagt er; die Freien Wähler sind dort recht stark, ihr Chef Hubert Aiwanger tritt für sie im Bundestagswahlkampf stets an. Wer sich auf seiner Website über Oßners Mission informieren will, findet unter „politische Ziele“: Förderung von Wasserstoff, mehr Polizisten, Familienförderung, Ausbau von Schiene, Straße und Breitband- sowie Mobilisbau, weniger Steuern – Praktisches halt. „Das liegt an meinem Charakter“, erklärt er. „In der Politik geht es oft um Fakten und Zahlen – eben um das, was hinten rauskommt.“ So spricht ein Haushälter.

Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
3. Juni 2022

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brüßler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) cvD
Sandra Schmidt (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) vergangene Woche im Bundestag.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Ein »Schuldenberg«?

ETAT 2022 Bundestag beschließt Haushalt für das laufende Jahr. Kredit-Tilgung soll 2028 beginnen

Der Bundestag hat vergangenen Freitag den Haushalt für das laufende Jahr beschlossen. Darin wird mit Ausgaben in Höhe von 495,8 Milliarden Euro gerechnet. Das sind noch einmal 11,9 Milliarden Euro mehr, als der Ende April vorgelegte Ergänzungshaushalt vorgesehen hatte. Allerdings ist es auch deutlich weniger als im Vorjahr, als der Bund 556,6 Milliarden Euro ausgegeben hatte – und ursprünglich im Soll sogar mit 572,7 Milliarden Euro geplant hatte. Die Ausgaben für Investitionen sollen sich in diesem Jahr auf 51,5 Milliarden Euro belaufen. Bei den Einnahmen wird in diesem Jahr mit Steuereinnahmen von 328,4 Milliarden Euro und sonstigen Einnahmen in Höhe von 28,4 Milliarden Euro gerechnet. Damit klafft im dritten Jahr in Folge eine große Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. Der Bund soll deshalb in diesem Jahr 138,9 Milliarden Euro an neuen Krediten aufnehmen dürfen. Im vergangenen Jahr waren es noch 215,4 Milliarden Euro. Die diesjährige Kreditaufnahme liegt damit 115,7 Milliarden über der eigentlich nach der Schuldenre-

gel des Grundgesetzes erlaubten Nettokreditaufnahme. Daher beschloss der Bundestag auf Antrag der Koalitionsfraktionen (20/2036) erneut eine Ausnahme von der Schuldenregel. In namentlicher Abstimmung stimmten 398 Abgeordnete für die Vorlage bei 251 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen. Den Haushalt nahm der Bundestag in namentlicher Abstimmung mit 403 Stimmen bei 285 Nein-Stimmen und einer Enthaltung an. In der Begründung zu dem Antrag nennt die Koalition die fortwährenden Folgen der Corona-Pandemie und die Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine als Gründe, warum eine „außergewöhnliche Notsituation“ vorliege, die eine entsprechende Kreditaufnahme unausweichlich mache. Zudem wird die Tilgung der seit 2020 aufgenommenen Kredite neu geregelt. Sie soll nun, wie von der EU erlaubt, erst 2028 beginnen und bis 2058 fortauern. Bisher war 2026 avisiert worden. Ab spätestens 2031 sollen

dann noch die Kredite aus dem Sondervermögen Bundeswehr getilgt werden (siehe Seite 1), der genaue Zeitraum wird noch festgelegt werden.

Schlussrunde In der Schlussrunde am vergangenen Freitag – wie auch in den Tagen zuvor – lieferten sich Redner und Rednerinnen der Fraktionen noch einmal einen harten Schlagabtausch über die Etat-Planung. Alexander Dobrindt (CSU) übte scharfe Kritik am Haushalt der Ampel-Koalition. „Das ist kein Haushalt, das ist ein Schuldenberg.“ Insgesamt mache die Koalition in diesem Jahr 300 Milliarden Euro Schulden, sagte Dobrindt mit Verweis auf den laufenden Haushalt (138,9 Milliarden Euro), den Nachtragshaushalt 2021 (60 Milliarden Euro), der im Januar beschlossen worden war, sowie das Sondervermögen für die Bundeswehr (100 Milliarden Euro). Er stellte zudem in Abrede, dass es Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) gelingen werde,

ab dem Haushalt 2023 die Schuldenbremse wieder einzuhalten. Jede Ministerin und jeder Minister der Regierung habe neue zusätzliche Ausgaben angekündigt, sagte der Christsoziale. „Sie arbeiten mit den Schulden der kommenden Generationen“, monierte Dobrindt. Karsten Klein (FDP) hielt dem entgegen, der Koalition sei es gelungen, in dem ursprünglich noch von der alten Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf ein „zartes Pflänzchen des Aufbruchs und Fortschritts einzupflanzen“. Dabei bilde der Haushalt zugleich „zwei enorm herausfordernde Krisen“ ab. Das sei ein Kraftakt gewesen, sagte Klein. Die Koalition mache deutlich, dass sie in schwierigen Zeiten handlungsfähig sei und die „Weichen in Richtung Zukunft“ stelle. Mit Blick auf die Bundesländer-Finanzbeziehungen forderte der Liberale einen „Strategiewechsel“. Peter Boehringer (AfD) kritisierte die „Megaverschuldung“, die zu weiterer Inflation führe. Der Großteil der Preissteigerung sei die Schuld der Politik und nicht Folge des Krieges in der Ukraine, sagte Boehringer. Dadurch steuere man auf eine „soziale Katastrophe“ zu. Bettina Hagedorn (SPD) warf ihrem Vordränger Dobrindt vor, sich nicht entschei-

den zu können, ob die Union nun den „Schuldenberg“ kritisieren oder doch durch eigene Forderungen mehr Schulden machen wolle. Hagedorn verwies auf die positiven Folgen der vom Bundestag vorher beschlossenen Erhöhung des Mindestlohns für Frauen. Sie warb zudem für gezielte Zuwanderung. Damit müsse die „größte Gefahr für eine prosperierende Wirtschaft“, der Fachkräftemangel, in den Griff bekommen werden. **Vermögenssteuer** Gesine Löttsch (Die Linke) warf Grünen und SPD vor, Wahlversprechen der sozialen Gerechtigkeit bisher nicht eingelöst beziehungsweise im Falle der Vermögenssteuer kassiert zu haben. Zudem fragte sie, wie die sozialpolitischen Vorhaben der Koalition finanziert werden sollen, wenn ab 2023 wieder die Schuldenbremse greifen solle. „Die Antwort darauf sind Sie schuldig geblieben“, warf sie der Koalition vor. Löttsch forderte einen „Schutzschirm für Menschen, die kein Geld mit Krieg und Krisen verdienen“. Paula Piechotta (Bündnis 90/Die Grünen) betonte mit Blick auf die Ereignisse seit Abschluss des Koalitionsvertrages, dass die Politik der Bundesregierung ein „Update“ gebraucht habe. Der vorliegen-

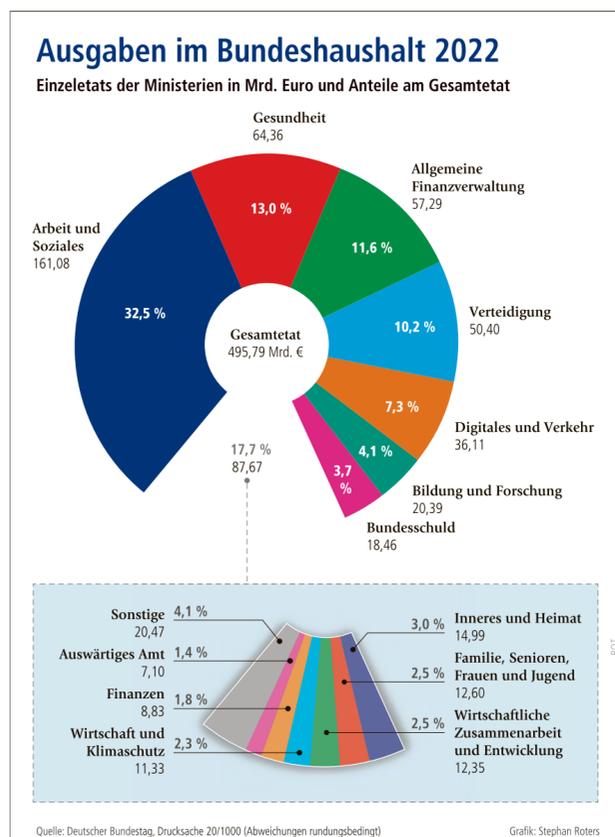
de Haushalt sei ein Bestandteil dieses Updates. Angesichts sich „akkumulierender Krisen“ könne mit Zukunftsinvestitionen nicht mehr auf Erholungsphasen gewartet werden, sagte Piechotta. Die Grünen-Abgeordnete ging ebenfalls auf die Bundesländer-Finanzbeziehungen ein und fragte, ob die Lastenteilung noch im Lot sei. Es stehe ein „Berg an Aufgaben“ an. Dafür benötige es die „gesamte Kraft des Landes“ und nicht nur die „42 Prozent Steuerkraft des Bundes“. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) wies die Kritik von Seiten der Union zurück. Mit dem zweiten Regierungsentwurf sei es der Koalition gelungen, innerhalb der Eckwerte der Vorgängerregierung „mehr Qualität“ zu erreichen. Der Ergänzungshaushalt beinhalte notwendige Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine, Hilfen für die Wirtschaft sowie Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Sondervermögen werde der von der Union mit verantwortete Zustand der Bundeswehr angegangen. „Sie wollen in der Haushaltspolitik Schauble sein“, sagte der Finanzminister, aber in der Realität gehe die Union mit dem Geld der Menschen um „wie der Jongleur auf der Strandpromenade von Sylt“. *Sören Christian Reimer*

Die Ausgaben für Investitionen sollen sich in diesem Jahr auf 51,5 Milliarden Euro belaufen.

Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2022 in 1.000 €	Veränderungen zu 2021 in 1.000 €	2022 in 1.000 €	Veränderungen zu 2021 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	44.890	+ 240
02 Deutscher Bundestag	1.824	+ 45	1.108.906	+ 49.151
03 Bundesrat	21	- 65	35.293	- 5.896
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	103.502	+ 100.000	3.861.175	- 786.542
05 Auswärtiges Amt	147.789	- 53.000	7.107.584	+ 805.856
06 Bundesministerium des Innern und Heimat	802.575	- 393.046	14.986.394	- 3.471.320
07 Bundesministerium der Justiz	644.777	+ 20.000	937.979	- 19.482
08 Bundesministerium der Finanzen	622.489	+ 2.043	8.826.143	+ 83.803
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	731.920	+ 266.825	11.333.775	+ 1.060.241
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	81.704	+ 1.323	7.104.577	- 571.499
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.763.076	- 50.238	161.080.980	- 3.839.500
12 Bundesministerium für Digitales und Verkehr	7.976.453	- 108.926	36.111.000	- 5.243.472
14 Bundesministerium der Verteidigung	710.797	+ 450.000	50.404.828	+ 3.474.816
15 Bundesministerium für Gesundheit	104.518	+ 1.827	64.357.036	+ 14.460.613
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit u. Verbraucherschutz	822.448	- 30.530	2.172.384	- 484.674
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	199.048	-	12.599.961	- 606.630
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	35.910	- 1.260
20 Bundesrechnungshof	2.221	- 1.704	172.905	+ 4.023
21 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	85	-	43.243	+ 11.706
22 Der Unabhängige Kontrollrat	-	-	12.375	+ 7.685
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	747.834	- 54.691	12.349.893	- 75.788
25 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	265.727	+ 265.727	4.962.548	+ 4.962.548
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	41.251	+ 975	20.385.200	- 434.227
32 Bundesschuld	140.630.904	- 100.666.090	18.463.298	+ 3.189.702
60 Allgemeine Finanzverwaltung	339.390.279	+ 24.315.286	57.293.198	- 89.504.333
SUMME	495.791.475	- 76.934.239	495.791.475	- 76.934.239

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1627

Grafik: Stephan Roters





Eine Einsatztruppe des Technischen Hilfswerks (THW) auf dem Weg zu ihrem Fahrzeug. Das THW soll nach den Worten von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) neue Logistikzentren erhalten. © picture-alliance/Martin Ley

Sonderprogramm für den Denkmalschutz

KULTUR Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) gehört zu den Gewinnern der Beratungen über den Bundeshaushalt. Die Haushälter sattelten in den Beratungen auf den Regierungsentwurf noch einmal rund 150 Millionen drauf, so dass Roth in diesem Jahr 2,29 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. So wurden etwa die Mittel für ein weiteres Denkmalschutz-Sonderprogramm um 66 Millionen auf insgesamt 73 Millionen Euro erhöht. Um weitere 65 Millionen auf rund 100 Millionen Euro wurden die Zuschüsse für investive Maßnahmen in kulturellen Bauten und Einrichtungen erhöht. Auch die Mittel für das Zukunftsprogramm Kino wurden um zehn Millionen auf 25 Millionen angehoben. Zu den größten Posten in Roths Etat gehören unter anderem die Deutsche Welle mit 404 Millionen Euro, die Stiftung Preussischer Kulturbesitz mit rund 310 Millionen Euro, das Bundesarchiv mit rund 193 Millionen Euro und die Förderung von Film- und Serienproduktion in Deutschland mit 175 Millionen Euro sowie die Pflege des Geschichtsbewusstseins mit 105 Millionen Euro.

Helge Lindh (SPD) verteidigte den Mittelaufwuchs in Roths Etat: „Kultur ist aus der Sicht der Koalition nicht Zwangsbeglückung, nicht Reparaturbetrieb, nicht Ornament bei Bedarf, sondern Recht und Anspruch auf kulturelle Teilhabe.“ Und Anikó Merten (FDP) betonte, der Mittelaufwuchs für Kultur und Medien um sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr in wirtschaftlichen schweren Zeiten sei ein „Bekenntnis zur Demokratie“. Kunst und Kultur seien „Spiegel unserer Gesellschaft“ und „Motor für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gegenwart.“ Trotz aller Freude über den Mittelaufwuchs wurde trotzdem Kritik an einzelnen Haushaltsposten laut. Christiane Schenderlein (CDU) monierte, es würden sieben Millionen Euro für das neue Programm „Globaler Süden“ und die Aufarbeitung des kolonialen Erbes eingeplant, ohne dass ein Konzept vorliege. „Wir wissen gar nicht, wofür diese Mittel in diesem Jahr noch ausgegeben werden sollen“, befand Christiane Schenderlein. Die Kürzungen von fünf Millionen Euro beim Humboldt-Forum in Berlin, „dem größten nationalen Kulturprojekt“, seien ebenfalls der falsche Weg. **aw**

Mehr Geld, mehr Stellen

INNERES Stärkung von Kriminalitätsbekämpfung, Bevölkerungsschutz und Cybersicherheit angekündigt

Für Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) war es als Ressortchefin der erste Etat ihres Hauses, über den der Bundestag vergangene Woche abschließend beriet, und bei dieser Premiere konnte sie bereits eine Steigerung ihres Haushalts verkünden: Mit einem Volumen von rund 15 Milliarden Euro weist ihr Etat (20/1606, 20/1626, 20/1627) ein Plus von rund 889 Millionen Euro im Vergleich zum Entwurf der Vorgängerregierung auf, konstatierte Faeser in der Debatte zufrieden, und mit dem Ergänzungshaushalt kämen noch 250 Millionen Euro zur Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine hinzu. Mit den zusätzlichen Mitteln und neuen Stellen sollen der Ministerin zufolge besonders die Kriminalitätsbekämpfung, der Bevölkerungsschutz und die Cybersicherheit gestärkt werden. 135 neue Stellen erhalte das Bundeskriminalamt und mehr als 1.000 die Bundespolizei, rechnete Faeser vor. Auch werde erheblich in Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe investiert. So sorge man für moderne Warnsysteme, baue neue Logistikzentren für das Technische Hilfswerk (THW) und verstärke die Zivilschutzreserve des Bundes.

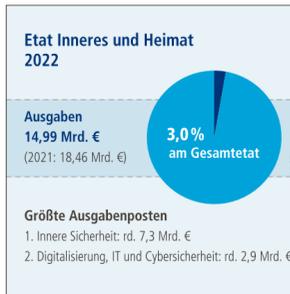
»Die Wehrhaftigkeit der Demokratie wird mit diesem Etat gestärkt.«

Martin Gerster (SPD)

Faeser kündigte zudem an, noch vor der Sommerpause ihre Cybersicherheitsstrategie vorzustellen. Dazu gehöre auch, dem Bund die führende Rolle in der Cybersicherheit zuzuweisen und dies im Grundgesetz zu verankern. Zugleich begrüßte sie, dass der Haushaltsausschuss 25 Millionen Euro für ein humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan bereitgestellt habe. Die Opposition zeigte sich in der Aussprache naturgemäß weniger zufrieden mit dem Zahlenwerk. André Bergegger (CDU) sagte, dass seine Fraktion den Mittel- und Stellenaufwuchs zur Stärkung der inneren Sicherheit natürlich unterstütze. Es wäre aber auch ohne finanzielle Mehraufwand mehr in diesem Bereich machbar gewesen. So parke die Koalition rund 34 Millionen Euro als Rücklage für unvorhergesehene Bedarfe unter anderem beim THW und Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), ohne dass sie dafür aktuell einen Bedarf habe. Zugleich sei vom erforderlichen Bedarf des BBK für die Warn-App „Nina“, Cell-Broadcast-Systeme, das modulare Warnsystem „Mowas“ und die Unterstützung der Errichtung moderner Sirenen nur rund die Hälfte bewilligt worden.

Hier hätte die Koalition die Mittel aus der Rücklage einsetzen können. Jamila Schäfer (Grüne) entgegnete, dass man sich für eine funktionierende Warninfrastruktur einsetze und das THW sowie das BBK im Ergänzungshaushalt mit jeweils 50 Millionen Euro gestärkt habe. Im parlamentarischen Verfahren sei diese Stärkung nochmals ausgebaut worden. Auch würden mit dem Haushalt nochmals 50 Millionen Euro für die IT-Sicherheit und -Weiterentwicklung zur Verfügung gestellt.

Kritik und Lob Marcus Bühl (AfD) monierte, die Sprach- und Integrationskurse würden üppig mit Steuergeld ausgestattet, während der Grenzschutz völlig unzureichend sei und es viel zu wenige neue Bundespolizisten gebe. Zwar seien 1.000 zusätzliche Stellen für die Bundespolizei ein Anfang, doch gleiche die Nettoverstärkung dabei hauptsächlich die altersbedingten Abgänge aus. Dagegen umfassten die Mittel für Integrations- und Sprachkurse 675 Millionen Euro, obgleich Migranten ohne Bleibeperspektive in Deutschland auch keinen teuren Integrationskurs bräuchten. Thorsten Lieb (FDP) hob hervor, dass in den Etatberatungen gerade bei Digitalisierung, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe nochmals deutlich nachgeschärft worden sei. Beim Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe setze die Koalition um, was die Union 2021 nur angekündigt habe. Dringend nötig seien auch die Maßnahmen zur Stärkung der Cybersicherheit und Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung. Die Regierungskoalition leite den strukturellen Umbau der IT-Sicherheitsarchitektur ein und mache das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) endlich unabhängig. Martina Renner (Die Linke) kritisierte, dass für das Aufnahmeprogramm für gefährdete Afghanen lediglich 25 Millionen Euro vorgesehen sind. Das reiche nach Berechnungen des Bundesinnenministeriums nur für die Aufnahme von 5.000 Menschen. Nach Meinung von Menschenrechtsorganisationen müssten aber mehrere Zehntausend Schutzsuchende vor den Taliban in Sicherheit gebracht werden.



Für Martin Gerster (SPD) werden mit dem Etat die Wehrhaftigkeit der Demokratie und Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft im Inneren gestärkt. Nachdem bereits im Regierungsentwurf 1.000 neue Stellen für die Bundespolizei vorgesehen gewesen seien, werde ihr jetzt ermöglicht, in den kommenden Jahren weitere 2.000 Planstellen auszubringen, sagte Gerster. Und dass bei der Bundeszentrale für politische Bildung im Etat die Rekordmarke von 100 Millionen Euro erreicht werde, zeige, dass die Koalition auf politische Bildung und Prävention setze.

Der vom Bundestag verabschiedete Bundeshaushalt für das laufende Jahr weist für das Innenministerium (BMI) Ausgaben in Höhe von 14,99 Milliarden Euro aus und damit 3,47 Milliarden Euro weniger als für 2021 veranschlagt. Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Bereich „Bauwesen“, der in der vergangenen Wahlperiode zum Aufgabenspektrum des BMI gehörte, nun dem neuen Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zugewiesen wurde. Der Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2022 sah für das BMI noch Ausgaben in Höhe von 14,96 Milliarden Euro und damit gut 31 Millionen Euro weniger als die Ausschussfassung vor. Außerhalb des Einzelplans 06 ist für das BMI zudem eine viertel Milliarde Euro zur Verstärkung von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine eingeplant. **Helmut Stoltenberg**

25 Millionen für Neustart nach Corona

Deutschlands Sportpolitik sieht sich gefordert, mehr zu tun, damit das Land den Anschluss an die Weltspitze im internationalen Sport nicht verliert. Dabei hat man nicht nur den Spitzen-, sondern auch den Breitensport, eigentlich eine Sache vor allem der Länder und Kommunen, verstärkt im Blick: „Besonders freue ich mich, dass der Ausschuss im Sportbereich für das Programm „Neustart nach Corona“ 25 Millionen Euro bereitgestellt hat“, sagte die zuständige Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Donnerstag vergangener Woche bei der Plenardebatte über den Einzelplan 06, der auch den Sportetat enthält. Die Pandemie habe die Sportvereine sehr hart getroffen, sagte die Ministerin. „Dass sie nun dabei unterstützt werden, endlich wieder durchzustarten, ist ein klares Bekenntnis zum Breitensport in der Bundesrepublik Deutschland.“ Sie dankte den Haushälterinnen und Haushältern, die diese Investition möglich gemacht hatten, indem sie im Gegenzug vor allem den Betrag für die Corona-Überbrückungshilfen für Profisportvereine kürzte.

Thorsten Lieb (FDP) stimmte Faeser zu: „Während der Coronazeit ist Schulunterricht ausgefallen, Angebote von Sportvereinen wurden eingestellt. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier ein Programm auflegen.“ Grünen-Abgeordnete Tina Winklmann sagte: „Für uns heißt Sportpolitik, sich aktiv für Gleichstellung einzusetzen, Inklusion zu leben, den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus aufzunehmen. Sport integriert – auf allen Ebenen. Unsere Athletinnen und Athleten sind hier Vorbilder und brauchen unsere klare Unterstützung.“ Sabine Poschmann von der SPD machte sich für die Förderung des Breitensports stark; „denn ohne Breitensport gibt es keinen Spitzensport. Als Top-athlet/-in wird man nicht geboren; man wächst hinein und entwickelt sich.“ Fritz Güntzler (CDU) dankte den Ehrenamtlichen: „27 Millionen Menschen treiben in fast 90.000 Vereinen Sport.“ Das sei nur möglich, „weil es ein großartiges ehrenamtliches Engagement von fast neun Millionen Menschen gibt.“ Der Sport-Etat sah im Ursprungsentwurf für das laufende Jahr ein Ausgabevolumen von 373,28 Millionen Euro vor (117,49 Millionen weniger als im Vorjahr). Durch zahlreiche Änderungsanträge hat sich diese Summe am Ende nochmal verändert. **mis**

Per Haushaltsvermerk gegen die AfD-nahe Stiftung

POLITISCHE BILDUNG Die Desiderius-Erasmus-Stiftung soll weiterhin keine staatliche Unterstützung erhalten

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '22

Die Koalitionsfraktionen gehen auf Konfrontationskurs mit der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES). Im Haushalt 2022 sind weiterhin keine staatlichen Mittel für die 2017 gegründete und 2018 von der AfD als parteinahe Stiftung anerkannte Einrichtung vorgesehen. Demgegenüber stehen mehr als 500 Millionen Euro, die aus verschiedenen Töpfen an die parteinahen Stiftungen von SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FPD und Die Linke ausgeschüttet werden sollen beziehungsweise als Projektförderung abgerufen werden können. Darunter sind 148 Millionen Euro als Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit aus dem Innen-Etat sowie 340 Millionen Euro für die Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben aus dem Entwicklungs-Etat. Aus dem Bildungsetat erhalten die Stiftungen für die Unterstützung von Studierenden und Promovierenden Mittel. Mehr noch: Per Haushaltsvermerk, quasi eine Ausführungsbestimmung für den Etat, schrieben die Koalitionsfraktionen fest,

dass Zuschüsse nur jenen politischen Stiftungen gewährt werden dürfen, „die ... jederzeit die Gewähr bieten, dass sie sich zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten“. Keine Zuschüsse dürfen demnach gewährt werden, „wenn begründete Zweifel an der Verfassungstreue von Organen oder Beschäftigten bestehen“. Die Mittel dürfen zudem „nur zu verfassungsmäßigen Zwecken verwendet werden“. Bei den übrigen Stiftungen mit Nähe zu den im Bundestag vertretenen Parteien werde angesichts ihrer bisherigen Tätigkeit davon ausgegangen, heißt es weiter. Die DES wird nicht erwähnt. Juristische Auseinandersetzungen sind damit wohl vorprogrammiert. Man werde „mit allen rechtsstaatlichen Mitteln – bis hin zur europäischen Gerichtsbarkeit – vorgehen“, teilte die Vorsitzende der Stiftung, Erika Steinbach, nach der Entscheidung des Haushaltsausschusses mit. Der Ausschuss maße sich eigenmächtig an, „in einer Protokollerklärung festzulegen, wer sich nach seiner Ansicht rechtsstaatlich verhält und damit förderungswürdig sei und wer nicht“. Aus Sicht der Stiftung erfüllt sie vielmehr die bisher geltenden Kriterien für eine Förderung. Frühere Anläufe der Stif-

tung, vor dem Verfassungsgericht eine Förderung durchzusetzen, scheiterten bislang allerdings.

Neue Rechte Für Ex-Christdemokratin Steinbach stellen auch die neuen Anforderungen eigentlich kein Problem dar. Sie verweist auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Grünen-Anfrage aus dem vergangenen Jahr, nach der die Stiftung kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschut-



zes sei. Ferner sei die AfD weder verboten noch verfassungsfeindlich, so die langjährige Bundestagsabgeordnete. Allerdings gilt die AfD dem Verfassungsschutz inzwischen als rechtsextremistischer Verdachtsfall. Eine entsprechende Beobachtung der Partei durch den Inlandsgeheimdienst ist nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Kölns aus dem März dieses Jahres möglich. Die AfD kündigte jüngst an, gegen das Urteil in Berufung zu gehen. Ähnlich wird die Partei auch in einigen Bundesländern eingestuft, in Thüringen seit März vergangenen Jahres gar als „erwiesenes extremistisches Beobachtungsobjekt“. Auch mit Blick auf die Stiftung warnen Vertreter der Zivilgesellschaft vor Verbindungen ins rechtsextreme Milieu. In eine Studie der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung etwa wird darauf verwiesen, dass zentrale Akteure der DES Teil des Netzwerkes der Neuen Rechten seien. Als Neue Rechte wird eine lose rechtsextremistische Strömung bezeichnet, die sich vermeintlich intellektuell gebiert. Ähnlich argumentierte vor der Bundestagswahl ein Netzwerk von Organisationen und Trägern der politischen Bildung, darunter der Zentralrat der Juden, die Amadeu-Antonio-Stiftung und die Bildungsstätte Anne Frank: Die Stiftung „treibt die gesellschaftliche Spaltung weiter

Die 161 Milliarden Euro sind ein gewaltiger Brocken. Mehr als 30 Prozent der gesamten Ausgaben des Bundes werden damit für soziale Belange ausgegeben. Aber 161 Milliarden Euro für Soziales bedeuten nicht die Finanzierung von Luxus, den sich unsere Gesellschaft leistet. Nein, es geht um Größeres. So zumindest verteidigte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) - und nicht nur er - vergangenen Freitag im Bundestag die Höhe seines Etats: „Es geht darum, in diesen schwierigen Zeiten den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren.“ Ein robuster Arbeitsmarkt, gute Löhne, sichere Renten und sozialstaatliche Leistungen sicherten diesen Zusammenhalt ab. „Der Sozialstaat muss funktionieren“, betonte er und begründete dies unter anderem mit dem Rückblick auf die Corona-Jahre und die dennoch gute Arbeitsmarktlage in Deutschland.

Zur Debatte stand am Ende einer langen Haushaltswoche der Einzelplan 11 des Bundeshaushaltes, also jene Gelder, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in diesem Jahr ausgeben kann. Auch wenn die Summe gigantisch ist - sie war auch schon mal gigantischer, denn der Etat des BMAS ist tatsächlich gegenüber dem Vorjahr geschrumpft. Sehr zum Missfallen der AfD-Fraktion, deren rentenpolitische Sprecherin Ulrike Schielke-Ziesing der Regierung vorwarf, sich die Welt schön zu rechnen. Dies habe sie bereits vor Beginn des Ukraine-Krieges getan, nur so sei zu erklären, warum der Ursprungsetat trotz der damals schon gestiegenen Inflation um knapp fünf Milliarden Euro gekürzt wurde. Einmalzahlungen, bei denen die große Gruppe der Rentner zudem vergessen worden sei, reichten nicht, um die Preissteigerungen auszugleichen, kritisierte sie. Ihre Einwände und auch die der anderen Oppositionsfraktionen konnten freilich nicht verhindern, dass der Bundestag nach zweistündiger Debatte dem Einzelplan mit der Mehrheit von SPD, Grünen und FDP zustimmte. Die Opposition stimmte geschlossen dagegen. Nach zweistündiger Debatte war aber nicht nur der Haushalt im Kasten, sondern auch die Erhöhung des Mindestlohns ab Oktober, über die ebenfalls abgestimmt wurde (dazu mehr auf Seite 11).

Kräftiger Nachschlag Der Haushaltsausschuss hatte den Regierungsentwurf von Minister Hubertus Heil (SPD) in seinen Beratungen (20/1611, 20/1626) um weitere 962,75 Millionen Euro aufgestockt. Die größten Ausgabenposten sind Kosten für die Rentenversicherung und die Zuschüsse des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dafür sieht der Plan insgesamt 116,78 Milliarden Euro (2021: 114,67 Milliarden Euro) vor. Diese Summe setzt sich zusammen aus den Leistungen an die Rentenversicherung von 108,3 Milliarden Euro (2021: 106,23 Milliarden Euro). Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gibt der Bund 8,35 Milliarden Euro (2021: 8,3 Milliarden Euro) aus. Ebenfalls ein Schwergewicht sind die Kosten für arbeitsmarktpolitische Leistungen: 40,8 Milliarden Euro (2021: 45,03 Milliarden Euro) entfallen auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dazu gehören wiederum Leistungen in Höhe von 21,1 Milliarden Euro (2021: 23,7 Milliarden Euro) für das Arbeitslosengeld II. Für die Beteiligung des Bundes an Unterkunft und Heizung sind 9,8 Milliarden Euro und damit deutlich weniger als im Vorjahr eingeplant (2021: 11,2 Milliarden Euro). Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen) verteidigte die Einmalzahlungen und verwies auf den Herbst, in dem man mit



Die Kosten für die Rente steigen erneut. Mehr zur diesjährigen Rentenerhöhung auf Seite 11. © picture-alliance/dpa/Frank Rumpenhorst

Das Versprechen

ARBEIT UND SOZIALES 161 Milliarden Euro für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rente und Grundsicherung bleiben uneinholbar die größten Posten.

einem dramatischen Anstieg der Gas- und Lebensmittelpreise rechnen müsse. Auch dann müsse die Regierung mit Entlastungen reagieren. Audretsch hob die Entfristung des Programms für den sozialen Arbeitsmarkt hervor. Künftig stünden 200 Millionen Euro zusätzlich zu Verfügung, um langzeitarbeitslose Menschen auf dem Weg zurück in Beschäftigung zu unterstützen. „Wir bieten damit Chancen und Perspektiven“, sagte er.

Rückkehr zur Schuldenbremse Gesine Löttsch (Die Linke) attestierte der Regierung dagegen, nicht genug für die Entlastung der Bürger zu tun. So wäre es beispielsweise möglich, einen bundesweiten Mietendeckel zu beschließen. „Das wäre eine echte Entlastung“, betonte sie. Außerdem kritisierte sie, dass Rentner die Energiepauschale von 300 Euro nicht erhalten und forderte einen Energiepreiskeckel. Claudia Raffelhüschen (FDP) bezeichnete den Etat als „den“ Zukunftsetat des Bundeshaushaltes und begründete dies mit

den großen Reformprojekten wie der Einführung des Bürgergeldes und der kapitalgedeckten Rente. Sie würdigte unter anderem den noch nachträglich beschlossenen Zuschuss für die Künstlersozialkasse, ohne den die Beiträge für Künstler drastisch steigen müssten. Gleichzeitig forderte sie aber eine solide Finanzplanung für die Zukunft,



zu der auch gehöre, zur Schuldenbremse zurückzukehren. Hermann Gröhe (CDU) stellte fest, der Sozialstaat habe in den vergangenen zwei Jahren einen einmaligen Stresstest bestanden. „Darauf können wir stolz sein“, sagte er unter Verweis auf die Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA). Gröhe kritisierte in diesem Zusammenhang, dass der Haushalt zusätzliche Mittel für die BA nicht über einen festen Zuschuss, sondern nur über ein Darlehen regelt. Dies werde deren Aufgaben nicht gerecht. Martin Rosemann (SPD) betonte: „Die Koalition handelt. Wir konzentrieren uns auf diejenigen, bei denen das Geld vorher schon knapp war.“ Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro sei der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Respekt und sozialer Fortschritt seien die zentralen Versprechen der Ampel-Koalition. „Daran halten wir uns“, sagte er. Dazu gehöre, das Rentenniveau über 2025 hinaus zu sichern sowie die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld einzuführen. **Claudia Heine** ■

20 Milliarden für die »Chancenministerin«

BILDUNG Opposition bemängelt sinkende Ausgaben

Die sehe ihr Ressort als „Chancenministerin“, hatte Bettina Stark-Watzinger (FDP) kurz nach ihrem Antritt als Bundesministerin für Bildung und Forschung verlauten lassen: Ihr erklärtes Ziel: Fortschritt und Veränderungen zum Besseren anschieben. Die ehemalige Geschäftsführerin eines Forschungsinstituts hat große Pläne - ob für ein elternunabhängiges BAföG, für die Digitalisierung von Schulen und Hochschulen oder für die Förderung von Forschung und Innovation etwa über die Schaffung einer neuen, bundesweiten Transfer-Agentur. Diese soll Hochschulen und Unternehmen unterstützen, aus Wissen schneller marktfähige Produkte zu entwickeln. Doch wie gut stehen die Chancen der „Chancenministerin“, diese Vorhaben umzusetzen? Welche Spielräume bietet ihr der Haushalt? Für die Politikerin ein erster Praxistest im Amt. Doch schon bei der Einbringung ihres Etatentwurfs im März zeigte sich Stark-Watzinger zufrieden: Mit der zweiten Beratung und Abstimmung über den Einzelplan 30 des Haushaltsgesetzes 2022 am vergangenen Donnerstag steht nun fest, dass ihrem Ressort im laufenden Jahr rund 20,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Mehr Geld für die Lehre Im parlamentarischen Verfahren hatte der Haushaltsausschuss das Budget insgesamt sogar noch einmal um rund 85 Millionen Euro (20/1623) aufgestockt. Schwerpunkte setzte der Ausschuss unter anderem bei der Stützung Innovation in der Hochschullehre, die zwölf Millionen mehr und damit nun 140,8 Millionen Euro erhält. Doch ob damit de facto mehr oder weniger Mittel für Bildung und Forschung bereitstehen - für die Abgeordneten offenbar eine Frage der Perspektive. Während die Opposition in der Debatte monierte, dass

Die BA nicht über einen festen Zuschuss, sondern nur über ein Darlehen regelt. Dies werde deren Aufgaben nicht gerecht. Martin Rosemann (SPD) betonte: „Die Koalition handelt. Wir konzentrieren uns auf diejenigen, bei denen das Geld vorher schon knapp war.“ Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro sei der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Respekt und sozialer Fortschritt seien die zentralen Versprechen der Ampel-Koalition. „Daran halten wir uns“, sagte er. Dazu gehöre, das Rentenniveau über 2025 hinaus zu sichern sowie die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld einzuführen. **Claudia Heine** ■

Die sehe ihr Ressort als „Chancenministerin“, hatte Bettina Stark-Watzinger (FDP) kurz nach ihrem Antritt als Bundesministerin für Bildung und Forschung verlauten lassen: Ihr erklärtes Ziel: Fortschritt und Veränderungen zum Besseren anschieben. Die ehemalige Geschäftsführerin eines Forschungsinstituts hat große Pläne - ob für ein elternunabhängiges BAföG, für die Digitalisierung von Schulen und Hochschulen oder für die Förderung von Forschung und Innovation etwa über die Schaffung einer neuen, bundesweiten Transfer-Agentur. Diese soll Hochschulen und Unternehmen unterstützen, aus Wissen schneller marktfähige Produkte zu entwickeln. Doch wie gut stehen die Chancen der „Chancenministerin“, diese Vorhaben umzusetzen? Welche Spielräume bietet ihr der Haushalt? Für die Politikerin ein erster Praxistest im Amt. Doch schon bei der Einbringung ihres Etatentwurfs im März zeigte sich Stark-Watzinger zufrieden: Mit der zweiten Beratung und Abstimmung über den Einzelplan 30 des Haushaltsgesetzes 2022 am vergangenen Donnerstag steht nun fest, dass ihrem Ressort im laufenden Jahr rund 20,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Die BA nicht über einen festen Zuschuss, sondern nur über ein Darlehen regelt. Dies werde deren Aufgaben nicht gerecht. Martin Rosemann (SPD) betonte: „Die Koalition handelt. Wir konzentrieren uns auf diejenigen, bei denen das Geld vorher schon knapp war.“ Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro sei der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Respekt und sozialer Fortschritt seien die zentralen Versprechen der Ampel-Koalition. „Daran halten wir uns“, sagte er. Dazu gehöre, das Rentenniveau über 2025 hinaus zu sichern sowie die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld einzuführen. **Claudia Heine** ■

Die BA nicht über einen festen Zuschuss, sondern nur über ein Darlehen regelt. Dies werde deren Aufgaben nicht gerecht. Martin Rosemann (SPD) betonte: „Die Koalition handelt. Wir konzentrieren uns auf diejenigen, bei denen das Geld vorher schon knapp war.“ Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro sei der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Respekt und sozialer Fortschritt seien die zentralen Versprechen der Ampel-Koalition. „Daran halten wir uns“, sagte er. Dazu gehöre, das Rentenniveau über 2025 hinaus zu sichern sowie die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld einzuführen. **Claudia Heine** ■

Die BA nicht über einen festen Zuschuss, sondern nur über ein Darlehen regelt. Dies werde deren Aufgaben nicht gerecht. Martin Rosemann (SPD) betonte: „Die Koalition handelt. Wir konzentrieren uns auf diejenigen, bei denen das Geld vorher schon knapp war.“ Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro sei der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Respekt und sozialer Fortschritt seien die zentralen Versprechen der Ampel-Koalition. „Daran halten wir uns“, sagte er. Dazu gehöre, das Rentenniveau über 2025 hinaus zu sichern sowie die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld einzuführen. **Claudia Heine** ■

Die BA nicht über einen festen Zuschuss, sondern nur über ein Darlehen regelt. Dies werde deren Aufgaben nicht gerecht. Martin Rosemann (SPD) betonte: „Die Koalition handelt. Wir konzentrieren uns auf diejenigen, bei denen das Geld vorher schon knapp war.“ Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro sei der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Respekt und sozialer Fortschritt seien die zentralen Versprechen der Ampel-Koalition. „Daran halten wir uns“, sagte er. Dazu gehöre, das Rentenniveau über 2025 hinaus zu sichern sowie die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld einzuführen. **Claudia Heine** ■

Die BA nicht über einen festen Zuschuss, sondern nur über ein Darlehen regelt. Dies werde deren Aufgaben nicht gerecht. Martin Rosemann (SPD) betonte: „Die Koalition handelt. Wir konzentrieren uns auf diejenigen, bei denen das Geld vorher schon knapp war.“ Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro sei der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Respekt und sozialer Fortschritt seien die zentralen Versprechen der Ampel-Koalition. „Daran halten wir uns“, sagte er. Dazu gehöre, das Rentenniveau über 2025 hinaus zu sichern sowie die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld einzuführen. **Claudia Heine** ■

»Frau Ministerin, Sie sind die Erste, die mit einer Delle nach Hause geht.«

Thomas Jarzombek (CDU)

»Pandemiebereinigt haben wir einen klaren Mittelaufwuchs.«

Bettina Stark-Watzinger (FDP)

Die BA nicht über einen festen Zuschuss, sondern nur über ein Darlehen regelt. Dies werde deren Aufgaben nicht gerecht. Martin Rosemann (SPD) betonte: „Die Koalition handelt. Wir konzentrieren uns auf diejenigen, bei denen das Geld vorher schon knapp war.“ Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro sei der erste Schritt zur Kindergrundsicherung. Respekt und sozialer Fortschritt seien die zentralen Versprechen der Ampel-Koalition. „Daran halten wir uns“, sagte er. Dazu gehöre, das Rentenniveau über 2025 hinaus zu sichern sowie die Kindergrundsicherung und das Bürgergeld einzuführen. **Claudia Heine** ■

Nachfolger für schwimmendes Labor

FORSCHUNG Nach der Bewilligung zusätzlicher Mittel ist nun der Weg für den Eisbrecher »Polarstern II« frei

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '22

Im Sommer 1991 brach sie auf zu ihrer ersten Reise Richtung Norden: Für den deutschen Forschungseisbrecher „Polarstern“ des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) in Bremerhaven war es eine Fahrt in den Nebel der Arktis und ins Ungeheure. Vor September 1991 hatten erst wenige Menschen den Nordpol erreicht. Seitdem sorgt das schwimmende Labor mit internationalen Wissenschaftlern mit seinen Ergebnissen immer wieder für Aufsehen - zuletzt bei der sogenannten Mosaic-Expedition: Festgefroren an einer Eisscholle trieb die „Polarstern“ ab Herbst 2019 ein Jahr lang durch die Arktis während die Wissenschaftler an Bord die Auswirkungen des Klimawandels und den Einfluss von Umweltveränderungen auf das arktische Ökosystem erforschten. Die Arktis, die sich noch viel schneller als der Rest der Welt erwärmt, gilt als „Epizentrum der globalen Erwärmung“, heißt es aus dem AWI.

Großprojekt für Klimaforschung Die alternde „Polarstern“, die vor mehr als 40 Jahren in Kiel und Rendsburg gebaut wur-



Das Forschungsschiff „Polarstern“ bei einer seiner Reisen in die Antarktis an einer Eiskante © picture alliance/dpa/Alfred-Wegener-Institut, AWI | Stephan Schoen

de, soll in fünf Jahren außer Dienst gestellt werden - die Planungen dafür laufen bereits seit einem Jahrzehnt. 2020 wurde ein erster Anlauf zur Vergabe für ein Nachfolgerschiff abgebrochen, damals war die Rede von Kosten von etwa 500 Millionen Euro. Dann wurden die Anforderungen an Einsatzfähigkeit und Umweltfreundlichkeit noch einmal erweitert. Nun soll der Auftrag für die „Polarstern II“ wegen der sich

auf mehrere hundert Millionen Euro belaufenden Kosten europaweit ausgeschrieben werden. Für das Vorhaben stehen im Etat 2022 zwei Millionen Euro für Vorlaufkosten zur Verfügung; die Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre in dem betreffenden Haushaltsitel wurden um 890 Millionen Euro erhöht. Von „großer Freude und Erleichterung“ sprach Meeresbiologin und AWI-Direktorin Antje Boetius nach der Entscheidung für einen leistungsstarken und nachhaltigen Nachfolgebau. Damit das AWI auch künftig seinen Forschungsauftrag erfüllen könne, brauche es ein Schiff, das unter allen Eisbedingungen einsetzbar sei. Nur so könnten dringend benötigte Beobachtungen und Daten für die „richtigen Entscheidungen“ für die Zukunft der Polarregionen, die Lebensvielfalt an Land und im Meer und für kommende Generationen geliefert werden.

Nationale Schlüsseltechnologie Das Wort „europaweit“ lesen deutsche Werften allerdings mit wenig Begeisterung. Vor allem die Gewerkschaften im Norden hatten vor der Reinigungssitzung des Haushaltsausschusses dafür plädiert, dass auch die „Polarstern II“ „möglichst auf einer norddeutschen Werft“ gebaut und die Hängepartie um den Neubau endlich beendet werde. Die IG Metall Küste kritisierte, dass die Regierung Ernst machen müsse mit dem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, den Bau von Forschungsschiffen als nationale Schlüsseltechnologie zu schützen. Interesse angemeldet und ein Werften-Konsortium ins Gespräch gebracht hat bereits die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft - weitere werden folgen. **Lisa Brübler** ■

Anzeige

»Eine fundierte Analyse der Entwicklung der Volksparteien seit 1949«

politik & kommunikation 03/2017



Der vergessene Wähler
Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien
Von Prof. Manfred Güllner
2. Auflage 2022, 266 S., brosch., 29,- €
ISBN 978-3-8487-7264-3
E-Book 978-3-7489-1273-6

Irgendwann - lange bevor es die AfD gab - sind den großen Volksparteien in Deutschland die Wähler abhandengekommen. Die Schrumpfkur für CDU/CSU und SPD war allerdings weitgehend selbstverschuldet. Die Gründe analysiert fors-a-Chef Prof. Manfred Güllner in seinem neuen Buch „Der vergessene Wähler“. Die 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage berücksichtigt die Entwicklung der (Volks)parteien bis einschließlich der Bundestagswahl 2021.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Die Coronakrise stellt das Gesundheitswesen auf die Probe und lässt die Kosten drastisch steigen. Allein für Tests und Impfungen werden im Haushalt 2022 etliche Milliarden veranschlagt.

© picture-alliance/Zoonar/Oliver Boehmer

Etat auf Rekordniveau

GESUNDHEIT Etat für 2022 steigt wegen der Corona-Kosten auf einen neuen Höchststand

Gefühlt mag die Corona-Pandemie vorbei sein, im Bundeshaushalt schlägt sie immer noch voll durch. Im Gesundheitsetat (20/1000) für 2022 ziehen sich die pandemiebedingten Ausgaben durch sämtliche Kapitel: von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) über die Pflege, die Prävention und die Forschung bis hin zum internationalen Gesundheitswesen. Allein Impfungen und Tests kosten Milliarden. In den Haushaltsberatungen ist der Etat noch einmal um einen zweistelligen Milliardenbetrag aufgestockt worden. Nun sind Rekordausgaben von rund 64,36 Milliarden Euro vorgesehen, rund 11,76 Milliarden Euro mehr als im ursprünglichen Ansatz (10/1626); (20/1627). Wie sehr der Gesundheitsetat durch die Corona-Pandemie in die Höhe geschneit ist, zeigt ein Vergleich mit dem Vorkrisenniveau, als die Ausgaben bei rund 15,3 Milliarden Euro lagen. Zwischen 2019 und 2022 haben sich die Ausgaben mehr als vervierfacht.

Pandemie-Kosten Mit Abstand größter Ausgabenposten sind Leistungen des Bundes an den Gesundheitsfonds für von der Pandemie verursachte Belastungen in Höhe von insgesamt 30,03 Milliarden Euro. Die Summe wurde in den Ausschussberatungen um zusätzlich 8,3 Milliarden Euro aufgestockt. Die Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Corona-Impfstoffen werden um weitere 830 Millionen Euro auf rund 7,1 Milliarden Euro angehoben. Um

1,1 Milliarden Euro höher fallen die Ausgleichszahlungen an die Krankenhäuser aus, die nun 5,7 Milliarden Euro erhalten sollen. Für Leistungen des Bundes an den Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung für pandemiebedingte Belastungen werden 1,2 Milliarden Euro veranschlagt. Im Haushalt waren zudem bereits eine Milliarde Euro eingeplant als Corona-Prämie für Pflegekräfte, die unlängst beschlossen wurde. Bereits seit 2017 sind Zuweisungen des Bundes an den Gesundheitsfonds in Höhe von 14,5 Milliarden Euro gesetzlich festgeschrieben, die in der Regel den Großteil des Etats umfassen. Mit dem Geld werden Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben pauschal abgegolten, etwa Leistungen für Mutterschaft und Schwangerschaft.

Blick voraus Die Etatvorlage wurde vergangene Woche mit den Stimmen der Ampel-Koalition und gegen das Votum der Opposition verabschiedet. In der Schlussberatung blickten Gesundheitspolitiker bereits auf den nächsten Haushalt für 2023 und erinnern an die großen Reformvorhaben, die noch anstehen. Helge Braun (CDU) sagte, das Gesundheitssystem werde mit diesem Haushalt nicht zukunftsfest gemacht. Die Ausgaben seien historisch hoch, wesentliche Zukunftsfragen blieben jedoch unbeantwortet. Er verwies insbe-

sondere auf die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Hier lasse die nötige Reform auf sich warten. Sowohl die Kranken- wie auch die Pflegeversicherung seien unterfinanziert. Der GKV-Spitzenverband habe für 2023 ein Defizit von 17 Milliarden Euro errechnet, das entsprechende Beitragspunkt. In der Pflegeversicherung liege die Finanzlücke bei 3,6 Milliarden Euro, der Haushalt 2022 bilde aber nur zwei Drittel dieser Summe ab. Ungeklärt sei zudem die Krankenhausfinanzierung. Auch hier fehle ein Konzept für die Zukunft.

»Wir brauchen eine Zeitenwende in der Gesundheitspolitik.«

Gesine Löttsch (Linke)

Mann der Tat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) räumte ein, dass es viele Baustellen gebe, die er aber teilweise „erbt“ habe. Er sagte: „Das ist ein Haushalt der Pandemiekrise“ und warnte davor, die Pandemie zu früh abzuhaken. In Vorbereitung auf den Herbst werde derzeit ein Impfkonzept erarbeitet und ausreichend Impfstoff beschafft. Hinzu kämen eine Teststrategie, eine Behandlungsstrategie mit dem Medikament Paxlovid und eine Anpassung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG). Lauterbach versprach, sich auch den langfristigen Aufgaben in der Gesundheitspolitik zuzuwenden. Mit Blick auf das GKV-Defizit sagte er: „Ich will dieses historische Defizit beseitigen, ohne dass ich Leistungen kürzen werde.“ Auch die Krankenhau-

reform sei bereits in Arbeit. Ihm gehe es außerdem um eine gezielte Stärkung unterversorgter Gebiete mit neuen, leicht erreichbaren Versorgungsangeboten. Lauterbach versicherte: „Ich bin eher ein Mann der Tat als der großen Worte.“

Strukturelle Probleme Nach Ansicht der AfD-Fraktion orientiert sich die Gesundheitspolitik der Bundesregierung nicht an den Bedürfnissen der Versicherten. Martin Sichert (AfD) erklärte, viele Menschen seien verzweifelt, weil sie in unterversorgten Regionen keine Termine bei Fachärzten bekommen. Vom Haushalt profitierten eher die Pharmaindustrie und Lobbyisten als die Patienten. Sichert forderte den Minister auf, sich um die elementaren Probleme der Gesundheitsversorgung zu kümmern. Strukturelle Probleme sieht auch die Linksfraktion. Gesine Löttsch (Linke) ging auf

die teilweise schlechten Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen ein. Viele Fachkräfte gäben ihren Beruf auf, weil ihnen die Arbeit zu schwer werde. Löttsch forderte ein Investitionsprogramm für Krankenhäuser und die Einführung der Bürgerversicherung. Statt einen Sonderetat für das Militär im Umfang von 100 Milliarden Euro zu beschließen, wäre es besser gewesen, das Geld in das Gesundheitssystem zu investieren. „Wir brauchen eine Zeitenwende in der Gesundheitspolitik.“

Investitionen Karsten Klein (FDP) betonte, die Coronakrise habe den Haushalt noch fest im Griff. In den Zahlen des Etats steckten aber viele geeignete Maßnahmen, um das Virus einzudämmen. Der FDP-Politiker machte deutlich, dass er künftig von den Ländern mehr Beteiligung an den Kosten der Pandemie erwartet. Die Länder kämen auch ihren Verpflichtungen für Investitionen in Krankenhäusern nicht nach. Sie finanzierten seit Jahren vier bis fünf Milliarden Euro zu wenig in dem Bereich. Kirsten Kappert-Gonthor (Grüne) sagte, es gehe bei der GKV-Finanzierung nicht nur um Milliarden, sondern um den Kern des Solidarsystems. Das sei besonders für chronisch Kranke und psychisch Kranke grundlegend. Das strukturelle GKV-Defizit bezeichnete sie als ein „Riesenproblem“, das die Union in der vergangenen Legislatur mit gesetzlichen „Fehlstellungen“ mitverursacht habe. „Jetzt ist es an uns, dieses Defizit auszugleichen.“ Sie versprach Lösungen, ohne die gesetzlich Versicherten zu belasten. *Claus Peter Kosfeld*



Geld für globale Gesundheitspolitik

FINANZEN Im Haushalt werden auch Mittel für die WHO bereitgestellt

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '22

Mit der Corona-Pandemie ist nicht nur die Aufmerksamkeit für die nationale Gesundheitspolitik gewachsen, die globale Gesundheitsnotlage hat auch gezeigt, wie wichtig ein international abgestimmtes Vorgehen gegen Infektionskrankheiten ist, die an Landesgrenzen nicht Halt machen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), 1948 mit dem Ziel gegründet, die Gesundheitsversorgung international zu verbessern, spielt dabei seit vielen Jahren eine zentrale Rolle. Geleitet wird die WHO seit Juli 2017 von dem Äthiopier Tedros Adhanom Ghebreyesus, der in der Corona-Pandemie auch einen engen Kontakt zum Gesundheitsausschuss des Bundestages gehalten hat.

Soforthilfe Die WHO mit ihrem Hauptsitz in Genf in der Schweiz bietet ihren 194 Mitgliedstaaten fachliche Unterstützung, sie bewertet gesundheitliche Entwicklungen, unterstützt die medizinische Forschung und leistet Soforthilfe bei aktuellen Krisen. Die WHO hat viele internationale Gesundheitskrisen gemanagt und der Tuberkulose oder Grippe. Es war die WHO, die am 30. Januar 2020 die Verbreitung des neuen Coronavirus als „gesundheitliche

Notlage von internationaler Tragweite“ einstufte und am 11. März 2020 den Corona-Ausbruch als Pandemie.

Zu den Aufgaben der WHO gehört es, in der Gesundheitspolitik Leitlinien, Standards und Methoden global zu vereinheitlichen. Fachleute der WHO sorgen in Krisenlagen für eine weltweite Koordination der Aktivitäten, etwa im Kampf gegen übertragbare Krankheiten. Die WHO befasst sich darüber hinaus mit gesundheitlichen Risikofaktoren wie Tabak, Alkohol oder Übergewicht.

Auch im Bundeshaushalt spiegeln sich die Bedeutung der globalen Gesundheitspolitik und speziell der WHO. Dort sind im Kapitel „Internationales Gesundheitswesen“ die Mittel für die Zusammenarbeit mit rund 159 Millionen Euro veranschlagt. Ausgabenprioritäten sind die Gelder zur „Stärkung der internationalen öffentlichen Gesundheit“ in Höhe von rund 86,6 Millionen Euro, Beiträge an internationale Organisationen samt Mitgliedsbeitrag für die WHO mit rund 28,3 Millionen Euro und die Unterstützung des WHO Hubs für Pandemics and Epidemic Intelligence in Berlin mit 30 Millionen Euro. Der WHO-Hub soll über eine globale Drehscheibe pandemische Ausbrüche frühzeitig erkennen und möglichst verhindern. Dazu erheben Fachleute Daten und werten sie aus.

Affenpocken Jüngst hat sich die WHO mit den Affenpocken befasst, die in Europa und auch in Deutschland aufgetreten sind.

Im Mai wurden der WHO global mehr als 300 Fälle gemeldet. Das Virus (Monkeypox virus, MPXV) ist bisher nur in zentral- und westafrikanischen Ländern endemisch. Die WHO sei derzeit „nicht besorgt über eine weltweite Pandemie“, hieß es. Allerdings wird der jüngste Ausbruch außerhalb Afrikas als ungewöhnlich eingestuft. Unklar ist laut WHO, ob die Ausbreitung des Virus eingedämmt werden kann. Mit Sorge wird die mögliche Ausbreitung bei Festivals im Sommer gesehen. Die WHO prüft, ob der Ausbruch als „potenzieller Gesundheitsnotfall von internationaler Tragweite“ eingestuft werden sollte. Normalerweise wird das Virus vom Tier auf den Menschen übertragen (Zoonose), es kann sich aber auch bei engem Körperkontakt von Mensch zu Mensch verbreiten. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) erklärte unlängst, eine allgemeine Gefahr für die Bevölkerung bestehe nicht. Infizierte sollen mindestens 21 Tage lang isoliert werden. Präventiv hat Deutschland 40.000 Dosen Pocken-Impfstoff bestellt, um vor allem Kontaktpersonen von Infizierten zu impfen. Eine Massenimpfung ist nicht vorgesehen. Wer schon einmal eine Impfung gegen Menschenpocken (Variola) bekommen hat, ist vermutlich gegen die Affenpocken immun. Nach einer Infektion klingen die Symptome, darunter die typischen Pusteln auf der Haut, in den meisten Fällen von selbst wieder ab. In seltenen Fällen kann die Virusinfektion zu einem schweren Verlauf und auch zum Tod führen. *pk*

Opposition sieht falsche Schwerpunkte

FAMILIE Die freie Jugendhilfe und Demokratieförderprojekte bekommen mehr Geld

Der stetige Verweis der Koalitionsfraktionen auf die Einführung einer Kindergrundsicherung stellt die Oppositionsfraktionen nicht zufrieden. Sie forderten im Hier und Jetzt eine stärkere Unterstützung von Familien und Kindern und hielten mit ihrer Kritik am Haushaltsplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der vergangenen Woche nicht hinter dem Berg. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP wurde der Einzelplan 17 des Haushaltsgesetzes 2022 (20/1000, 20/1002) schließlich dennoch am 31. Mai verabschiedet. Gegenüber dem Ursprungsentscheid gab es noch einige Änderungen - vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) kann somit in diesem Jahr 12,6 Milliarden Euro (2021: 13,2 Milliarden Euro) ausgeben, wobei der Haushaltsausschuss den Regierungsansatz noch um 18,3 Millionen Euro aufgestockt hat. Im Ergänzungshaushalt (20/1200, 20/1201) sind für den Geschäftsbereich der Ministerin außerdem Mittel in Höhe von 35 Millionen Euro für Ausgaben in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine vorgesehen. Der Haushaltsausschuss hat in seinen Beratungen (20/1616, 20/1626) unter anderem eine Erhöhung der Zuschüsse und Leistungen für Aufgaben der freien Jugendhilfe um 28 Millionen Euro auf 296 Millionen Euro durchgesetzt. Davon sollen 15 Millionen Euro für das Programm Respekt Coaches, das durch die Jugendmigrationsdienste umgesetzt wird, eingesetzt werden.

Die reguläre Unterstützung der Jugendmigrationsdienste wird um acht Millionen Euro erhöht. Größter Einzelposten ist das Elterngeld, das mit 7,7 Milliarden Euro zu Buche schlägt (2021: 7,5 Milliarden Euro). Auf das Kindergeld und den Kinderzuschlag entfallen wie 2021 1,7 Milliarden Euro. Aufgestockt werden sollen laut Regierungsentwurf die Ausgaben zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie, und zwar von 150,5 Millionen Euro auf 183,5 Millionen Euro. 567,6 Millionen Euro soll die Ministerin für die Stärkung der Zivilgesellschaft, für Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik ausgeben können (2021: 534,8 Millionen Euro).

Demokratieförderprojekte Scharfe Kritik an den steigenden Ausgaben für Demokratieförderprojekte kam von der Unionsfraktion und der AfD-Fraktion, die der Regierung eine einseitige Förderung von Nichtregierungsorganisationen und eine falsche Schwerpunktsetzung unterstellten. Auf die Fragen, wie Familien gestärkt und die Chancen von Kindern verbessert würden, fände der Haushalt kaum Antworten. Wie der Kita-Ausbau und die Fortführung des Gute-Kita-Gesetzes in Zukunft finanziert werden sollen, bleibe völlig offen, kritisierte etwa Paul Lehrieder (CSU). Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) sagte, Respekt und Toleranz seien nichts, was noch mit zusätzlichen staatlichen Mitteln finanziert werden müsse, die Förderung sei ideologisch begründet. „600 Millionen Euro

KURZ NOTIERT

Steigende Ausgaben im Bundestags-Etat

Der Etat des Bundestages (Einzelplan 02) fällt in diesem Jahr mit 1,1 Milliarden Euro um rund 5,7 Millionen Euro höher aus als im Regierungsentwurf. Grund dafür sind unter anderem Anpassungen in Versorgungs- und Bezügetiteln. Für die Diäten der Abgeordneten und Amtszulagen der Abgeordneten sind in diesem Jahr 86,3 Millionen Euro eingeplant, für Kostenpauschalen/Aufwandsentschädigungen 39,6 Millionen Euro. Die Kosten für die Mitarbeiter der Abgeordneten sind mit 276,2 Millionen Euro taxiert. Die Geldleistungen an die Fraktionen betragen in diesem Jahr 126,1 Millionen Euro. Im parlamentarischen Verfahren wurden zudem diverse neue Planstellen in der Verwaltung des Bundestages ausgebracht.

Kanzleramts-Etat steigt vor allem wegen Kultur

Der Etat des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes fällt mit 3,86 Milliarden Euro um 164 Millionen Euro höher aus als im Regierungsentwurf. Der Aufwuchs ist überwiegend auf den Kultur-Etat zurückzuführen (siehe Seite 4). Anpassungen wurden vor allem in den Titel für Personal- und Versorgungsausgaben vorgenommen. Im Kapitel der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wurde zusätzliche drei Millionen Euro für die Unterstützung für Flüchtlingsprojekte hinzugefügt. Der Ansatz liegt nun bei 20 Millionen Euro. Mit neuen Planstellen verstärkt wurde unter anderem der Aufgabenbereich des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, der ebenfalls zum Kanzleramts-Etat gerechnet wird. Im Titel für Öffentlichkeitsarbeit des Ost-Beauftragten sind zudem 400.000 Euro für eine Dialogtour sowie den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bereitgestellt worden.

Keine Veränderungen in kleineren Etats

In den kleineren Einzelplänen des Bundeshaushaltes sind während der parlamentarischen Beratungen in der Summe keine Veränderungen vorgenommen worden. Dem Bundespräsidenten und Bundespräsidialamt (Einzelplan 01) stehen danach in diesem Jahr Mittel in Höhe von 44,9 Millionen Euro zur Verfügung. Vorgesehen sind einige neue Planstellen. Der Etat des Bundesrates (Einzelplan 03) bleibt unverändert bei 35,3 Millionen Euro, auch die Personaltitel bleiben unverändert. Dem Bundesverfassungsgericht (Einzelplan 19) stehen in diesem Jahr 35,9 Millionen Euro zur Verfügung, gegenüber dem Regierungsentwurf wurde eine zusätzliche Planstelle geschaffen. Der Bundesrechnungshof (Einzelplan 20) kann in diesem Jahr 172,9 Millionen Euro ausgeben. Dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Einzelplan 21) stehen in diesem Jahr Mittel in Höhe von 42,2 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzliche 9,7 Millionen Euro sollen in den kommenden Jahren für Mietkosten für eine Liegenschaft in Berlin fließen. Für den Unabhängigen Kontrollrat (Einzelplan 22), eine noch im Aufbau befindliche oberste Bundesbehörde, stehen in diesem Jahr 12,4 Millionen Euro im Etat. *scr*

■

Noch bevor der Etat für sein Ministerium am Freitag beschlossen wurde, äußerte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) Sorge darüber, ob die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger ausreichen. Im ZDF sagte Habeck am vergangenen Donnerstagabend, dass es im Herbst zu einem dramatischen Anstieg der Heizkosten kommen dürfte und die Frage sei, ob der gesellschaftliche Frieden bestehen bleibe.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dominiert weiterhin die deutsche Wirtschaftspolitik und machte auch vor der Debatte über den Wirtschafts- und Klimaschutz nicht Halt. Einmal mehr sagte Habeck am Donnerstagmorgen im Plenum, dass man sich dafür schämen müsse, bislang noch nicht unabhängig von Russland zu sein: „Die Einnahmen, die Präsident Putin über die hohen Preise erzielt, die tun weh“, so der Wirtschafts- und Klimaminister.

Erst einen Tag zuvor war der Tankrabbat in Kraft getreten, mit dem die Bundesregierung die stark gestiegenen Kraftstoffpreise abfedern will. Wie stark die Preissenkung bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern tatsächlich ankommen wird, das war zum Zeitpunkt der Haushaltsdebatten noch unklar - für die Opposition ein willkommenes Ansatzpunkt für Kritik: Die Regierung tue nicht genug, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten hieß es aus den Reihen von Linken und AfD.

Für das laufende Jahr sind im Bundeshaushalt für Wirtschaft und Klimaschutz in der endgültigen Fassung der Beschlussempfehlung (20/1627) nun insgesamt 11,33 Milliarden Euro vorgesehen; das Gros der Mittel entfällt auf den Bereich Innovation, Technologie und Neue Mobilität (5,17 Milliarden Euro).

Innovativer Mittelstand In dieses Kapitel fallen die Titel „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) und „Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen“ (IGP), denen in den Haushaltsberatungen noch einmal 20,5 Milliarden Euro mehr zugeschlagen wurden, als im Regierungsentwurf vorgesehen waren. Damit stehen der Förderung von Innovation und Mittelstand insgesamt 620,5 Millionen Euro zur Verfügung - Geld für Investitionen, die aus Sicht der Ampelkoalition vor dem Hintergrund der momentan angespannten wirtschaftlichen Situation besonders wichtig sind.

Weil Russland die hochwertigen Güter, wie Deutschland sie herstelle, aus anderen Quellen nicht ersetzen könne, sei die wirtschaftliche Stärke Deutschlands etwas, das man in den Bemühungen um ein Ende des Krieges „in die Waagschale werfen“ könne, sagte Karsten Klein für die FDP-Fraktion. Der Union waren die zusätzlich für diesen Bereich geplanten Mittel nicht genug. Andreas Mattfeldt (CDU) kritisiert insbesondere, dass die Regierungsfaktionen sich die Änderungsanträge der Union nicht angeschaut hätten. Die CDU/CSU-Fraktion hatte unter anderem eine Erhöhung der Mittel für das ZIM um 100 Millionen Euro gefordert, bei Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 13,12 Milliarden in den kommenden Jahren hätte es „mehr als genug Möglichkeiten gegeben, Ansätze der Opposition zu verfolgen“, befand Mattfeldt. Für die SPD verteidigte Frank Junge den Etat. Er betonte, dass die momentane Situation deutlich mache, wie wichtig es sei, dass der Staat Stabilität schaffe. „Das ist genau das, was wir mit diesem Haushalt hier vorlegen“, sagte Junge. Es werde ein Jahrweh der Investitionen eröffnen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im



Inflation und Investition

WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ Die Ampel will mit dem Etat von über elf Milliarden Euro die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft stärken. Die Opposition fordert mehr Unterstützung für die Bürger

Klimaneutrale Ruderboote mit einem Rumpf aus Flachs statt Glasfaser oder Karbon: Die kleine Traditionsfirma Baumgarten Bootsbau ist nur ein Beispiel für die Innovationskraft des deutschen Mittelstands.

© picture-alliance/dpa/ZB/Jens Büttner

globalen Maßstab erhalten. Zur Kritik der Union an der Ablehnung ihrer Anträge sagte Junge, dass die Fraktion „200 Millionen Euro an ungedeckten Schecks vorgelegt habe“ und nicht erklärt habe, woher sie das zusätzliche Geld nehmen wolle.

Energiewende Ein weiterer Kritikpunkt der Union ist das Sondervermögen für den Energie- und Klimafonds. Mattfeldt sagte, seine Fraktion vermisste klare Vorgaben, was mit dem Geld geschehen solle. „Es gibt keine konkreten Antworten auf die Fragen, was man da noch vorhat“, so der Christdemokrat. Klar ist bereits, dass viel Geld aus dem Habeck-Etat in den beschleunigten Ausbau schwimmender Flüssiggas-Terminals fließen soll. In diesem Jahr sollen dafür 200 Millionen Euro ausgegeben werden, in den kommenden Haushaltsjahren insgesamt 2,7 Milliarden Euro.

Für die AfD gleichen die Pläne für den Umbau des Energiesektors „Siebenmeilenstiefeln auf dem Weg in die Planwirtschaft“, wie es der Abgeordnete Wolfgang

Wiehle formulierte. Statt einer „Energiewende brutal“ brauche es eine Politikwende, so Wiehle: „Die Bürger müssen sich auch künftig das Autofahren und Heizen leisten können, das fordern wir von der AfD.“ Um die Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sorgte sich auch die Fraktion Die

Linke. Für sie reichen Tankrabbat, Neun-Euro-Ticket und die 300-Euro-Energiepauschale nicht, um die Härten abzufedern. „Die Ampel beschließt hier einen Haushalt, der die Lebenswirklichkeit von Millionen Menschen ignoriert“, kritisierte Victor Perli. Der Klima-, Umwelt- und Naturschutz ist in den politischen Debatten seit Ausbruch des Krieges etwas in den Hintergrund getreten (siehe Text rechts oben). Dennoch will die Regierung neben dem Energie- und Klimafonds insbesondere mit der Aufstockung der Mittel für Klimaschutzprojekte im Ausland ein Zeichen setzen. Der Titel „Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland“ wurde in den Beratungen um 15 Millionen Euro auf rund 611 Millionen Euro erhöht. Nach Abschluss der Debatte wurde der Einzelplan 09 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, AfD und Linke angenommen.

Elena Müller



Mehr fürs Meer

UMWELT Etat sinkt auf knapp 2,2 Milliarden Euro

Schweinswal, Rotmilan und Fledermaus scheinen in Krisenzeiten keinen leichten Stand zu haben. Ob beschleunigte Genehmigungen für Flüssiggasterminals und Windkraftanlagen oder Getreideanbau auf ökologischen Vorrangflächen - seit Ausbruch des Ukrainekriegs warnen Umweltverbände eindringlich, Naturschutzziele nicht zugunsten von Energiesouveränität und Ernährungssicherheit zu opfern. Ein Vorwurf, dem Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) seither entschieden entgegenzutreten versucht. Klimakrise und Artensterben seien „existenzielle Krisen“, betont die Ministerin immer wieder.

Dass ihrem Ressort zumindest auf dem Blatt für deren Bekämpfung weniger Geld als im Vorjahr zur Verfügung steht, ist da eher misslich: In der vergangenen Woche hat der Bundestag den Einzelplan 16 des Haushaltsgesetzes 2022 beschlossen, der Ausgaben von nur noch rund 2,17 Milliarden Euro vorsieht. In den Haushaltsberatungen war der Regierungsentwurf um rund 20 Millionen gekürzt worden (20/1615). 2021 beliefen sich die Ausgaben auf rund 2,66 Milliarden Euro.

Resortzuschnitt Das reduzierte Budget ist jedoch vor allem auf den neuen Resortzuschnitt zurückzuführen: Das Umweltministerium hat zwar die Zuständigkeit für den Verbraucherschutz erhalten, die für den Klimaschutz aber abgegeben. Umso mehr betonten Redner der Koalitionsfraktionen in der zweiten Lesung des Etatentwurfs, dass für den Umweltschutz über den Energie- und Klimafonds unter dem Strich sogar mehr Geld als vorher

bereitstehe: Vier Milliarden Euro seien von 2022 bis 2026 für das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz eingeplant. Sebastian Schäfer (Grüne) hob zusätzliche Ausgaben für den Bundesnaturschutzfonds und Klimaanpassungsmaßnahmen hervor. Auch die Mittel für Investitionen in Klima- und Biodiversitätsschutz auf internationaler Ebene seien erhöht worden. Michael Thews (SPD) lobte zudem die Bereitstellung von 100.000 Euro, um das angekündigte Recycling-Label als Baustein einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft zügig einzuführen.

Frank Schäffler (FDP) unterstrich die gestiegenen Ausgaben für den nationalen Meeresschutz. Mit der Bergung und Vernichtung von 1,6 Millionen Tonnen Munition und 5.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe aus dem Zweiten Weltkrieg gehe die Ampel eine „ökologische und ökonomische Aufgabe“ an.

Falsche Prioritäten Die Opposition monierte hingegen falsche Schwerpunkte und eine ineffiziente Nutzung von Steuergeld. Uwe Feiler (CDU) warnte gar vor „Enteignungen“: Die Renaturierung von Mooren und Auen bedeute für private Landeigentümer „erheblichen Flächenentzug“. Wolfgang Wiehle (AfD) plädierte für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken - das sei für Energiesicherheit und Umweltschutz „von größter Bedeutung“. Ralph Lenkert (Linke) forderte schließlich mehr Geld für den Rückbau an Flüssen und den Waldbau. Dass die Ampel behaupte, der Umwelt Priorität einzuräumen, aber nur 0,5 Prozent der Haushaltsmittel dafür bereitstelle, sei „absurd“.

sas

FDP stellt sich quer

AGRAR Richtungsstreit bei Tierhaltungskennzeichnung

Bröckelt ein Prestigeprojekt der Ampelregierung? Das Gesetz für verbindliche Tierhaltungskennzeichnung für mehr Transparenz über die Herkunft des Tieres und für mehr Tierwohl, wird wegen der Finanzierung von der FDP-Fraktion in Frage gestellt. Damit zeigte die Debatte um den Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), wo die Bruchlinien nicht nur zwischen Regierung und Opposition verlaufen. Am Donnerstag vergangener Woche hat der Bundestag den Einzelplan 10 des Haushaltsgesetzes 2022 beschlossen. Vorgesehen sind Ausgaben in Höhe von 7,1 Milliarden Euro, nachdem der Haushaltsausschuss den Regierungsansatz um 244.000 Euro gekürzt (20/1610, 20/1626) hat. Im Jahr 2021 standen dem BMEL noch 7,68 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Vor-Corona-Jahr 2019 sah der Etat rund 6,3 Milliarden Euro vor.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) machte erneut deutlich, wie wichtig die Transformation der Landwirtschaft sei und dass es dafür einen Kompromiss brauche, damit es gelinge, den eingeschlagenen Weg für eine ökologische Landwirtschaft weitergehen zu können.

Tatenlosigkeit Josef Rief (CDU) warf dem Minister Tatenlosigkeit vor. Sein Unionskollege Albert Stegemann (CDU) konkretisierte die Kritik und forderte, die Bundesregierung solle endlich die Ergebnisse der Borchert-Kommission umsetzen. Aber statt

endlich eine Herkunftskennzeichnung einzuführen und den Stallumbau für mehr Tierwohl anzugehen, habe die FDP nun „den ersten Sargnagel“ in das Programm geschlagen, so seine Kritik. Zudem warf er dem Minister vor, dass der Etat seines Hauses „aus jeder Verhandlungsrunde kleiner rauskommt“. Die Kritik wollten Matthias Miersch (SPD) und Sebastian Schäfer (Grüne) so nicht stehen lassen. „Borchert wird umgesetzt werden, in diesem Jahr!“, sagte Miersch. Und Schäfer betonte: „Mit diesem Haushalt müssen wir die Weichen stellen, um die Transformation der Landwirtschaft einzuleiten.“

Keine neuen Steuern Gero Hocker (FDP) ging auf die Kritik an seiner Partei ein, die Liberalen wollten die Tierhaltungskennzeichnung aufschieben. Er mahnte, dass weitere Steuern und immer neue Abgaben dazu führen würden, dass noch mehr importierte Lebensmittel in Deutschland verkauft würden.

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) kritisierte den Etat, weil „zu viel Geld ins Ministerium und in die untergeordneten Behörden“ fließe, „die ländlichen Räume bleiben zu wenig beachtet“, sagte sie. Auch Ina Latendörfer (Linke) ließ kein gutes Haar an dem Entwurf und bemängelte, dass weder der Ukraine-Krieg noch die Klimakrise dazu geführt hätten, dass sich „grundlegend was ändert“. Die Ankündigungen des Ministers nannte sie „heiße Luft“.

nki

Anzeige

Bis zur Unendlichkeit und noch viel weiter

LUFT- UND RAUMFAHRT Kleinsatelliten und emissionsarmer Treibstoff sollen den Weg ins All ebnen

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '22

Ob es um die Vorhersage von Großwetterlagen geht, die Optimierung von logistischen Abläufen oder die Umsetzung von autonomem Fahren: Daten, die per Satelliten im All gesammelt werden, gewinnen auch für Forschende und Unternehmen in Deutschland immer mehr an Bedeutung. Unter dem Begriff „New Space“ wird die Kommerzialisierung der Raumfahrt zusammengefasst, die nun auch in Deutschland vorangebracht werden soll. Start-ups, Raumfahrtunternehmen, Verbände, klassischen Industrieunternehmen und die Digitalwirtschaft wachsen in einer Branche, die in der Vergangenheit hauptsächlich von Staaten und nationalen und internationalen Weltraumagenturen geprägt war.

Satelliten Um beim Rennen um den Weg ins All mitzumischen, haben die Koalitionsfraktionen die Entwicklung von Satelliten in den Fokus genommen. Im Haushaltsausschuss stimmten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für einen Änderungsantrag, durch den zusätzliche zehn Millionen Euro in den Titel „Nationales Pro-



Studierende der TU München lassen den Prototypen eines Kleinsatelliten steigen, der per Infrarotaufnahmen Waldbrände aus dem All erkennen soll.

© picture-alliance/dpa/Tobias Hase

gramm für Weltraum und Innovation - Forschungs- und Entwicklungsvorhaben“ des Einzelplans 09 geflossen sind. Mit dem Geld sollen laut Antrag Kleinsatelliten gefördert und die automatisierte Produktion von Satelliten in Deutschland gefördert werden. Als Kleinsatelliten gelten Satelliten bis maximal 500 Kilogramm. Ihr Vorteil liegt darin, dass sie zwar die gleichen Auf-

gaben erfüllen können wie ein großer Satellit, aber in der Produktion erheblich günstiger sind und daher in großen Mengen hergestellt werden können. Das wohl berühmteste Beispiel für den Einsatz von Kleinsatelliten ist das Project „Starlink“ des US-Unternehmers Elon Musk. Mit seiner Raumfahrtfirma SpaceX schießt Musk zehntausende Kleinsatelliten ins All, die

im Verbund für Breitband-Internet an jedem beliebigen Punkt der Erde sorgen sollen.

Wie wichtig von Staaten unabhängig gesammelte Daten sind, hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine deutlich gemacht. Die Koalitionsfraktionen führten dies in ihrem Änderungsantrag als Punkt für die Förderung der Satellitenentwicklung an: Es gehe darum, eine „zuverlässige und unabhängige Versorgung mit Bildern und Datenübertragung zu gewährleisten“.

Fliegen mit Strom Doch auch in der konventionellen Luftfahrt soll geforscht werden, vor allem in Sachen Treibstoff. So soll nach Willen der Ampel die Entwicklung und der Markthochlauf von synthetischen Kraftstoffen für Flugzeuge vorangebracht werden. Die Bundesregierung schreibt deshalb vor, dass ab 2026 eine Beimischquote von 0,5 Prozent von „Power-to-Liquid“-Kraftstoffen zu erfolgen hat. Beim Power-to-Liquid-Verfahren geht es darum, aus elektrischem Strom Flüssigkraftstoff herzustellen. In dem Verfahren entsteht aus grünem Wasserstoff und nachhaltigem Kohlendioxid hochwertiger Kraftstoff, der vor allem die Temperaturerfordernisse der Luftfahrt erfüllt und das Fliegen in Zukunft emissionsärmer machen könnte.

emu



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2023

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2023 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 15. Juli 2022
Teilnahmebedingungen unter
<http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630



Stau auf dem Bau

WOHNEN Mit einem Fünf Milliarden Euro-Budget soll der Wohnungsbau wieder in Fahrt kommen. Doch für die Opposition ist der größte Bremser die Bundesregierung selbst

Fast 850.000 Wohnungen können wegen Materialmangels, hohen Kosten und fehlenden Personals zur Zeit nicht fertig gebaut werden. Dabei fehlen laut dem Bündnis „Soziales Wohnen“ mehr als eine Million bezahlbare Wohnungen in Deutschland, die weniger als 8,50 Euro Miete pro Quadratmeter kosten sollen.

Mehr bezahlbare Wohnungen bauen – dafür ist Klara Geywitz (SPD) als Ressortchefin des ersten eigenständigen Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen seit 23 Jahren angetreten. Sie soll ein zentrales Wahlkampfversprechen ihrer Partei umsetzen: den Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 sozial gefördert. Der fünf Milliarden Euro schwere Haushalt des neuen Ministeriums, den der Bundestag vergangene Woche samt Ergänzungsgesetz gegen die Stimmen der Opposition beschlossen hat, bietet dafür nach Ansicht von Geywitz „eine hervorragende Grundlage“. So sollen bis zum Jahr 2026 allein 14,5 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau fließen, „das Dreifache von dem in der letzten Legislaturperiode“, wie ihr Parteikollege Bernhard Daldrup hervorhob. Außerdem kündigte Geywitz an, im Herbst eine Konzeption für die Eigentumsförderung vorlegen und einen Pakt mit den Ländern zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung schließen zu wollen. Die Baupolitik trete mit diesem Haushalt in eine „neue Phase“, urteilte die Ministerin, der die magische Zahl von 400.000 neuen Wohnungen diesmal jedoch nicht ansatzweise über die Lippen kam. Geywitz verwies lediglich auf die hohe Zahl von bereits genehmigten Wohnungen (fast 850.000, der höchste Wert seit 1996), die derzeit in der Warteschlange stecken. „Wir müssen alles tun, damit diese tatsächlich auch schnell gebaut werden können“, stellte sie klar. Dass dies geschieht, hält allerdings selbst die Wohnungswirtschaft ange-

sichts des Ukraine-Krieges, hoher Inflation, Lieferengpässen sowie Baustoff- und Personalmangel inzwischen für unrealistisch. Die politische Zielmarke von 400.000 Wohnungen sei angesichts der aktuellen Lage „absolut illusorisch“, urteilt etwa Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbands der Wohnungswirtschaft GdW.

»Zu viele Auflagen« Die Opposition sieht die Ursache für den Baustau allerdings nicht nur in äußeren Faktoren. »Unter dem Deckmantel ‚klimaneutral‘ wird die Kostenspirale durch die links-gelbe Koalition weiter hochgetrieben“, urteilte Marcus Bühl (AfD). Mit Verboten und Auflagen wügte die Regierung privates Bauen in entsprechenden Größenordnungen ab, viele Bürger litten unter hohen Mieten und Heizkosten. Der im Ergänzungshaushalt vorgesehene einmalige Zuschuss für Heizkosten zum Wohngeld – insgesamt 130 Millionen Euro – sei da „nur ein Tropfen auf dem heißen Stein“.

Auch für Caren Lay (Die Linke) steht fest: »Die Bundesregierung baut vor allem eines: Luftschlösser.« Weder könne sie sagen, wie sie die 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr bei steigenden Preisen und zu gering kalkuliertem Budget finanzieren wolle, noch setze sie dem »Wohnopolis« der Wohnkonzerne ein Ende. Lay forderte 15 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen für den sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau, einen Fonds für bezahlbares Bauland und ein klimagerechtes Sanierungsprogramm in Höhe von fünf Milliarden Euro pro Jahr, um Klimaschutz ohne Mieterhöhungen zu ermöglichen. Außerdem sprach sie sich für einen Mietendeckel beziehungsweise ei-

nen fünfjährigen Mietestopp aus. Emmi Zeulner (CSU) vermiste im Etat glaubwürdige Konzepte zur Realisierung und Finanzierung von Klimaneutralität bei der Gebäudesanierung, dem altersgerechten Umbau von Wohnungen und zur Eigentumsförderung. Markus Uhl (CDU) warf der Koalition vor, erfolgreiche Förderprogramme wie das Baukindergeld früher auslaufen zu lassen oder zu kürzen und für andere zunächst gar kein Geld mehr eingeplant zu haben. Dass im Etat nun jeweils 75 Millionen Euro für die Fortführung der Programme »Nationale Projekte des Städtebaus« sowie »Altersgerecht Umbauen« stünden, sei das Verdienst der Unionsfraktion, so Uhl. »Unsere Anträge waren Vorbild.« Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen) räumte ein, dass 100.000 Sozialwohnungen im Jahr »eine Menge Holz« seien, aber selbst das nicht ausreichen werde, um genug bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Er sei daher froh, dass mit dem neuen

Haushalt ein Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Förderung von Genossenschaftsanteilen starte, ausgestattet mit sechs Millionen Euro im Jahr 2022. Ziel der Koalition sei es auch, die 1990 abgeschaffte Wohngemeinnützigkeit wieder einzuführen. Dabei werden Wohnungsunternehmen dauerhaft von bestimmten Steuern befreit, um preisgünstigen Wohnraum anbieten zu können. Für den Vorschlag begeistern sich auch SPD und Linke, allerdings nicht die Liberalen. Der kleinste Ampelpartner FDP setzt beim Wohnungsbau stark auf private Investitionen. »Der Staat alleine wird das nicht schaffen«, betonte Daniel Föst. »Wir brauchen den privaten Sektor.« Eigentumsförderung sei daher »ein erklärtes Ziel für 2023«. Torsten Herbst ergänzte, sozialer Wohnungsbau und mehr privates Wohneigentum seien keine Gegensätze. Ohne die Klein- und Kleinstvermieter, denen 60 Prozent aller vermieteten Wohnungen im Land gehörten, »sähe es auf dem Wohnungsmarkt ganz anders aus«.

Milliarden für Sportstätten Der Haushaltsausschuss hatte den Regierungsansatz für das Bau-Budget in den Beratungen nochmals um 33,27 Millionen Euro aufgestockt (20/1626, 20/1627). Unter anderem stellt der Bund den Kommunen in den kommenden fünf Jahren zusätzlich zu Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von einer Milliarde Euro rund 500 Millionen Euro für die Sanierung von Sportstätten zur Verfügung. Insgesamt weist das Budget des jungen Ministeriums mit einem Investitionsanteil von rund 75 Prozent die höchste Investitionsquote aller Bundesministerien auf.



Die Straße hat noch immer Vorrang vor der Schiene

VERKEHR Ampel verweist auf Fehler der Vergangenheit

Mit einem Umfang von 36,1 Milliarden Euro hat der Bundestag den Etat des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr gegenüber dem Regierungsentwurf mit nur einem kleinen Zuwachs gebilligt. 111 Millionen Euro packten die Haushälter während der Verhandlungen aber noch einmal drauf. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen das Votum der Opposition genehmigte das Parlament den Einzelplan 12 in der vom Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung (20/1612, 20/1626).

Neun-Euro-Ticket Das Urteil der Opposition fiel nicht gut aus: Es sei zu wenig Geld für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eingeplant. Der CSU-Abgeordnete Florian Öfner monierte, die Regierungskoalition verbrenne statt dessen „wertvolle Steuergelder in zweifelhaften Experimenten“ wie dem Neun-Euro-Ticket. Von den 2,5 Milliarden Euro für das Neun-Euro-Ticket werde „kein neues Gleis verlegt, kein Stellwerk modernisiert, keine Schleuse repariert, keine Umgehungsstraße gebaut und kein Funkloch geschlossen“ und der Öffentliche Personennahverkehr sei anschließend „genauso unattraktiv wie zuvor“. Als weiteres Beispiel nannte Öfner die Förderung des Fußverkehrs, für die eine Million Euro bewilligt wird. Hierfür habe der Bund keine Zuständigkeit. Die Vermischung der Zuständigkeiten von Bund, Länder und Kommunen müsse ein Ende haben. Auch der AfD-Parlamentarier Marcus Bühl kritisierte das Neun-Euro-Ticket und die begleitende Absenkung des Benzin- und des Dieselpreises um 30 beziehungsweise 14 Cent pro Liter im Rahmen des Entlastungspaketes. Statt dieses „Sommerstrohfeuer“ bräuchte es eine dauerhafte Absenkung der Energiesteuern zur Entlastung von Wirtschaft und Bürgern. Bühl sprach sich zudem dezidiert gegen eine Erhöhung der Mittel für den Schienenverkehr zu Lasten des Straßenverkehrs aus. Über die Straßen würden fast 80 Prozent des Verkehrs abgewickelt. Dies müsse sich auch im Haushalt spiegeln, forderte er.

In diesem Sinne argumentierte auch der SPD-Abgeordnete Metin Hakverdi. Mit dem Haushalt würden die ersten Veränderungen vorgenommen, um den Wandel im Verkehrssektor zu beschleunigen. Dazu gehörten auch die Zuschüsse für Privatunternehmen, die Güter von der Straße auf die Schiene und aufs Wasser bringen, und die Erhöhung der Mittel für den Unterhalt der Wasserstraßen.

Alexander Weinlein



Wenig Veränderung

FINANZEN Neues Dokumentationszentrum geplant

Der Einzelplan des Bundesfinanzministeriums hat sich im laufenden Haushaltsverfahren nur geringfügig verändert. Mit 8,83 Milliarden Euro stehen dem Geschäftsbereich von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) nunmehr 1,2 Millionen Euro mehr zur Verfügung als im Regierungsentwurf (20/1608, 20/1626). Auch beim Personal änderte sich im Vergleich zum Regierungsentwurf wenig. In diesem waren insbesondere bei der Zollverwaltung hunderte neue Stellen vorgesehen. Mehr Personal ist auch für das Informationstechnikzentrum Bund vorgesehen.

als Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht. Die Wiedergutmachungen des Bundes fallen in den Geschäftsbereich des Ministeriums. Der Haushaltsausschuss fasst zu dem Vorhaben zudem einen Maßgebungsbeschluss: Dem Beschluss zufolge soll das Zentrum „als physischen Anlaufpunkt für Opfer, Angehörige und die Forschung“ dienen. »Der Versuch der ‚Wiedergutmachung‘ nationalsozialistischen Unrechts ist ein historisch außergewöhnlicher Vorgang. Die entsprechenden Akten gehören unzweifelhaft zum nationalen Dokumentenerbe«, führen die Fraktionen zur Begründung aus. »Sie sind ein unschätzbare Zeugnis unzähliger Verfolgungsschicksale und dokumentieren zugleich auch den ambivalenten Umgang der jungen Bundesrepublik mit den Opfern nationalsozialistischen Unrechts, die im Prozess der ‚Wiedergutmachung‘ viel zu oft seitens der deutschen staatlichen Behörden Ignoranz, Demütigung und bürokratische Kälte erfahren haben«, heißt es weiter.

»Wiedergutmachung« Die wesentlichste programmatische Änderung im Einzelplan während der Haushaltsberatungen ist die Einrichtung eines Gedenk- und Dokumentationszentrums zur „Wiedergutmachung“ nationalsozialistischer Verfolgung, das im Rheinland-pfälzischen Saarburg entstehen soll. Dafür werden in diesem Jahr eine Million Euro angesetzt, in den kommenden Jahren sind insgesamt 15 Millionen Euro

Geld kostet wieder Geld

ZINSEN Mit Schuldenmachen lässt sich nichts mehr verdienen. Neues Problem für den Staatshaushalt wächst heran

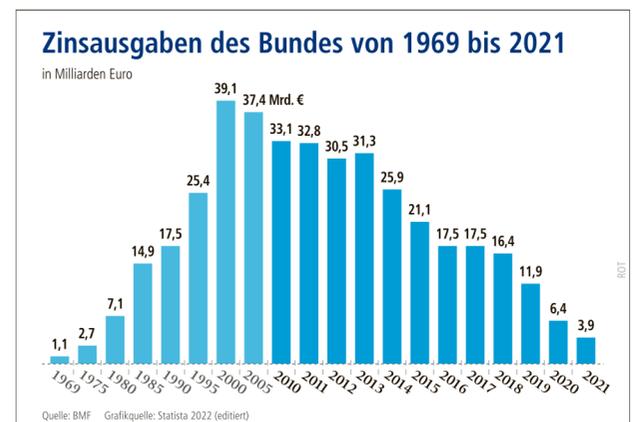
SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '22

Mit Schulden Geld verdienen: Diesen Effekt brachte die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Niedrigzinsen und der Übernahme von Staatsschulden (durch Ankauf von Anleihen) in den letzten Jahren mit sich. Im Bundeshaushalt war dieser Effekt deutlich abzulesen: Mussten 2013 noch 31,3 Milliarden Euro an Zinsen für den Staatsschuldenberg aufgewendet werden, so sank dieser Betrag bis 2021 auf 3,9 Milliarden Euro. Doch die für den Finanzminister schönen Zeiten sind vorbei. Die Zinsen steigen auf breiter Front, was Bauwilligen schon schwer zu schaffen macht. Angesichts der galoppierenden Preissteigerungen hat die amerikanische

Notenbank FED begonnen, die Zinsen anzuheben, was sich auf die Zinsen in Europa auszuwirken beginnt: Wenn es für eine amerikanische Staatsanleihe mit zehnjähriger Laufzeit 2,7 Prozent Zinsen im Jahr gibt, lässt das Interesse an deutschen Staatsanleihen nach, zumal wenn dafür noch Geld draufgezahlt werden musste. Folge: Deutschland muss wieder Zinsen bieten, um Geld leihen zu können. In der Praxis funktionierte das noch letztes Jahr so: Wer eine neue Bundesanleihe für zum Beispiel 1.000 Euro kaufen wollte (geht an jeder Börse), musste dafür 1.040 Euro auf den Tisch legen (entspricht einem Kurs von 104 Prozent). Zinsen gibt es dafür nicht, und nach zehn Jahren gibt es nur 1.000 Euro zurück, was einer Negativrendite von 0,29 Prozent entspricht. Für den Käufer einer US-Anleihe sieht das anders aus: Er kauft eine Anleihe für 1.000

Dollar, bezahlt dafür auch nur 1.000 Dollar und kassiert Jahr für Jahr 2,7 Prozent Zinsen (2,7 Dollar). Nach zehn Jahren summiert sich seine Anlage auf 10.270 Dollar. Auch für deutsche Anleihen gibt es inzwischen wieder Zinsen. Im April dieses Jahres waren es 0,78 Prozent. Damit gehören die schönen Zeiten der Vergangenheit an, als der Bund bei der Herausgabe von Staatsanleihen Kurse über 100 Prozent verlangen konnte. Da bei Fälligkeit nur 100 Prozent zurückgezahlt werden, machte dieser Vorteil nach Angaben des Bundesrechnungshofes 2019 5,7 Milliarden Euro, 2020 11,7 Milliarden und 2021 10,8 Milliarden Euro aus. 2022 hatte Finanzminister Christian Lindner (FDP) zunächst noch mit einer „beachtlichen Einnahmeposition“ (Rechnungshof) von 6,2 Milliarden Euro durch diesen „Agio“-Effekt geplant; im Haushaltsverfah-

ren wurde die Summe jedoch auf nur noch rund 670 Millionen Euro reduziert – ein klares Zeichen, dass mit der von Kanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufenen „Zeitenwende“ auch eine Zinswende einhergeht. Was dies für den Bund bedeutet, macht der Bund der Steuerzahler klar: »Erhöhen sich die Zinsen mittelfristig um nur einen Prozentpunkt, steigen die Zinskosten allein des Bundes um bis zu 14 Milliarden Euro.« Deshalb hatte der Bundesrechnungshof gefordert, weniger kurzlaufende Anleihen (zum Beispiel zwei Jahre) und mehr Langläufer (bis zu 30 Jahre) herauszugeben, um das Zinserhöhungsrisiko abzufedern. Da die EZB bereits Zinserhöhungssignale aussendet und die FED mit weiteren Zinserhöhungsschritten vorpreschen dürfte, kommt auf den Staatshaushalt nach Klimarettungskosten, Corona- und Ukraine-Hilfen ein fettes Zinsproblem hinzu.





Das Weltrechtsprinzip in der Praxis: Im Januar dieses Jahres verurteilte das Oberlandesgerichts Koblenz den früheren syrischen Geheimdienstoffizier Anwar Raslan wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft.

© picture-alliance/dpa Pool/Thomas Frey

Wohl kein Verfahren gegen Putin

JUSTIZ Der Generalbundesanwalt ermittelt seit 2015 zu den Vorgängen in der Ukraine. Jetzt bekommt er Verstärkung

SCHLAGLICHT
AUF DEN ETAT '22

Die Bundesanwaltschaft bekommt mehr Personal, um Kriegsverbrechen in der Ukraine zu untersuchen und zu verfolgen. Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, dass künftig viele derartige Prozesse in Deutschland stattfinden werden.

Im Haushalt für die Bundesjustiz, den der Bundestag jetzt beschlossen hat, ist vorgesehen, dass Generalbundesanwalt Peter Frank zwei neue Referate für das Völkerstrafrecht einrichten kann. Damit würde sich die Schlagkraft der Bundesanwaltschaft in diesem Bereich verdoppeln.

Konkret hat der Bundestag je sieben zusätzliche Stellen pro Referat, davon fünf im höheren Dienst, also für Staatsanwälte, bewilligt. Eines der neuen Referate soll sich auf Ermittlungen zu Kriegsverbrechen in der Ukraine konzentrieren. Das andere Referat soll sich mit der Ausreise von Extremisten in Konfliktgebiete befassen sowie mit der Rückkehr von Kämpfern nach Deutschland. Außerdem soll es zu Straftaten gegen die russischstämmige Bevölkerung in Deutschland ermitteln.

Die Bundesanwaltschaft führt schon seit 2015 ein Strukturermittlungsverfahren zu den Vorgängen in der Ukraine. Eingereicht wurde es nach der russischen Annexion der Krim sowie der russischen Anstachelung und Unterstützung von Separatisten im Donbass. Nach der russischen Invasion in der Ukraine hat die Bundesanwaltschaft am 8. März ein neues Verfahren eröffnet.

Ein Strukturermittlungsverfahren richtet sich noch nicht gegen konkrete Beschuldigte. Vielmehr sammelt die Bundesanwaltschaft Informationen aller Art, auch aus offenen Quellen wie Medienberichten oder Untersuchungen von Nicht-Regierungs-Organisationen. Im Fall der Ukraine spielen auch die mehreren hunderttausend Flüchtlinge, die inzwischen nach Deutschland gekommen sind, eine Rolle. Sie könnten Zeugen von Kriegsverbrechen sein.

Justizminister Marco Buschmann (FDP) hat erst jüngst angeregt, dass ukrainische Flüchtlinge bei jedem Kontakt mit der Arbeitsagentur oder mit Ausländerbehörden immer auch Fragebögen zu möglichen Kriegsverbrechen in der Heimat erhalten sollen.

Deutschland kann nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch, das 2002 in Kraft trat, auch Kriegsverbrechen im Ausland verfolgen – selbst wenn keine Deut-

schen (als Täter oder Opfer) beteiligt sind. Man spricht vom so genannten Weltrechtsprinzip.

Kriegsverbrechen liegen zum Beispiel vor, wenn Zivilisten oder zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser angegriffen werden. Auch die Hinrichtung, Folter oder Vergewaltigung von ukrainischen Zivilistinnen und Zivilisten oder von Kriegsgefangenen kann in Deutschland verfolgt werden, ebenso der Einsatz von Waffen, die nicht zwischen Soldaten und Zivilisten unterscheiden, etwa Streubomben.

In den letzten Wochen gab es bereits zahlreiche Strafanzeigen zu Kriegsverbrechen in der Ukraine. Die wohl bekannteste stammte von Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Ex-Innenminister Gerhart Baum (beide FDP). Die Bundesanwaltschaft betont jedoch, dass solche Strafanzeigen eigentlich nicht nötig seien. Sie ermittelte bereits „von Amts wegen“.

Strafanzeigen, die sich gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin richten, sind ohnehin aussichtslos. Solange er im Amt ist, genießt er in anderen Staaten Immunität, darf also nicht strafverfolgt werden.

Nicht für die Galerie Zudem hat die Bundesanwaltschaft immer klargestellt, dass sie „nicht für die Galerie“ ermittelt, sondern um konkrete Personen vor Gericht zu stellen. Echte Ermittlungsverfahren wird es also nur geben, wenn sich mutmaßliche Täter in Deutschland aufhalten und verhaftet werden können.

Strafanzeigen, die sich gegen den russischen Präsidenten richten, sind aussichtslos. Aussichtslose Auslieferungsgesuche an Russland wird es nicht geben. Die Bundesanwaltschaft betont zudem, dass sie nicht nur Vorwürfe gegen russische Soldaten und Kommandeure untersucht. Auch ukrainische Kriegsverbrechen, etwa an russischen Kriegsgefangenen, könnten eine Rolle spielen.

Wozu ein Strukturermittlungsverfahren führen kann, zeigt das Beispiel Syrien. Hier hatte die Bundesanwaltschaft 2011 mit Ermittlungen begonnen, doch erst 2021 kam es am Oberlandesgericht (OLG) Koblenz zu einer ersten Verurteilung von zwei syrischen Geheimdienstlern, die in einem Foltergefängnis in Damaskus gearbeitet hatten. Der Haupttäter Anwar Raslan wurde wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und 27-fachem Mord an Oppositionellen vom OLG zu lebenslanger Haft verurteilt. Es war wohl das erste Urteil gegen die syrische Staatskriminalität und fand daher weltweite Beachtung. Allerdings zeigte es auch die Zwiespältigkeit derartiger Prozesse auf. Raslan war 2014 als Flüchtling nach Deutschland gekommen, nachdem er mit dem syrischen Regime gebrochen hatte. Dass nun ausge-

rechnet ein Mann wie er in Deutschland vor Gericht gestellt wird, könnte dazu führen, dass Täter eher in ihrer Rolle verbleiben als auszusteigen und ins Ausland zu fliehen.

Allerdings sind die in einem Strukturermittlungsverfahren gesammelten Informationen nicht nur für die deutsche Justiz interessant. Die Bundesanwaltschaft ist auch gerne bereit, ihre Ergebnisse mit anderen Staaten zu teilen, zum Beispiel wenn es Verfahren gegen dort lebende mutmaßliche Täter gibt.

Den Haag ermittelt Ein wichtiger Player bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen in der Ukraine ist Karim Khan, der britische Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag. Er hat den großen Vorteil, dass sich Regierungsmitglieder nach dem Statut des IStGH nicht auf Immunität berufen können. Der seit 2002 bestehende Strafgerichtshof ist zuständig für Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und seit 2018 auch für das Verbrechen der Aggression, also des Angriffskriegs.

Ein Angriffskrieg liegt beim russischen Überfall auf die Ukraine eindeutig vor. Doch die Handlungsmöglichkeit des IStGH ist bei diesem Verbrechen sehr schwach ausgeprägt, durchaus auch auf Druck westlicher Staaten. Letztlich kann

hier nicht gegen den Willen des Aggressor-Staates ermittelt werden. Ein Wladimir Putin könnte also erst in Den Haag vor Gericht gestellt werden, nachdem es in Russland zu einem Regime-Wechsel gekommen wäre. Bisher konzentriert sich Khan daher auf Kriegsverbrechen, die allerdings schwerer zu beweisen sind.

Weder Russland noch die Ukraine sind bisher dem Statut des IStGH beigetreten. Allerdings hat sich die Ukraine in zwei Erklärungen von 2014 und 2015 der Rechtsprechung des IStGH für alle Vorgänge ab 2013 unterworfen. Auf dieser Grundlage führte die damalige IStGH-Chefanklägerin Fatou Bensouda ab 2014 Voruntersuchungen durch. 2019 kam Bensouda zum Schluss, dass auf der Krim zahlreiche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Auch bei den Kämpfen in der Ostukraine habe es Kriegsverbrechen gegeben. Sie ließ dabei offen, welche Seite verantwortlich war. Wohl aus Kapazitätsgründen wurde dann aber kein förmliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Dies änderte sich schnell nach der russischen Invasion von Februar 2022. Insgesamt 43 Staaten haben Chefankläger Khan inzwischen gebeten, mit Ermittlungen zur „Situation in der Ukraine“ zu beginnen. Er ist damit nicht auf einen Beschluss der Vorermittlungskam-

mer des Gerichts angewiesen. Im Mai hat Khan ein Team mit 42 Ermittlern in die Ukraine geschickt, das größte Ermittler-Team, das je im Rahmen eines IStGH-Verfahrens tätig wurde.

Um sich der Ukraine auch wirklich mit voller Kraft widmen zu können, hat Khan bereits im März die Staaten aufgefordert, seine Anklagebehörde finanziell und personell stärker zu unterstützen.

Mehr Geld Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat hierauf inzwischen reagiert und Khan einen freiwilligen Finanzbeitrag von einer Million Euro zugesagt. Deutschland ist mit einem Jahresbeitrag von rund 17,7 Millionen Euro ohnehin zweitgrößter Beitragszahler zum regulären IStGH-Budget und trägt dabei zirka zwölf Prozent des Gesamtbudgets. Außerdem soll der IStGH mit sechs bis acht deutschen Experten unterstützt werden, etwa für technische Analysen oder psychosoziale Betreuung von Zeugen und Zeuginnen. Die deutsche Verstärkung soll bereits im Juli einsatzfähig sein. Derzeit laufen noch die internen Auswahlprozesse.

Nicht beteiligt ist Deutschland bisher am Joint Investigation Team (JIT) der EU-Justizbehörde Eurojust. Das JIT wurde bereits im März von Polen, Litauen und der Ukraine gegründet. Im April beteiligte sich IStGH-Chefankläger Khan. Und im Mai stießen mit Estland, Lettland und der Slowakei drei weitere EU-Staaten hinzu. Litauen und die Slowakei sind mit eigenen Ermittler-Teams vor Ort. Sinn des JIT ist der direkte Zugriff aller Staaten auf die Ermittlungsergebnisse. Eurojust übersetzt Zeugenaussagen und Expertenberichte ins Englische.

Ein Grund für die deutsche Zurückhaltung könnte sein, dass bisher nicht transparent ist, ob das JIT auch Hinweise auf Kriegsverbrechen der ukrainischen Seite untersuchen dürfte. Die zugrundeliegende JIT-Vereinbarung ist bisher geheim. Kai Ambos, Göttinger Professor für Völkerrecht, warnt: „Sollte sich herausstellen, dass sich die ukrainischen Ermittlungen nur einseitig auf mögliche russische Taten und Täter richten, so hat nicht nur die Ukraine selbst, sondern auch der sie unterstützende Westen ein Glaubwürdigkeitsproblem.“ Christian Rath |

Nicht beteiligt ist Deutschland bisher am JIT der EU-Justizbehörde Eurojust.

»Wir müssen natürlich auch über Geld reden«

JUSTIZETAT Länder und Union machen Druck beim »Pakt für den Rechtsstaat«. Stiftung Datenschutz gestärkt

Der Einzelplan des Bundesjustizministeriums ist zuallererst ein Verwaltungsetat. Diese Feststellung ist fast schon zu einer Binsen- in den Haushaltsberatungen geworden. Mit in diesem Jahr 938 Millionen Euro ist der Ansatz der mit Abstand kleinsten aller Bundesministerien. Rund 64 Prozent entfallen auf das Personal, die sächlichen Verwaltungsausgaben machen rund 21 Prozent aus. Entsprechend bleibt wenig Spielraum für hochpreisige Änderungen in den Haushaltsberatungen.

Kleine Akzente setzten die Haushälter dennoch. Gegenüber dem Regierungsentwurf steigt der Etat um rund drei Millionen Euro. Davon fällt ein Großteil auf Zuwendungen an die Stiftung Datenschutz, die künftig im Justiz- und nicht mehr im Innen-Etat angesiedelt ist. Der im Regierungsentwurf vorgesehene Zuschuss von 700.000 Euro wird auf eine Million Euro erhöht. Zudem wird der Stiftung ein Zuschuss von zwei Millionen Euro zur Erhöhung des Stiftungskapitals auf zehn Millionen Euro gewährt. Die Stiftung soll so „als unabhängige Diskussionsplattform und Informationsplattform zum Thema Datenrecht und Datenpolitik weiterentwickelt werden“, wie es zur Begründung hieß.

750.000 Euro in diesem sowie im nächsten Jahr sollen zudem für die von der Koalition angekündigte Überwachungsgesamt-

rechnung fließen. Damit soll eine „umfangreiche Bestandsaufnahme der staatlichen Überwachungsbefugnisse“ vorgenommen werden.

Auch im Personalbereich sattelten die Koalitionsfraktionen gegenüber dem Regierungsentwurf noch etwas drauf. Neben zwei neuen Referaten beim Generalbundesanwalt (siehe oben) sind auch im Bundesamt für Justiz neue Planstellen festgeschrieben worden. Das neue Personal soll sich unter anderem mit der Umsetzung des noch nicht beschlossenen Hinweisgeberschutzgesetzes befassen.

Kritik an Buschmann Die abschließende Debatte zu dem Etat durchzog ebenfalls ein Personalthema, nämlich der „Pakt für den Rechtsstaat“. Den hatte die alte Bundesregierung 2019 aufgelegt, um die Länder unter anderem dabei zu unterstützen, neue Richterinnen und Staatsanwälte anzustellen. Dafür flossen per Umsatzsteuerverteilung 220 Millionen Euro vom Bund. Laut Bundesjustizministerium war der Pakt ein voller Erfolg: 2.700 Stellen seien geschaffen worden und damit deutlich mehr als die verein-

barten 2.000 Stellen. Die Ampelkoalition will laut Koalitionsvertrag den Pakt vertiefen und um einen „Digitalpakt für die Justiz“ erweitern.

Doch offenbar geht es den Ländern nicht schnell genug. Zeitgleich zu der Debatte veröffentlichte die Konferenz der Landesjustizminister ihren Beschluss zu dem Thema. Der Bund soll danach nicht nur bei der Weiterfinanzierung der Stellen unterstützen, sondern auch bei der Digitalisierung. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) wird ferner aufgefordert, seine Ankündigung umzusetzen und zeitnah in konkrete Verhandlungen über den von den Landesjustizministern so benannten „Stärkungspakt Justiz“ einzutreten.

Das forderte für die Union im Bundestag auch Franziska Hoppermann (CDU) **»Bisher sind Sie mehr Ankündigungs- als Justizminister.«** Hoppermann (CDU) kritisierte die Christdemokratin. Durch die Verzögerung setze Buschmann „den Schulterschluss mit den Ländern aufs Spiel“. Grundsätzlich sprachen sich auch die Koalitionsredner für das von ihnen vereinbarte Vorhaben aus. Für die Grünen-Fraktion stellte Till Steffen klar, dass das gera-

de bei der Digitalisierung auch eine aktive Rolle des Bundes beinhalte. „Wir müssen natürlich auch über Geld reden, damit das am Ende funktioniert“, sagte Steffen. Für die FDP-Fraktion zog Thorsten Lieb finanzpolitische Linien in den Sand: Der angekündigte Pakt bedeute nicht, „dass der Bund den Ländern das Justizpersonal bezahlt“. Da sei – auch angesichts der Steuereinnahmen der Länder – Eigenverantwortung gefragt. Für die SPD-Fraktion drückte Esther Dilcher ihre Erwartung aus, dass die Länder transparent über die Umsetzung berichteten, sollten sie Unterstützung vom Bund erhalten.

Hasskriminalität Der Justizminister ging in seinem Beitrag nicht auf die laufende Diskussion ein. Er hob stattdessen die Stärkung der Stiftung Datenschutz hervor und die personelle Aufstockung beim Generalbundesanwalt. Für die Linksfraktion forderte Clara Bünger mehr Anstrengungen im Kampf gegen Hasskriminalität im Internet. „Dafür braucht es effektiveren Schutz und mehr Mittel auch im Bundeshaushalt“, forderte Bünger. Für die AfD-Fraktion schoss Stephan Brandner scharf gegen das Bundesverfassungsgericht, dessen Einzelplan ebenfalls beraten wurde: Es sei „in Zeiten von Corona leider zum willfährigen Abnick der Altparteienpolitik verkommen.“ scr |

Sebastian Schäfer (Grüne) brachte es kurz und bündig auf den Punkt: „Die Friedensdividende kann leider nicht mehr fließen.“ Nicht nur, weil der Bundestag mit 50,4 Milliarden Euro den größten Verteidigungshaushalt (20/1626, 20/1627) seit 1992 beschloss, sondern weil das Parlament zugleich grünes Licht für das von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wenige Tage nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine angekündigte Sondervermögen Bundeswehr gab. Damit sollen in den kommenden Jahren umfangreiche Rüstungsvorhaben für die Bundeswehr realisiert werden.

Bis zum Ende der Haushaltswoche war zwischen Bundesregierung, Regierungsfractionen und der CDU/CSU-Fraktion über die konkrete Ausgestaltung des Sondervermögens gestritten worden, um zusätzliche Schulden des Bundes in Höhe von 100 Milliarden Euro zu genehmigen, die von der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ausgenommen werden. Zugleich kann Deutschland damit zumindest in den kommenden vier bis fünf Jahren das von der Nato vorgegebene Ziel, dass jeder Mitgliedstaat zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung aufbringt, realisieren. Gemessen am BIP des vergangenen Jahres müsste der deutsche Wehretat bei rund 70 Milliarden Euro liegen. Doch dieser soll gemäß der Finanzplanung des Bundes sich in den kommen-



den Jahren um die 50,1 Milliarden Euro einpendeln. Kanzler Scholz hatte zusammen mit dem Sondervermögen die Einhaltung des Zwei-Prozent-Zieles angekündigt, was in der Ampelkoalition, vor allem bei SPD und Grünen, umstritten ist.

Die Liste der Beschaffungswünsche der Bundeswehr ist lang. Dies zeigt der Wirtschaftsplan für das Sondervermögen, den das Finanzministerium in der vergangenen Woche dem Haushalts- und dem Verteidigungsausschuss vorlegte (siehe Stichwortkasten). Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) benannte in der Debatte über den Wehretat einige der geplanten Beschaffungen: So soll der amerikanische Transporthubschrauber CH-47 Chinook die überalterten Hubschrauber vom Typ CH-53 Sea Stallion der Bundeswehr ersetzen und der ebenfalls amerikanische Kampfhelikopter F-35 den Tornado. Das atomwaffenfähige Kampfflugzeug soll die nukleare Teilhabe Deutschlands in der Nato absichern. Zudem soll die von Israel geleaste Drohne Heron TP bewaffnet werden.

Schuldzuweisungen Die Bundeswehr sei über Jahrzehnte „sträflich vernachlässigt und heruntergewirtschaftet“ worden und die Ausrüstung sei „auf Kante genäht“, betonte Lambrecht. Doch nun sei „Schluss mit Zögern und Zaudern“, überfällige Entscheidungen über Beschaffungsvorhaben seien nun getroffen worden. Bei der Unionsfraktion riefen die Ausführungen der Ministerin Empörung hervor. Es sei die SPD gewesen, die in der Vergangenheit das

Das Ende der Friedensdividende

VERTEIDIGUNG Die Bundeswehr bekommt 50,4 Milliarden Euro und ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro



Deutsche Soldaten im Manöver mit einem amerikanischen Chinook-Transporthubschrauber. © picture-alliance/dpa/ZB/Klaus-Dietmar Gabbert

Zwei-Prozent-Ziel stets abgelehnt und Beschaffungsvorhaben wie etwa die Bewaffnung von Drohnen aufgehalten habe, monierte Florian Hahn (CDU). „Bei der sträflichen Vernachlässigung waren Sie, war die SPD ganz weit vorne.“ Die SPD habe damit sogar Wahlkampf betrieben. Es sei die Union gewesen, die stets für einen größeren Wehretat eingetreten sei, führte Hahn an. Michael Espendiller (AfD) wiederum hielt der Union entgegen, sie habe in den vergangenen 16 Jahren die Regierungschefin und alle Verteidigungsminister gestellt. So wohl SPD als auch Union versuchten, „die Bürger für dumm verkauft“. Mit Ausnahme der AfD hätten alle anderen Parteien dabei mitgeholfen, „die Bundeswehr so rettungslos kaputtzusparen“, sagte Espendiller. Nun müssten mit dem Sondervermögen massiv Schulden aufgenommen werden, um die Fehler der Vergangenheit zu beheben. Und dies alles unter dem Motto: „Der Russe ist schuld.“ Die Linksfraktion hingegen lehnt die Erhöhung der Verteidigungsausgaben prinzi-

piell ab. Mit SPD, FDP, Grünen und der Union habe sich „die größte Koalition aller Zeiten“ zusammengedungen, um ein gigantisches Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie zu starten“, kritisierte Gesine Löttsch (Linke). So habe sich die Aktie des Rüstungskonzerns Rheinmetall seit dem Regierungswechsel von 83 auf 222 Euro fast verdreifacht. „Da knallen die Korben bei den Besitzern dieser Aktien. Ich denke, die dürfen wir nicht finanzieren“, sagte Löttsch. Es dürfe kein neues Wettrüsten geben und kein dritter Weltkrieg riskiert werden. Karsten Klein (FDP) verteidigte die Erhöhung des Wehretats und das Sondervermögen. Dies bedeute zwar neue Schulden, „aber das sind nicht die Schulden der Ampelkoalition. Das sind erst recht nicht die Schulden von Bundesfinanzminister Christian Lindner. Nein, diese Schulden sind der Preis dafür, dass wir alle gemeinsam einer eklatanten Fehleinschätzung in den letzten Jahrzehnten aufgesessen sind, nämlich der Friedensdividende.“ Alexander Weinlein II

Annähernd auf Vorjahresniveau

ENTWICKLUNG Mehr als 13 Milliarden Euro fürs BMZ

Erleichterung darüber, dass der Etat 2022 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nicht wie zunächst vorgesehen gekürzt wurde, hat die Haushaltsdebatte vergangene Woche im Bundestag geprägt. In zweiter Lesung stimmten die Koalitionsfraktionen Ausgaben von insgesamt 13,35 Milliarden Euro zu, die Opposition stimmte dagegen. Der Regierungsentwurf von Ministerin Svenja Schulze (SPD) hatte Ausgaben von 10,85 Milliarden Euro vorgesehen (20/1000), im Vorjahr standen noch 12,43 Milliarden Euro zur Verfügung. Dann begann der Krieg in der Ukraine, die Ernährungssituation in Entwicklungsländern verschärfte sich und der Haushaltsausschuss drehte an einigen Stellschrauben im BMZ-Etat (20/1621, 20/1626). Die Bemühungen mündeten in Ausgaben von 12,35 Milliarden, sodass das Vorjahresniveau annähernd wieder erreicht war. Hinzu kam, dass die Bundesregierung einen Ergänzungshaushalt (20/1200) vorlegte, der unter anderem Mehrausgaben von einer Milliarde Euro für „humanitäre Hilfe, Krisenbewältigung und Ernährungssicherheit im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise“ enthielt. Eigentlich im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) verortet, wurde diese Summe in der Debatte von den Entwicklungspolitikern vereinbart und von einem „Rekordhaushalt“ gesprochen – auch wenn der CDU-Abgeordnete Volkmann Klein kritisch anmerkte, es sei nicht klar, wer und wie entscheidet, wo diese globale Mehrausgabe am Ende ausgegeben wird. Das erfolgreiche Nachsteuern reklamierten viele für sich: die Ampelkoalitionäre, weil sie schnell auf die veränderte Situation reagiert hätten, und die Opposition, die mit der Zivilgesellschaft Druck ausgeübt habe, um Kürzungen zu verhindern. Die Ministerin und Koalitionsabgeordnete rückten nichtmilitärische Aspekte in den Vordergrund. So sagte Svenja Schulze, es brauche eine starke Entwicklungszusammenarbeit, die Ungleichheit, Hunger und Armut als Treiber von Konflikten bekämpfe. Nahrungsmittelknappheit und steigende Energiepreise dürften die Partnerländer nicht weiter destabilisieren. Sie wies auf das mit der Weltbank initiierte Bündnis für globale Ernährungssicherheit hin, das die Entwicklungsminister der G7-Staaten vereinbart haben. Die deutsche Zusage über 430 Millionen Euro nannte sie ein „wichtiges Signal für unsere Partner“. Sorge bereitet der Ministerin der Haushalt für 2023. Die vorgesehenen 10,7 Milliarden Euro bildeten die „bestehende Realität“ nicht ab.

»Entwicklungspolitik für und mit Frauen ist eine Politik, die den Frieden stabilisiert.«

Bettina Hagedorn (SPD)

Carsten Körber (CDU) dämpfte die Euphorie über Etat-Nachbesserungen mit seiner Aussage, die Ampel-Berichterstattung hätten zu mutlos und unambitioniert agiert. Thomas Rachel (CDU) sprach angesichts der Kürzung von Entwicklungsvorhaben der kirchlichen Hilfswerke „Brot für die Welt“ und „Miserere“ von einem „falschen Signal“. Er vermisse auch das Ziel, 25 Prozent des BMZ-Etats in Bildung zu investieren. Schließlich rief er die Bundesregierung auf, Brachflächen für den Anbau von Brotweizen freizugeben, was sie derzeit verweigere. Durch diese „Fehlentscheidung“ könnten rund 800.000 Tonnen Weizen nicht gemettet werden, mit denen drei Millionen Hungernde ernährt werden könnten.

Resilienz Claudia Raffelhüschen (FDP) sagte mit Blick auf akute Hungersnöte: „Wir müssen sehr viel stärker an der Resilienz der betroffenen Staaten arbeiten“, ein Aspekt, den auch die Ministerin betont hatte. Wie anfällig das System „Weizen aus Russland und der Ukraine“ ist, werde gerade brutal vor Augen geführt. Ein „wichtiges Signal“ sei es auch, dass der Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria um 165 Millionen Euro aufgestockt worden sei.

»Kürzungen bei den Mikrokrediten ist das Gegenteil von Förderung von Frauen.«

Volkmann Klein (CDU)

Feministische Entwicklungs- und Klimaschutz sind aus Sicht der AfD-Fraktion „westlicher Ideologiekonsum“, wie Dietmar Friedhoff feststellte. Diese Schwerpunkte hätten nichts mit den Lebensrealitäten der Menschen zu tun. Michael Espendiller (AfD) vermisse eine Steuerung und Erfolgskontrolle in der Entwicklungspolitik: „Wir haben keinen blässen Schimmer, was mit dem überwiesenen Geld passiert.“ Victor Perli (Die Linke) beanstandete, dass sich die Spaltung zwischen Arm und Reich massiv verschärft habe – Folge einer Politik, die Millionen Menschen im Stich lasse und Milliarden reicher mache. Die Explosion der Lebensmittelpreise müsse gestoppt werden. Auch dürfe die deutsche Politik am Welternährungsprogramm keinesfalls gekürzt werden. Volker Müller II

Gedämpfte Freude über neuen Rekord

AUSWÄRTIGES Das Haus von Außenministerin Baerbock erhält 7,5 Milliarden Euro, davon allein 2,7 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe

Für das Auswärtige Amt ist es ein Rekordhaushalt: Allerdings, so fasste es der Abgeordnete Carsten Körber (CDU) zusammen, ist das auch ein Rekord, „über den sich keiner von uns wirklich freuen kann“. Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Frage der angemessenen Reaktion Deutschlands standen im Mittelpunkt der Etatberatungen für das Haus von Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen). Mit 7,1 Milliarden Euro kann das Ministerium für 2022 planen, zusammen mit Ergänzungsmitteln in Höhe von 450 Millionen Euro im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine sogar mit rund 7,5 Milliarden Euro – und damit rund eine Milliarde Euro mehr als im vergangenen Jahr, wie Körber in der Debatte betonte.

Angesichts des russischen Angriffskriegs, „der schlimmsten Aggression in Europa seit 1945“ sei es gut und richtig, die Mittel für die humanitäre Hilfe auf nunmehr 2,7 Milliarden Euro erhöht zu haben. Kritik übte Körber indes an der „Verschleierungstaktik“ des Finanzministeriums bei eben jenen Ergänzungsmitteln in Höhe von 450 Millionen Euro. Hier sei nicht verbindlich beschlossen, wofür diese Mittel gedacht seien. „Was hat das mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit zu tun?“

Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) ging mit der deutschen Außenpolitik der vergangenen Jahre ins Gericht, die lange von dem Irrglaube geprägt gewesen sei, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit automatisch Frieden und Menschenrechte stärken würde. „Egal ob wir nach Butscha oder nach Xinjian schauen: Wir werden laufend eines Besseren belehrt.“ Der Etat rücke den Fokus auf „aktive Prävention von Krisen, auf eine wertegeleitete Sicherheitspolitik und eine Klimaaußenpolitik, die die Länder des globalen Südens als gleichberechtigte Partner“ verstehe. Schäfer hob insbesondere das Rekordniveau bei der humanitären Hilfe in Höhe von 2,7 Milliarden und von 600 Millionen Euro bei der zivilen Krisenprävention hervor.

»Wildwuchs« Michael Espendiller (AfD) kritisierte hingegen die Ausgabenpolitik im Auswärtigen Amt und sprach von einem „undurchdringbaren Wildwuchs“ an Projekten: „Es gibt keinerlei Bilanz, keinerlei Auswertung und keinerlei Erfolgskontrolle darüber, was der Einsatz hart erarbeiteten deutschen Steuergeldes im Ausland eigentlich konkret bringt.“ Dennoch seien sich im Ausschuss alle übrigen Fraktionen einig, dass man auf jeden Fall mehr Geld brauche. Espendiller warnte



Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) vergangene Woche bei den Haushaltsberatungen im Bundestag © picture-alliance/dpa/Kappeler

zudem davor, dass die Solidarität mit der Ukraine nicht so weit gehen dürfe, „unseren Wirtschaftsstandort zu gefährden“ und „unkalkulierbare Risiken bei der Energiesicherheit“ einzugehen. „Ein Gasembargo gegen Russland liegt nicht in deutschem Interesse.“ Nils Schmid (SPD) hob hervor, dass es für die Ampelkoalition trotz Sondervermögen

für die Bundeswehr am vernetzten Ansatz festhalte: Die „Zeitenwende“ werde politisch nur dann nachhaltig getragen werden, „wenn wir im Sinne des vernetzten Ansatzes Krisenprävention, Entwicklung und Abschreckung zusammendenken und Diplomatie nie aufgeben.“ Schmid verwies unter anderem die Erhöhung der Mittel für Zentrum für Internationale Friedens-

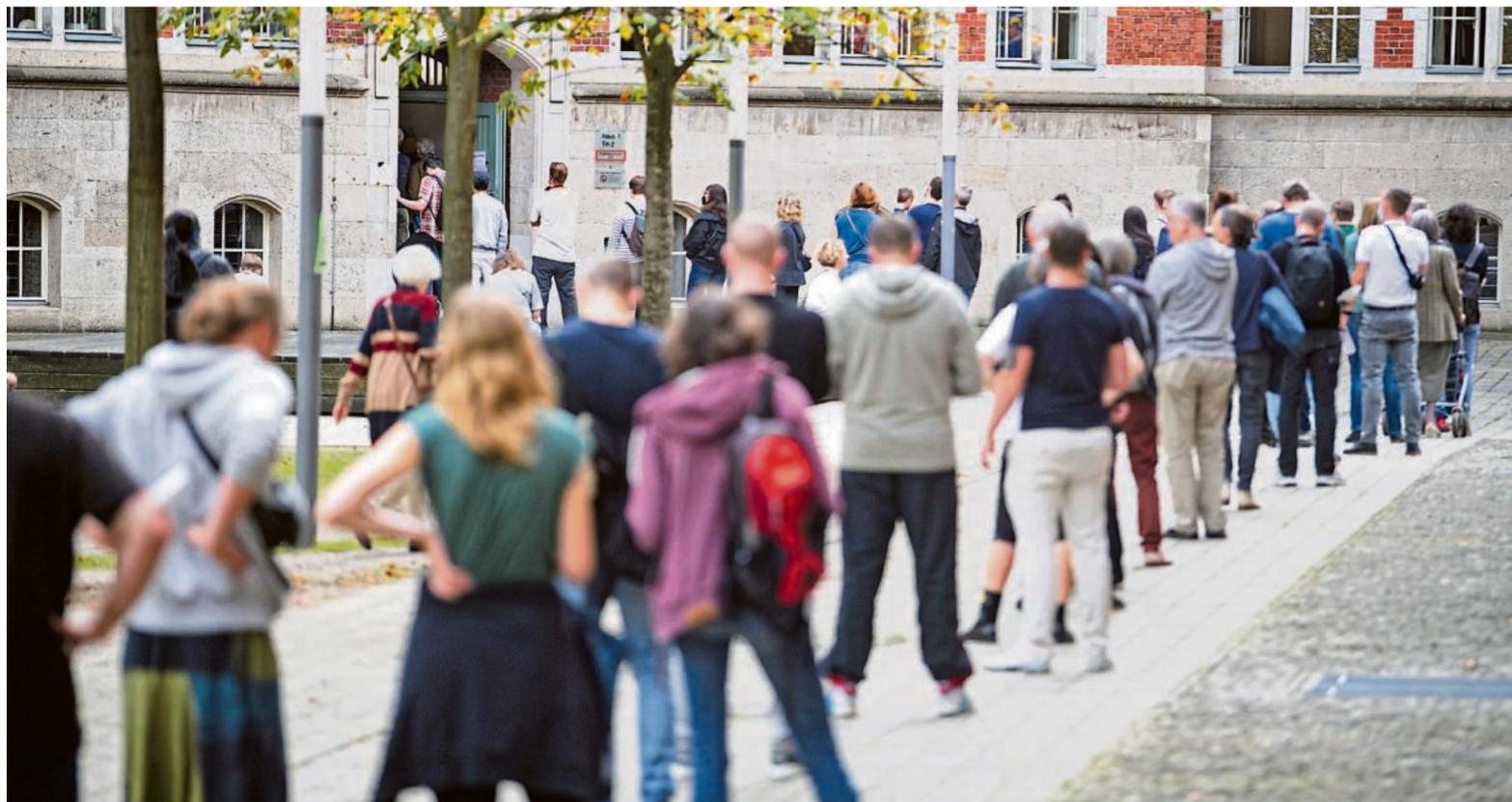
einsetze (ZIF) und die Fortsetzung beim Aufwuchs der Personalreserve des Auswärtigen Amtes.

Gregor Gysi (Die Linke) sprach von einem „Aufrüstungs-, Waffenexport- und Sanktionsministerium“, in das das Auswärtige Amt umbenannt werden könnte. Er warnte davor, beim russischen Krieg gegen die Ukraine Öl ins Feuer zu gießen. „Die Entscheidung, wie dieser Krieg geführt und vor allem wie er beendet wird, liegt zuallererst bei den Kriegsparteien. Und niemand hat das Recht, der Ukraine vorzuschreiben oder sie anzutreiben diesen Krieg bis zu einem bitteren Ende“ zu führen. Gysi wandte sich gegen deutsche Waffenlieferungen: Deutschland sei fünfgrößter Waffenexporteur der Welt: „Wer so viele Waffen exportiert, exportiert auch Krieg und macht eben mit Kriegen Gewinne.“

EU-Reformen Michael Georg Link (FDP) lobte, dass die Koalition auch bei den Strukturen im Auswärtigen Amt mehr Geld in die Hand genommen habe, und nannte etwa die Ausstattung der Visumstellen. Haus und Aufgaben seien stark gewachsen, manche Strukturen zwischenzeitlich aber nicht mitgewachsen. Link warb zudem eindringlich für Reformen auf europäischer Ebene. Die EU bleibe

hinter ihren Möglichkeiten zurück wie soeben erst das „erbärmliche Schauspiel“ des ungarischen Premiers Viktor Orban beim Öl-Embargo gegen Russland gezeigt habe. Es brauche qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, um zu verhindern, dass „ein Land alle anderen am Nasenring durch die Manege führt“.

Die Außenministerin bereitete die Abgeordneten darauf vor, dass man sich mit künftigen Haushalten auf eine längerfristige Unterstützung der Ukraine einstellen müsse. Notwendig seien ein „langer Atem“ und weitere Waffenlieferungen. Der russische Präsident Wladimir Putin habe seine Strategie geändert. Statt auf einen schnellen militärischen Sieg setze er jetzt auf eine „Strategie der Entvölkerung“ des Donbass und die Zerstörung ukrainischer Staatlichkeit in diesem Gebiet. „Wir verteidigen die Menschen in der Ukraine so wie wir das können“, sagte Baerbock und verwies unter anderem auf die geplante Lieferung des Flugabwehrsystems IRIS-T. Sie trat auch der Kritik entgegen, die Bundesregierung agiere zu zögerlich: Die Lieferung solcher „hochmodernen Systeme“ nehme Monate in Anspruch, sagte sie. Das sei auch ein Signal, „dass wir eben nicht in drei Monaten die Ukraine aufgeben“. Alexander Heinrich II



In einer langen Schlange stehen Wähler am 26. September 2021 vor Wahllokalen in einer Schule in Berlin-Friedrichshain, um ihre Stimme abzugeben

© picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka

Weg frei für höhere Renten

RENTE Der Bundestag hat am vergangenen Freitag mit großer Mehrheit den Weg frei gemacht für die diesjährige Rentenerhöhung und die Wiedereinführung des Nachholfaktors in der Rentenversicherung. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, sowie von CDU/CSU und AfD stimmte das Parlament für den entsprechenden Gesetzentwurf (20/1680; 20/2074) der Bundesregierung in nur minimal geänderter Fassung, der außerdem Verbesserungen für Menschen, die schon länger eine Erwerbsminderungsrente beziehen, enthält. Die Fraktion Die Linke enthielt sich.

Mit der diesjährigen Rentenerhöhung wird der Nachholfaktor, der eigentlich bis 2025 ausgesetzt worden ist, wieder aktiviert, wobei gleichzeitig die Haltelinie für das Rentenniveau eingehalten werden soll. Das bedeutet, dass die nicht stattgefundenen Rentenerhöhungen des vergangenen Jahres vollständig mit der diesjährigen Rentenerhöhung verrechnet wird.

Da die Höhe der Renten der Entwicklung der Löhne folgt, hätten die Renten im vergangenen Jahr eigentlich sinken müssen, weil die Löhne pandemiebedingt deutlich gesunken waren. Die seit 2009 geltende Rentengarantie verhindert das jedoch. Als Ausgleich für eine solche verhinderte Senkung gilt der Nachholfaktor, der dafür sorgt, dass die künftigen Rentenerhöhungen nach Lohnsteigerungen niedriger ausfallen, als sie es eigentlich müssten. Diesen zeitweilig ausgesetzten Dämpfungseffekt will die Bundesregierung nun wieder einführen.

Außerdem sollen diejenigen unterstützt werden, die schon seit längerer Zeit eine Erwerbsminderungsrente (EM-Rente) beziehen und die von den verschiedenen gesetzlichen Verbesserungen seit 2014 nicht oder nur teilweise profitieren konnten. So sollen künftig diejenigen Rentner, die von 2001 bis 2018 in eine Erwerbsminderungsrente gingen, einen Zuschlag von 4,5 Prozent beziehungsweise 7,5 Prozent und somit eine höhere monatliche Rente erhalten. Die Bundesregierung geht davon aus, dass insgesamt rund drei Millionen Rentnerinnen und Rentner von diesen Zuschlägen profitieren. *che*

Schwierige Abwägung

WAHL 2021 Berliner Unregelmäßigkeiten könnten dort zur nochmaligen Abstimmung führen

Neues Spiel, neues Glück: Bundeswahlleiter Georg Thiel beschrieb nachgerade sportlich, was es für die Parteien bedeutet, wenn in einigen Berliner Wahlkreisen die Bundestagswahl vom vergangenen Herbst wiederholt werden muss. Die Politik-Laune der Bürger kann sich geändert haben gegenüber dem 26. September 2021, als in der Hauptstadt über die Zusammensetzung von Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus abgestimmt wurde. Doch weder diese Unsicherheit noch der organisatorische Aufwand oder die Kosten fallen für Thiel ins Gewicht: Ein valides Wahlergebnis müsse den Aufwand wert sein, befand er vorletzter Woche bei einer mündlichen Verhandlung des Wahlprüfungsausschusses des Bundestags.

»Es war kein Ausreißer, sondern komplettes systematisches Versagen.«

Georg Thiel, Bundeswahlleiter

Es sei das erste Mal in der bundesdeutschen Geschichte, dass ein Bundeswahlleiter Einspruch gegen das Wahlergebnis eingelegt hat, hob Thiel hervor. Mit seinem Schritt blicke er zudem nach vorn: „So etwas darf sich nicht wiederholen.“ Ungewöhnlich war auch das Vorgehen der Wahlprüfer. Es sei eher die Ausnahme als

die Regel, dass der Ausschuss eine öffentliche Verhandlung durchführe, sagte dessen Vorsitzende Daniela Ludwig (CSU). Dies zeige, dass das Gremium „sehr ernst nehme, was in Berlin passiert ist“. Zum von ihm beschriebenen neuen Spiel muss es nach Thiels Überzeugung in sechs von zwölf Berliner Wahlkreisen kommen. Die dort gemachten Wahlfehler seien derart schwerwiegend, dass sie Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Bundestags gehabt haben könnten. Ob es dazu kommt, wird wohl erst im Herbst feststehen. Zunächst muss nun der Wahlprüfungsausschuss eine Beschlussempfehlung für den Bundestag vorlegen. Dazu werde es mutmaßlich nicht mehr vor der Sommerpause kommen, signalisierte Ludwig. Der Ausschuss stehe vor der „nicht ganz leichtgewichtigen Frage“ der Verhältnismäßigkeit einer Wahlwiederholung. Die endgültige Entscheidung liegt dann beim Parlament. Womöglich ist dann aber immer noch nicht das letzte Wort gesprochen, wenn nämlich das Bundesverfassungsgericht angerufen wird. Den Hauptstädtern winkt eventuell noch die Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl in einigen Wahlbezirken. Darüber

entscheidet Berlins Verfassungsgerichtshof. Er hat für September eine mündliche Verhandlung in Aussicht gestellt. Spätestens ein Vierteljahr später sei mit einem Urteil zu rechnen. Die Brisanz liegt auf der Hand: Muss die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) um ihren Job bangen? Thiels Einspruch bezieht sich nur auf den Bereich Bundestagswahl. Doch sein Befund über das Chaos gilt natürlich auch für die Wahl zum Abgeordnetenhaus. In den insgesamt mehr als 2.000 Einsprüchen geht es um falsche oder fehlende Stimmzettel, um die vorübergehende Schließung von Wahllokalen, um lange Wartezeiten. In manchen Wahllokalen war um 18 Uhr noch lange nicht Schluss – in einem Fall wurde 21.31 Uhr protokolliert.

Desaströser Wahltag Die Schelte des Bundeswahlleiters fiel harsch aus: Bei den Wahlfehlern handle es sich nicht um Ausreißer, sondern um ein „komplettes systematisches Versagen der Wahlorganisation“. Und es gehe doch „um die Bundeshauptstadt eines zivilisierten Landes“. Auch das Argument, Wahlorganisation sei in großen Städten halt schwieriger, mochte Thiel nicht gelten lassen: Solche Probleme habe es außer in Berlin noch nie im Bundesgebiet gegeben – also auch nicht in München, Hamburg oder Köln. Berlins amtierende Landeswahlleiterin Ulrike Rockmann – die ehemalige Chefin war

nach dem desaströsen Wahlsonntag zurückgetreten – zeigte sich bei der Verhandlung einerseits zerknirscht: Sie wolle „in keinsten Weise entschuldigen, was passiert ist“. Andererseits gibt es nach ihrer Einschätzung keinen Grund zu Wahlwiederholungen. Nach ihren Berechnungen hätten die Vorkommnisse keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Bundestags. Wirklich keine Mandatsrelevanz? Im Wahlkreis Berlin-Reinickendorf zum Beispiel wurden für die frühere Kulturstatsministerin

Monika Grütters (CDU) nur 1.788 Erststimmen mehr als für ihren SPD-Konkurrenten Torsten Einmann ausgerechnet. Hätte die SPD bundesweit 802 Zweitstimmen mehr bekommen, würde sie über einen zusätzlichen Sitz im Bundestag verfügen: Stimmen, die in Berlin unter die Räder kamen? Solche Zahlen sind es nun gewiss auch, die zum Hintergrundbild bei den Beratungen des Wahlprüfungsausschusses gehören. Wie schwierig sich die Abwägung gestaltet, machte Ludwig klar: Ein Wahlfehler könne nur dann zu einer Wahlwiederholung führen, wenn es nicht nur die theoretische Möglichkeit einer Mandatsrelevanz gebe, sondern eine konkrete und nicht völlig entfernt liegende Wahrscheinlichkeit bestehe, dass er auf das Wahlergebnis und damit auf die Sitzverteilung im Parlament Einfluss habe. Und selbst dann greife immer noch das Gebot des geringstmöglichen Eingriffs. Die komplexen Vorbereitungen für eine Wahlwiederholung seien zu berücksichtigen. Zudem gehe es darum, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments möglichst zu gewährleisten. Rockmann steuerte diesen Hinweis bei: Abgesehen von denen, die nicht wählen konnten, weil Stimmzettel fehlten, habe jeder sein Wahlrecht wahrnehmen können. Warten oder wiederkommen: „Man hätte wählen können, wenn man das gewollt hätte.“ *Franz Ludwig Averdunk*

KOMPAKT

Wahlprüfungsverfahren

> Zuständigkeit Die Wahlprüfung ist laut Grundgesetz-Artikel 41 „Sache des Bundestages“. Gegen seine Entscheidung kann Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt werden.

> Vorbereitung Laut Wahlprüfungsgesetz erfolgt die Prüfung nur auf Einspruch, den jeder Wahlberechtigte und in amtlicher Eigenschaft unter anderem der Bundeswahlleiter einlegen kann. Die Entscheidung des Bundestages wird durch den Wahlprüfungsausschuss vorbereitet.

KURZ NOTIERT

Heinrich Amadeus Wolff wird neuer Verfassungsrichter

Der Bundestag hat vergangenen Donnerstag den Bayreuther Rechtswissenschaftler Heinrich Amadeus Wolff zum neuen Richter im Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Damit folgten die Abgeordneten einem Vorschlag des zuständigen Wahlausschusses (20/2039). Wolff tritt die Nachfolge von Andreas L. Paulus an.

Mitglieder von Stiftungs-Gremien gewählt

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag Mitglieder des Kuratoriums der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ und die Mitglieder des Beirats der Stiftung Datenschutz gewählt. Keine Mehrheit fand dabei der Wahlvorschlag der AfD-Fraktion, die für die Hirschfeld-Stiftung Beatrix von Storch als ordentliches Mitglied und Nicole Höchst als stellvertretendes Mitglied nominiert hatte. Alle übrigen Kandidaten wurden mehrheitlich gewählt. *scr*

Ab Oktober sind zwölf Euro die unterste Lohngrenze

MINDESTLOHN Sprung um 22 Prozent. Arbeitsminister Heil sieht »spürbare Verbesserung im Portemonnaie«

Ab Oktober steigt der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland auf zwölf Euro pro Stunde. Gleichzeitig wird die Geringfügigkeitsgrenze bei Minijobs auf 520 Euro erhöht und an die Entwicklung des Mindestlohns gekoppelt. Dem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/1408, 20/1916) stimmte in der vergangenen Woche neben den Ampelfraktionen auch die Linksfraktion zu. Union und AfD enthielten sich.

Obwohl die Erhöhung auf zwölf Euro im Grunde bei allen Fraktionen auf Zustimmung stößt, scheinen aber nur SPD und Grüne mit der Gesetzesänderung rundum zufrieden zu sein. Die FDP nimmt die politische Festlegung des Mindestlohns eher zähneknirschend hin, freut sich aber über die von ihr forcierte Anhebung der Verdienstgrenzen bei Minijobs. Letzteres kritisiert die Linksfraktion heftig, weil es die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns konterkariere, wie es in einem Antrag der Fraktion (20/1503) heißt.

Die Union hält den politischen Eingriff zur Festlegung der Höhe des Mindestlohns ohne die Einbindung der Mindestlohnkommission für falsch und hat das auch in einem Entschließungsantrag (20/2057) formuliert, der ebenso wie der Linken-Antrag aber keine Mehrheit fand. Die AfD verweist

auf die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale durch die Erhöhung. Um die Gesellschaft zusammenzuhalten, brauche es anständige Löhne, sagte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) zu Beginn der Debatte am vergangenen Freitag. Daher sei die Erhöhung des Mindestlohns richtig. Für sechs Millionen Menschen in Deutschland seien die 22 Prozent mehr „möglicherweise der größte Lohnsprung in ihrem Leben“. Profitieren würden davon viele Frauen und viele Menschen in Ostdeutschland. „Wer bisher den Mindestlohn von 1.700 Euro brutto im Monat verdient, bekommt zukünftig 2.100 Euro“, rechnete Heil vor. Das sei noch nicht die Welt, räumte er ein. Es sei aber spürbar eine Verbesserung im Portemonnaie.

Entmündigung Die Union habe überhaupt nichts gegen einen Mindestlohn von zwölf Euro, betonte Hermann Gröhe (CDU). „Wir reichen aber nicht die Hand für die Entmündigung der Sozialpartner“, fügte er hinzu. Schon die ehemalige Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) habe bei der Einsetzung der Mindestlohnkommission vor einem „politischen Mindestlohn“ gewarnt, weil dieser laut Nahles „Willkür und Populismus Tür und Tor öffnet“, erinnerte Gröhe.

Von einer Entmündigung der Sozialpartner oder einem schweren Eingriff in die Tarifautonomie könne keine Rede sei, entgegnete Beate Müller-Gemmeke (Grüne). In den unteren Lohnbereichen sei die Tarifautonomie gar nicht mehr existent. Es gebe kaum noch Tarifverträge, weshalb die Menschen von ihren Löhnen kaum noch leben könnten. Daher müsse die Politik eingreifen. „Nicht die Erhöhung des Mindestlohns sondern die Flucht aus der Tarifbindung ist ein Angriff auf die Tarifautonomie“, sagte die Grünenabgeordnete. Mehr Tariftreue forderte auch Dagmar Schmidt (SPD). Daher sei im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass öffentliche Aufträge des Bundes künftig nur an Unternehmen gehen, die nach Tarif bezahlen. „Lohndumping darf kein Wettbewerbsvorteil sein“, betonte Schmidt.

Teilzeit-Falle „Die Ausweitung der Minijobs lehnen wir entschieden ab“, machte Susanne Fersch (Linke) deutlich. Minijobs verdrängen reguläre Jobs und seien nicht sozial abgesichert, sagte sie. Vor allem Frauen würden nach wie vor in der Teilzeit-Falle stecken. „Minijobs sind und bleiben arbeitsmarktpolitisch und gleichstellungspolitisch ein völliger Irrweg“, urteilte Fersch. Mit Blick auf die auch von ihrer

Fraktion begrüßte Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro forderte die Linken-Abgeordnete „mehr und wirkungsvollere Kontrollen“ zu seiner Einhaltung. Benötigt werde dazu eine tagesaktuelle manipulationsichere Arbeitszeiterfassung.

Überbietungswettbewerb Die FDP habe mit dem Mindestlohn ihren Frieden gemacht, sagte Lukas Köhler (FDP). Das Problem sei aber der Überbietungswettbewerb, der dadurch entstehe, dass die Höhe politisch gesteuert werden solle. Seine Fraktion, so Köhler, habe dafür gesorgt, dass dies künftig nicht mehr der Fall ist. Positiv bewertete der FDP-Abgeordnete die Erhöhung der Einkommensgrenzen bei den Minijobs. Mehr als sieben Millionen Menschen in Deutschland hätten dadurch eine bessere Perspektive und mehr Geld.

Aus Sicht von Norbert Kleinwächter (AfD) ist es angemessen, auf zwölf Euro hochzugehen, „aber gleichzeitig auch sehr gefährlich“. Damit werde die Lohn-Preis-Spirale gesteigert. Das sei nicht die Lösung, befand Kleinwächter. Nötig sei der Mindestlohn ohnehin nur wegen der illegal ins Land geholten Migranten, die zu einer Konkurrenz auf dem Niedriglohnmärkte und damit zu einer Absenkung des Lohns geführt hätten, sagte er. *Gotz Hausding*

Anzeige

Schon gehört?
Die APuZ gibt es auch als Podcast!



AUFGEKEHRT

»Ganz schlimm, ganz schlimm«

Unserer Redaktion wurden Mitschnitte von Fernsehinterviews vom Abend der Bundestagswahl zugespielt, die nie ausgestrahlt wurden. Doch wir wollen die brisantesten Passagen hier veröffentlichen. Ein Reporter fragt Olaf Scholz, ob seine Freude über den Wahlsieg so groß sei, weil er ja alles andere als selbstverständlich war. Scholz reagiert gewohnt schmallippig: „Was ist schon selbstverständlich? Wir haben einen großen Fight geliefert. Wir wussten, dass die Union eine starke Partei ist. Wir haben gewonnen. Fertig!“ Doch der Reporter fragt nach: „War das überraschend für Sie, dass die SPD so in Bedrängnis geraten ist?“ Scholz schaut jetzt richtig böse: „Also, Du hattest vier Jahre Zeit, Dir vernünftige Fragen zu überlegen. Und dann stellst Du mir zwei so scheiß Fragen. Das ist die Bundestagswahl und nicht irgendeine Gemeinderatswahl!“ Scholz wendet sich ab und geht, setzt dann aber doch noch einmal nach: „Ganz schlimm, ganz schlimm.“ Die nächste Einstellung zeigt Armin Laschet, von dem der Reporter einen Kommentar zum schlechtesten Abscheiden der Union bei einer Bundestagswahl hören will. Doch der CDU-Chef ist völlig von der Rolle: „Immer diese Geschichte mit dem Tiefpunkt und nochmal den Tiefpunkt, und dann gibt es nochmal einen niedrigeren Tiefpunkt. Ich kann diesen Scheißdeck nicht mehr hören.“ Da drängt sich plötzlich Friedrich Merz in das Interview und schimpft lautstark: „Eier, wir brauchen Eier!“ Nachdem unser Reporter die Situation wieder unter Kontrolle hat, möchte er von Laschet wissen, ob er nun in Berlin bleibt oder doch nach Düsseldorf zurückgeht. Laschet hat seine gute Laune wiedergefunden. „Düsseldorf, Berlin, Hauptsache regieren.“ Und auch Merz meldet sich nochmal: „Politik is' wie Schach – nur ohne Würfel.“ *Alexander Weinlein*

VOR 35 JAHREN...

»Tear down this wall!«

12.6.1987: Reagan spricht am Brandenburger Tor Der bekannteste Satz, den ein US-Präsident jemals in Berlin gesagt hat, stammt wohl von John F. Kennedy: „Ich bin ein Berliner“, hatte er 1963 vor dem Rathaus Schöneberg auf Deutsch erklärt. 24 Jahre später soll-



Ronald Reagan 1987 in Berlin vor dem Brandenburger Tor

te erneut ein US-Präsident in der geteilten Stadt einen Satz sagen, der im Gedächtnis blieb: „Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!“, forderte Ronald Reagan am 12. Juli 1987 vor dem Brandenburger Tor. Reagan war zur 750-Jahr-Feier der Stadt nach West-Berlin gekommen. Der Besuch wurde von Protesten begleitet. Die beiden Teile der Stadt hielten zwar separate Feierlichkeiten ab. Der Präsident wandte sich jedoch auch an die Ost-Berliner: „Ich stehe genauso zu Ihnen wie zu Ihren Landsleuten im Westen, in dem festen, unerschütterlichen Glauben: Es gibt nur ein Berlin.“ Die Vision Reagans klang in den Ohren vieler absurd. Es schien schlicht unvorstellbar, dass Kreml-Chef Michail Gorbatschow dieses Tor öffnen und die Mauer einreißen könnte. Mehr noch: Die Rede wurde in Europa mit Sorge verfolgt – man befürchtete, die „Kalter-Krieg-Rhetorik“ könnte die Entspannungspolitik mit Moskau gefährden. Vor seiner Rede hatte sich Reagan vom Reichstagsgebäude aus den Verlauf der Grenze durch Berlin erklären lassen. Auf die Frage, ob er Gorbatschow dazu bringen könne, die Mauer abzureißen, meinte er: „Jericho hat auch nicht ewig gedauert.“ Was weniger bekannt ist: Auch Reagan sagte in seiner berühmten Rede einen Satz auf Deutsch. Mit den aus dem Marlene-Dietrich-Klassiker entlehnten Worten „Ich hab' noch einen Koffer in Berlin“ drückte er die enge Verbundenheit der Amerikaner zu den Berlinern aus. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: MIT DEM PARLAMENTSPRÄSIDENTEN DER UKRAINE



Ruslan Stefantschuk (Mitte) war am vergangenen Donnerstag zu Gast im Bundestag und warb im Gespräch unter anderem mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (zweite von rechts) und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Michael Roth (rechts), für einen EU-Beitritt seines Landes.

»Die Ukraine ist Europa«

Vor dem Krieg hat Ruslan Stefantschuk Anzug und Kravatte getragen. Nun, 99 Tage nach dem Beginn des russischen Angriffs auf sein Land, steht der Parlamentspräsident der Ukraine in Militärkluft vor den Abgeordneten des Bundestages und schüttelt erst mal viele Hände. Reihum läuft der 46-Jährige durch den voll besetzten Anhörungssaal im Marie-Elisabeth-Lüders Haus, um jeden und jede herzlich zu begrüßen, bevor er sich zu Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) ans Mikrofon setzt. Stefantschuk ist das erste Mal seit Ausbruch des Krieges wieder im Ausland, und dass diese Reise ihn ausgerechnet nach Berlin führt, um Bas, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu treffen und mit Abgeordneten des Europa- und Auswärtigen Ausschusses zu sprechen, ist kein Zufall, wie er deutlich macht. Deutschland unterstütze die Ukraine nicht nur in ihrem Kampf gegen Russland und durch die Aufnahme von rund 800.000 Geflüchteten, es sei auch „das Land, an dem sich andere orientieren“. Und auf Deutschland als Taktgeber – darauf hofft die ukrainische Führung immer dringlicher. Erneut forderte Stefantschuk die Bundesregierung in Berlin zu mehr Tempo bei der Lieferung

effizienter Waffen auf, denn: „Das sind Tage der Entscheidung.“ Jeder Kriegstag koste rund hundert ukrainische Soldaten und viele Zivilisten das Leben. Den Bundestag bat der Jurist und frühere Hochschullehrer, sich in einer Resolution explizit für die Aufnahme seines Landes als EU-Kandidat auszusprechen. Stefantschuk, ein enger Vertrauter von Präsident Wolodymyr Selenskiy und im Oktober 2021 zum Parlamentspräsidenten gewählt, hofft, dass die EU-Mitgliedstaaten der Ukraine bereits auf ihrem Gipfel Ende Juni den offiziellen Status als Beitrittskandidaten verleihen. „Die Ukrainer warten auf die Anerkennung Europas“, stellte er klar. „Die Ukraine ist Europa.“ Skeptikern wie dem Bundeskanzler hielt er entgegen, dass sein Land keinesfalls auf ein beschleunigtes Verfahren dränge, sondern die Kopenhagener Kriterien für einen Beitritt vollständig umsetzen wolle. „Wir wissen, dass wir dafür noch viel tun müssen“, sagte Stefantschuk. „Aber wir werden Ihre Erwartungen erfüllen.“ Bas und die Abgeordneten signalisierten mit Ausnahme der Mitglieder der AfD-Fraktion breite Unterstützung für diesen Wunsch. So nannte der Vorsitzende des Europaausschusses, Anton Hofreiter (Grüne), den Kandidaten-

status „dringend geboten“, auch als Signal gegenüber Russland. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Michael Roth (SPD), wies zugleich darauf hin, dass es im Bundestag noch keine abgestimmte Haltung dazu gebe und die Fraktionen erst über einen gemeinsamen Antrag beraten müssten. Nach Stefantschuks Worten applaudierten die Abgeordneten lange stehend. Still wurde es jedoch im Saal, als der fraktionslose Abgeordnete für den Wahlkreis Mariupol im Kiewer Parlament, Serhij Taruta, den Abgeordneten von den Zuständen in der Hafenstadt berichtete. Seinen Schätzungen zufolge seien in den Trümmern der von Russland besetzten Metropole mindestens 50.000 Zivilisten qualvoll gestorben, darunter rund tausend Kinder. Es werde „geraubt, gemordet und vergewaltigt“ und das „mitten in Europa“. Der Unternehmer, der durch den Krieg einen Großteil seines Vermögens verloren hat, warb angesichts dieser „barbarischen Taten“ ebenfalls mit Nachdruck für einen EU-Beitritt der Ukraine. Alle Europäer müssten Verantwortung übernehmen, betonte er. Deutschland, versprach er, werde dabei nichts verlieren, „sondern viel mehr gewinnen“. *Johanna Metz*

LESERPOST

Zur Ausgabe 20 vom 16. Mai 2022, „Aus der Tube“ auf Seite 4 und Debattendokumentation: Ich bin mehr als irritiert, wenn ein von der deutschen Bevölkerung gewählter Abgeordneter erklärt: „Die oberste Priorität hat die Hilfe, die wir der Ukraine leisten.“ Auch wenn Abgeordnete keinen Amteid leisten, so muss die oberste Priorität im mandatsmäßigen Handeln darin bestehen, sich dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen. Die Regierungsmitglieder sind deshalb darauf auch grundgesetzmäßig per Eid verpflichtet. Insofern stellt sich ganz besonders die Frage, bis zu welchem Grad unsere außenpolitischen und militärischen Aktivi-

täten, unter Abwägung der möglichen fatalen Folgen für unser Land und unsere Bevölkerung, im Sinne unseres Grundgesetzes zu rechtfertigen sind. Mein außenpolitisches Fazit besteht darin, dass wir uns überall an vorderster Front einmischen, dafür Milliarden deutscher Steuergelder aus unserem Land schaffen, das Ergebnis letztlich in einem Desaster endet (siehe zum Beispiel Afghanistan) und zum Schluss die Flüchtlinge dieser Länder bei uns – auch wieder vorrangig – eintreffen. *Anton Frühholz, München*

Dieser Plan von Ökonomen, die Rente erst ab einem Alter von 70 Jahren einzuführen, ist eine Zumutung. Viele Beschäftigte erreichen das aktuelle Renteneintrittsalter schon nicht. Und täglich grüßt das Murmeltier! Fakt ist für mich: Eine weitere Anhebung der Altersgrenze verschärft nur die Probleme, wie das Ausscheiden vor der Regelarbeitsgrenze, was weitere Abschlüsse bei der Rente bedeutet. Bitte mehr Respekt vor all den Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben! Der Plan ist respektlos. Keiner möchte bis 70 arbeiten und dann gleich in die Holzkiste. Unsere Lebenszeit ist begrenzt, deshalb sollten die Rentner nach vielen Arbeitsjahren ihren wohlver-

dienten Ruhestand genießen dürfen. Das ist Anstand und Fairness! *Ursula Reichert, Hanau*

Zur Ausgabe 21-22 vom 23. Mai 2022, „Haushaltsausschuss sanktioniert Altkanzler Schröder“ auf Seite 1 Jetzt soll es dem Altkanzler Schröder aber ganz hurtig an die Wäsche und ans Eingemachte gehen. Neue Ideen braucht nun das Land, und wer eine hat, der wende sich an höchste Stellen. Das staatlich finanzierte Altkanzler-Büro samt seiner Mitarbeiter müssen jetzt auf die Schnelle weg. Muss Herr Schröder gar in ein „Obdachlosenheim“ umziehen? Aber wie und von wo aus soll er nur um Himmelswillen seine Termine mit dem Wladimir planen? *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 27. Juni.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 20. – 24.6.2022

Streichung von 219a StGB (Do)
Neuregelung der Sterbehilfe (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Manfred Hampel
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD
Manfred Hampel wird am 14. Juni 80 Jahre alt. Der Ingenieurökonom aus Köthen schloss sich 1989 der SPD an. Hampel engagierte sich im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss.

>Hans-Ulrich Klose
Bundestagsabgeordneter 1983-2013, SPD
Am 14. Juni vollendet Hans-Ulrich Klose sein 85. Lebensjahr. Der Jurist aus Hamburg trat 1964 der SPD bei und amtierte von 1974 bis 1981 als Erster Bürgermeister der Stadt. Von 1991 bis 1994 war er Fraktionsvorsitzender. Klose saß im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie im Auswärtigen Ausschuss, an dessen Spitze er von 1998 bis 2002 stand. Von 1994 bis 1998 war er Vizepräsident des Bundestags.

>Thomas Molnar
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU
Am 14. Juni wird Thomas Molnar 70 Jahre alt. Der Architekt und Regierungsbaumeister aus Spremberg trat 1990 der dortigen CDU bei. Molnar wirkte im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

>Friedhelm Ost
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU
Am 15. Juni begeht Friedhelm Ost seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Volkswirt und ZDF-Wirtschaftsredakteur trat 1980 der CDU bei. Von 1985 bis 1989 war er Staatssekretär und Sprecher der Bundesregierung. Ost engagierte sich im Wirtschaftsausschuss, an dessen Spitze er von 1991 bis 1998 stand.

>Luise Morgenstern
Bundestagsabgeordnete 1990, SPD
Luise Morgenstern vollendet am 18. Juni ihr 90. Lebensjahr. 1989 schloss sie sich der SDP bzw. SPD an. Von März bis Oktober 1990 gehörte sie der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an, danach dem Bundestag.

>Wolfgang Zöller
Bundestagsabgeordneter 1990-2013, CSU
Am 18. Juni wird Wolfgang Zöller 80 Jahre alt. Der Ingenieur aus Obernburg wurde 1969 CSU-Mitglied. Von 1978 bis 2002 war er Stadtrat und 2. Bürgermeister in Obernburg sowie von 1978 bis 2018 Kreisrat. Zöller war von 1994 bis 2005 gesundheits- und sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe.

>Hans-Wilhelm Pesch
Bundestagsabgeordneter 1983-1998, CDU
Am 19. Juni vollendet Hans-Wilhelm Pesch sein 85. Lebensjahr. Der Volkswirt aus Mönchengladbach trat 1964 der CDU bei und war von 1975 bis 1984 dort Bürgermeister. Pesch arbeitete im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

>Werner Dreibus
Bundestagsabgeordneter 2005-2013, Die Linke
Werner Dreibus wird am 20. Juni 75 Jahre alt. Der Gewerkschaftssekretär aus Offenbach war Mitbegründer der WASG in Hessen und schloss sich 2007 der Partei „Die Linke“ an. Dreibus gehörte dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie an.

>Dirk Hansen
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, FDP
Am 21. Juni begeht Dirk Hansen seinen 80. Geburtstag. Der Gymnasiallehrer aus Lüneburg trat 1972 der FDP bei. Hansen betätigte sich im Bildungsausschuss.

>Jürgen Schmieder
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, FDP
Am 23. Juni wird Jürgen Schmieder 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Chemnitz zählte Ende 1989 zum Gründerkreis des Neuen Forums. In der ersten Jahreshälfte 1990 war er Vorsitzender der liberalen Deutschen Forumspartei. Schmieder gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an und wirkte im Bundestag im Innen- sowie im Postausschuss mit.

>Marieluise Beck
Bundestagsabgeordnete 1983-1985, 1987-1990, Die Grünen, 1994-2017, Bündnis 90/Die Grünen
Am 25. Juni wird Marieluise Beck 70 Jahre alt. Die Lehrerin trat 1980 den Grünen bei. Beck amtierte von 2002 bis 2005 als Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin. Von 2005 bis 2017 gehörte sie dem Auswärtigen Ausschuss an.

>Bodo Seidenthal
Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD
Bodo Seidenthal begeht am 26. Juni seinen 75. Geburtstag. Der Ingenieur aus Königslutter wurde 1967 Mitglied der SPD. Seit 1974 ist er dort Stadtrat. Seidenthal engagierte sich im Forschungsausschuss.

>Rainer Stinner
Bundestagsabgeordneter 2002-2013, FDP
Am 26. Juni wird Rainer Stinner 75 Jahre alt. Der Kaufmann aus München wurde 1973 FDP-Mitglied. Stinner arbeitete im Verteidigungsausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss mit. *bmh*

Friedrich Merz, CDU:

Was verschweigen Sie uns eigentlich, Herr Bundeskanzler?



Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Am vergangenen Sonntagabend konnten wir uns mit den Koalitionsfraktionen auf die Einzelheiten einer Grundgesetzänderung zur Errichtung eines Sondervermögens verständigen, mit dem die Ansätze für die Ausrüstung und die Aufrüstung der Bundeswehr mit zusätzlich 100 Milliarden Euro ausgestattet werden. Dieser Sonntag war und ist zuallererst ein guter Tag für die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes, und er ist ein guter Tag für die Bundeswehr.

Ich will an dieser Stelle herzlich danken denjenigen, die auf unserer Seite, auf Seite der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Gespräche mit den Koalitionsfraktionen geführt haben: unseren Kollegen Alexander Dobrindt, Mathias Middelberg, Jo Wadephul und Florian Hahn. Herzlichen Dank dafür, dass Sie die Verhandlungen zielorientiert und konstruktiv in unser aller Namen geführt haben!

Ich will ebenfalls danken den Koalitionsfraktionen, dass sie bereit waren, unseren Wünschen vollumfänglich zu folgen, was die Ausgestaltung dieses Sondervermögens – Sie sind unseren Wünschen vollumfänglich nachgekommen. Ich will das noch mal kurz referieren:

Die 100 Milliarden Euro werden nur für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt.

Es wird einen Wirtschaftsplan geben, in dem alle Vorhaben aufgelistet werden.

Die Bundeswehr wird erstmalig in ihrer Geschichte ein Finanzie-

rungsgesetz bekommen, in dem klargestellt wird, dass Deutschland auch nach der Erschöpfung dieser 100 Milliarden Euro alle Verpflichtungen gegenüber der NATO in Zukunft einhalten wird, und das können auch mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sein, meine Damen und Herren. Und das ist ein guter Vorschlag gewesen, der übrigens gar nicht zuerst von uns vorgetragen wurde.

Es wird darüber hinaus bis zur Sommerpause – Herr Bundeskanzler, da sehen wir Sie in der Pflicht, das wirklich auch einzuhalten, was Ihre Verhandlungsführer zugesagt haben – einen Vorschlag zur Reform des Beschaffungswesens geben. Das sehen wir als notwendig und als dringlich an.

Es wird schließlich eine Beteiligung des Haushaltsausschusses mit einem Unterausschuss an der einzelnen Finanzierung geben.

Und es wird abschließend, Herr Bundesfinanzminister, einen Tilgungsplan geben, den Sie ebenfalls zugesagt haben.

Besser hätten wir es gemeinsam nicht zu einem Abschluss bringen können. Herzlichen Dank noch mal auch an Ihre Adresse, meine Damen und Herren aus der Koalition!

Nun hätten wir uns gewünscht, dass auch im Hinblick auf die unmittelbare Herausforderung, vor der wir in diesen Tagen und Wochen stehen, nämlich der Eindämmung des

Krieges in der Ukraine, ähnlich klare und eindeutige politische Entscheidungen in Deutschland getroffen worden wären. Wir hätten uns vor allem gewünscht, meine Damen und Herren, dass die Bundesregierung dem Wunsch und dem Auftrag des Deutschen Bundestages nachgekommen wäre, den wir – wenn auch in Ihrer Abwesenheit, Herr Bundeskanzler – am 28. April ebenfalls in großer Übereinstimmung hier im Deutschen Bundestag in einem Entschließungsantrag formuliert ha-

ben. Wir haben – zur Erinnerung – unter anderem beschlossen, neben der humanitären und finanziellen Hilfe der Ukraine auch schwere Waffen zu liefern, damit dieses Land sich gegen die russische Aggression ausreichend und erfolgreich verteidigen kann. So haben wir es hier gemeinsam beschlossen, Herr Bundeskanzler.

Nun muss ich feststellen: Mehr als einen Monat nach dieser gemeinsamen Entschließung im Deutschen Bundestag sind der Ukraine bis zum heutigen Tag die zugesagten Waffen nicht geliefert worden – mehr als einen Monat! Stattdessen werden von Mitgliedern Ihrer Bundesregierung, Herr Bundeskanzler, und aus Ihrer Partei heraus ständig irgendwelche Behauptungen aufgestellt, die schlicht und einfach falsch sind.

So wird von einer Parlamentarischen Staatssekretärin aus dem Bundesverteidigungsministerium behauptet, es gebe da eine NATO-Vereinbarung, dass es keine schweren Waffen für die Ukraine gebe.

Ihre Parteivorsitzende, Herr Bundeskanzler, sagt, auch andere Länder würden keine schweren Waffen liefern; das sei zwar keine formale Vereinbarung, aber es gebe so eine Art informelle Vereinbarung, dass diese Waffen nicht geliefert werden.

Und Sie, Herr Bundeskanzler, reden in letzter Zeit etwas mehr als sonst. Aber Sie sagen unverändert nichts. Was ist eigentlich Ihre Meinung zu dem, was da aus dieser Koalition kommt?

Hört man sich um unter den Staats- und Regierungschefs, den Abgeordneten in der Europäischen Union, dann kann ich feststellen: Über die Haltung der Bundesregierung gibt es mittlerweile nur noch Verstimmungen – vorsichtig formuliert. Es gibt Enttäu-

schungen über die unklare Rolle Deutschlands. Und es gibt richtig Verärgerung über Sie und Ihre Regierung. Nicht nur wir, die Opposition, sondern Abgeordnete aus Ihren Reihen, Herr Bundeskanzler, machen ihrem Ärger und ihrem Unmut über das, was hier in den letzten Tagen und Wochen geschieht, immer lauter Luft – bis hin zu der Wortmeldung einer Europaabgeordneten, der Kollegin Viola von Cramon von den Grünen, die in der letzten Woche gesagt hat, sie brüsteten sich damit, was man bereits für die Ukraine schon alles geleistet habe; Sie würden dabei auf Absprachen verweisen mit vermeintlichen Partnern, die es überhaupt nicht gebe; ohne die Hilfe der USA wäre die Ukraine längst von Russland überrollt worden. Abschließendes Zitat: Für Deutschland bleibt jetzt nur noch Verachtung

übrig. – Ja, das ist nicht aus unseren Reihen, Herr Bundeskanzler. Das kommt aus Ihren Reihen, aus den Reihen Ihrer Koalition.

Und am Montag dieser Woche titelt die „FAZ“: „Scholz ruiniert das Ansehen der deutschen Politik“. Wörtliches Zitat im Text:

Olaf Scholz hat immer wieder auf seinen Amtseid hingewiesen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Der Schaden, den er gerade nicht abwendet, liegt im Ansehensverlust der deutschen Politik. Reflexion und Vorsicht

- so schreibt einer der Herausgeber der „FAZ“ -

gelten nicht ohne Grund als Tugenden. Sie als Fassade für Zaudern zu verwenden, ist unredlich.

„Unredlich“, Herr Bundeskanzler! „Unredlich“, so eine Auszeichnung durch eine große deutsche Tageszeitung muss man sich erst mal verdienen. „Unredlich“ steht synonym für „böswillig verschweigend“, „unaufrichtig“, „unehrlich“.

Was verschweigen Sie uns eigentlich, Herr Bundeskanzler? Sie telefonieren 80 Minuten mit dem russischen Staatspräsidenten. Morgen kommt der Parlamentspräsident der Ukraine nach Deutschland, nach Berlin, und Sie verweigern ihm bis zu dieser Minute einen Gesprächstermin morgen. Herr Bundeskanzler, was ist da eigentlich los in Ihrer Regierung?

Ich kann begrenzt verstehen, dass Sie nicht nach Kiew reisen wollen. Aber wenn der Parlamentspräsident, der zweithöchste Repräsentant der Ukraine, morgen in Berlin ist, warum geben Sie dem Parlamentspräsidenten der Ukraine keinen Gesprächstermin? Was ist da los in Ihrer Regierung?

Und was heißt das, wenn Sie sagen: „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen“? Was heißt das, wenn Sie sagen: „Die Ukraine muss fortbestehen“? Warum sagen Sie nicht einfach und ganz klar: „Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen“? Und warum sagen Sie nicht ganz klar: „Russland muss zumindest hinter die Kontaktlinie vom 24. Februar 2022 zurückgedrängt werden“, so wie es viele andere Staats- und Regierungschefs auf der Welt und in Europa sagen?

Es ist auch nicht meine oder unsere Frage allein: Gibt es da mittlerweile eine zweite Agenda? Warum widerspricht aus Ihren Reihen, aus den Reihen der SPD niemand Ihrem Vorgänger im Amt des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, der in diesen Tagen hier in Berlin von einer Talkshow in die andere geht, Russland in Schutz nimmt, Putin verteidigt und fast ausschließlich den Vereinigten Staaten von Amerika die Schuld an diesem Krieg zuweist? Herr Bundeskanzler, was machen Sie da? Und warum stellen Sie nicht klar, was Sie für eine Meinung zu diesem Thema haben?

Sie haben am 27. Februar von dieser Stelle aus eine vielbeachtete Regierungserklärung abgegeben. Sie haben hier im Deutschen Bundestag sehr viel Zustimmung bekommen, stehenden Applaus auch von meiner Fraktion – ja, das haben wir wohl zur Kenntnis genommen -, aber, meine Damen und Herren, Sie bleiben hinter den selbstgestellten Ansprüchen dieses 27. Februar mittlerweile Tag für Tag immer weiter zurück. Sie haben an diesem Tag Klartext ge-

Über die Haltung der Bundesregierung gibt es mittlerweile nur noch Verstimmungen.

Sie reden in letzter Zeit etwas mehr als sonst. Aber Sie sagen unverändert nichts.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

sprochen. Sie haben an diesem Tag gesagt, wie Sie die Lage sehen. Seitdem verdampft und verdunstet alles, was Sie da gesagt haben, im Unklaren, im Ungefähren, und es wird keine konkrete Entscheidung hier getroffen und hier begründet, die an dieses Niveau, an diesen Level anschließt, den Sie am 27. Februar 2022 hier selbst gesetzt haben.

Ich will einen zweiten Aspekt hinzufügen – wir sind ja nicht allein auf dieser Welt -: Warum gibt es eigentlich von Ihrer Regierung, Herr Bundeskanzler, auch von Ihnen persönlich keine einzige europäische Initiative, zum Beispiel zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten, wie man in einer solchen historischen Situation jetzt Europa voranbringt und mit anderen Mitgliedstaaten zusammen auch in der europäischen Politik klar zeigt, in welche Richtung jetzt Europa entwickelt werden soll und welche Chancen Europa auch in diesem Konflikt für die eigene bessere Integration in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sieht?

Ich will es mal so sagen: Haben Sie eigentlich außer der formalen Rhetorik irgendeinen Vorschlag, wie sich Europa in dieser historischen Phase des Umbruchs aufstellen und dauerhaft auch verteidigen kann? Gibt es irgendeinen Vorschlag aus Ihrer Regierung, Herr Bundeskanzler? Bringen Sie wenigstens Teile des Geldes, das wir jetzt in diesem Sondervermögen bereitstellen wollen, in eine europäische Sicherheitsarchitektur ein, die es uns erlaubt, Schritt für Schritt hin zu einer europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu kommen.

In diesem Zusammenhang: Wie wird eigentlich die Bundesregierung, wie werden Sie, Herr Bundeskanzler, votieren, wenn in wenigen Tagen der nächste Europäische Rat stattfindet und auf der Tagesordnung die Frage steht, ob der Ukraine, ob Moldau und ob den Westbalkanstaaten der Kandidatenstatus für den Beitritt zur Europäischen Union gegeben wird? Herr Bundeskanzler, Sie können es doch nicht der EU-Kommission überlassen, das irgendwie formal vorzubereiten. Das ist doch eine zutiefst politische Entscheidung, in der auch Führung erwartet wird, in der Klarheit erwartet wird, in der eine Meinung erwartet wird.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie es offenlassen, wenn die größte Nation der Europäischen Union in dieser Frage unklar bleibt und keine klare Antwort gibt, dann bleibt es in ganz Europa unklar,

dann wird es in ganz Europa keine Antwort geben. Also: Bitte sagen Sie, was Sie von dieser Frage halten und wie Sie das sehen, ob die Westbalkanstaaten, Moldau und die Ukraine den Kandidatenstatus bekommen sollen oder nicht! Oder setzen Sie das fort, was Sie mit Ihrer Politik als Finanzminister schon in den letzten Jahren Ihrer Regierung getan haben, nämlich praktisch jedes Problem einfach nur mit neuem Geld zuzuschütten und ansonsten politischen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen?

Meine Damen und Herren, ich will das in Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 2022 stellen: Sind Ihnen eigentlich die Risiken bewusst, mit denen Sie diesen Bundeshaushalt in dieser Woche hier verabschieden wollen, und zwar ganz unabhängig von den neuen Schulden, die jetzt mit diesem Sondervermögen gemacht werden? Es könnte doch sein, Herr Bundeskanzler, dass Sie in wenigen Wochen 60 Milliarden Euro für den Klima- und Energiefonds gar nicht zur Verfügung haben, weil Ihnen das Bundesverfassungsgericht nicht erlaubt, diese

Mittel aus den Coronahilfen zweckzuentfremden für Entscheidungen

Ihrer Regierung, die eigentlich aus dem normalen Haushalt finanziert werden müssten.

Es könnte sein, dass Sie Jahr für

Jahr 10 Milliarden Euro zurückzahlen müssen an diejenigen, die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zahlen, weil es an Ihnen gescheitert ist, den Solidaritätszuschlag in der letzten Wahlperiode vollständig abzuschaffen. Das ist ein jährliches Risiko von 10 Milliarden Euro.

Und in dem Zusammenhang: Wenn Sie sich damals nicht aus ideologischen Gründen geweigert hätten, den Soli ganz abzuschaffen, hätten Sie heute mit diesem Instrument, das Sie selbst diskreditiert haben, ein Instrument zur Verfügung, mit dem wir wahrscheinlich die neuen Schulden für das „Sondervermögen Bundeswehr“ gar nicht hätten aufnehmen müssen. Sie hätten uns nämlich den Vorschlag machen können, Herr Bundeskanzler,

dass wir einen solchen Solidaritätszuschlag erheben auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftsteuer für die Bundeswehr. Dann wäre das von heutigen Generationen gezahlt worden – das ist eigentlich Aufgabe der heutigen Generation – und müsste nicht von der jungen Generation in einigen Jahren und Jahrzehnten mühsam abgezahlt werden.

Und in dem Zusammenhang: Was sagen Sie eigentlich der jungen Generation? – Dass dabei Unruhe bei Ihnen aufkommt, das kann ich wirklich gut verstehen, meine Damen und Herren. Bei dem Wort „Soli“ glänzen ja Ihre Augen, das hätten Sie gerne. Aber Sie können ihn nicht einführen, weil Sie dieses Instrument einfach mutwillig zerstört haben.

Was sagen Sie eigentlich, Herr Bundeskanzler, der jungen Generation, dass Sie es auch mit diesem Bundeshaushalt erneut versäumen, eine Reform der Rentenversicherung vorzulegen? Also eine Reform der Rentenversicherung, die einerseits den Bundeszuschuss begrenzt und andererseits der jungen Generation eine sichere Altersversorgung ermöglicht? Auch hier eine Zahl. – Ich kann

das gut verstehen, dass es nicht nur im Plenum, sondern auch auf der Regierungsbank gehörige Unruhe gibt. Sie müssen mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr an Zuschuss in die Rentenversicherung zahlen. Es gibt bis heute keinen Vorschlag aus Ihrer Koalition, diese Rentenversicherung zu reformieren. Der letzte Reformvorschlag ist an Ihnen von der SPD gescheitert und an Ihnen, Herr Bundeskanzler, in der letzten Koalition. Wir hätten hier längst eine Reform machen müssen. Sie ist an Ihnen gescheitert. Sie haben Ihre Zustimmung verweigert zu jedem Reformvorschlag, der gemacht worden ist.

So bleibt heute festzustellen: Das Wort „Zeitenwende“, das Sie am 27. Februar 2022 geprägt und verwendet haben, bleibt, außer dass neue Schulden für dieses Sondervermögen gemacht werden, mehr oder weniger beziehungslos im Raum stehen. Es gibt nichts außer neuen Schulden, was Sie mit dem Wort „Zeitenwende“ ernsthaft verbinden. Alles andere soll so schön bleiben, wie Sie es in Ihrem Koalitionsvertrag, der mittlerweile nur noch ins Archiv gehört, verabredet haben. Im Gegenteil: Aus Ihren Reihen kommen fast im Wochenrhythmus neue Vorschläge, wie man zusätzliches Geld ausgibt. Der jüngste Vorschlag Ihres Sozialministers: ein soziales Klimageld für Einkommen bis 8 000 Euro im Monat. – Meine Damen und Herren, schauen Sie sich mal die Reihen dieser Koalition an und welche Reaktionen das Wort „soziales Klimageld“ hier im Hause auslöst. Es ist schon ganz interessant, das hier zu beobachten. Vielleicht kriegen Sie noch ein bisschen Beifall von

der Linkspartei; aber ansonsten kriegen Sie überhaupt keinen Beifall mehr für dieses Thema. Sie machen solche Vorschläge ohne jede Gegenfinanzierung und planen einfach zusätzliche neue Schulden. Das ist die Botschaft dieser Regierung.

Herr Bundeskanzler, ich möchte Ihnen zum Abschluss meiner Rede einen Vorschlag machen. Sie haben heute Morgen vermutlich ein vorformuliertes, ausformuliertes Redemanuskript des Bundeskanzleramtes mitgebracht. Legen Sie dieses doch mal auf die Seite, und beantworten Sie bitte, wenn es Ihnen möglich ist, drei sehr konkrete Fragen.

Die erste Frage ist: Welche Waffen liefert die Bundesrepublik Deutschland wirklich an die Ukraine? Welche Waffen wollen Sie liefern? Was ist Ihre präzise Antwort auf diese Frage?

Zweitens. Herr Bundeskanzler, wie werden Sie im Europäischen Rat abstimmen, wenn die Frage beantwortet werden muss: Gibt es für die Ukraine und andere Staaten den Kandidatenstatus für einen Beitritt zur Europäischen Union?

Dritte Frage – auch diese bitte ich Sie heute Morgen abweichend vom vorgetragenen, vorgelesenen Redemanuskript hier zu beantworten -: Welche Vorschläge machen Sie zur Reform der Deutschen Rentenversicherung, damit die junge Generation in diesem Land die Perspektive einer gesicherten Altersversorgung hat?

Ich finde, Deutschland hat Anspruch darauf, in einer Debatte über den Etat des Bundeskanzlers diese Fragen beantwortet zu bekommen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Aus Ihren Reihen kommen fast im Wochenrhythmus Vorschläge, wie man zusätzliches Geld ausgibt.

Es könnte sein, dass Sie Jahr für Jahr 10 Milliarden Euro zurückzahlen müssen.



Der Etat von Bundeskanzler Scholz und seinem Kanzleramt wird deutlich sinken, von Mangel kann bei vorgesehenen 3,9 Milliarden Euro im verabschiedeten Haushaltsplan trotzdem keine Rede sein.

© picture alliance/dpa | Paul Zinken

Olaf Scholz, Bundeskanzler:

Wir bringen in Ordnung, was nicht in Ordnung war



Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis 61

Verehrter Herr Merz, Sie haben sich mit dem Text, den Sie vorbereitet haben, mit ihrem Manuskript, ja sehr viel Mühe gegeben. Allerdings muss man ausdrücklich sagen: Das, was Sie hier vorgetragen haben, sind lauter Fragen. Sie sind hier durch die Sache durchgetänzt und haben nichts Konkretes gesagt. „More beef“ wäre wirklich sehr vernünftig gewesen.

Sie werden nicht damit durchkommen, immer nur Fragen zu stellen und sich niemals in irgendeiner Frage sinnvoll zu positionieren. Und wenn Sie es dann machen, dann wird es peinlich.

Sie kritisieren hier, dass ich mit dem russischen Präsidenten telefoniere. – Sie insinuiieren das. – Dann sagen Sie, ich soll was Gemeinsames mit dem französischen Präsidenten machen, und während Sie in Ihrer Rede das insinuiert haben, haben Sie völlig übersehen, dass das letzte Telefongespräch ein gemeinsames mit dem französischen Präsidenten war, übrigens eine europäische Aktion dieser beiden Länder, die eine wichtige Rolle für die Zukunft Europas spielen.

Ganz anders, als Sie das hier darstellen, sind die anderen Länder Europas überwiegend sehr, sehr froh darüber, dass wir genau das machen, und freuen sich darüber, dass wir mit ihnen unsere Erkenntnisse austauschen, dass wir darüber reden, was gemeinsam vorzutragen ist und was wir tun wollen.

Na ja, und dann hatten Sie ja doch noch einen konkreten Vorschlag; den muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Ihr Vorschlag, den Sie heute hier im Deutschen Bundestag gemacht haben, ist, dass wir die Steuern für fast alle Bürgerinnen und Bürger über einen Soli erhöhen sollen, um die bessere Ausrüstung der Bundeswehr zu bezahlen. Was für

ein merkwürdiger Einfall! Einen ganzen Bundestagswahlkampf haben Sie damit geführt, zu fordern, dass der Soli auch für die Leute, die 200 000, 300 000 und 400 000 Euro im Jahr verdienen, wegmuss, um jetzt vorzuschlagen, dass Leute, die 70 000 und 60 000 Euro im Jahr verdienen, den Soli ab nun zahlen sollen, damit dies jetzt hier finanziert werden kann. Das ist keine gute Idee.

Ich werde Ihre Fragen ja beantworten bzw. sie sind alle längst beantwortet worden bei den Gelegenheiten, die dazu da waren. Ich will aber ausdrücklich dazu sagen – dies ist ganz, ganz zentral -: Wenn man über das redet, über was wir hier reden, wenn es um die Verbesserung unserer Verteidigungsanstrengungen geht, dann muss man als Oppositionsführer, der von der CDU/CSU kommt, schon sagen: Die Verteidigungsministerinnen und -minister der letzten Jahre waren in der CDU und in der CSU. Die Kanzlerin war in der CDU. Darüber hätten Sie zumindest ein Wort verlieren können, Herr Merz.

Die schlechte Zeit für die Bundeswehr hat begonnen, als ein presseaffiner, viel kommunizierender, selten sich in seinem Amt aufhaltender Bundesverteidigungsminister Guttenberg entschieden hat, alles Mögliche anders zu machen, ordentlich einzusparen und die Wehrpflicht abzuschaffen. Noch heute leiden wir darunter, dass all das Geld damals zusammengestrichen worden ist. Manchmal ist Sacharbeit wirklich eine nützliche Sache, Herr Merz.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Preise für Benzin und Diesel, für Lebensmittel und fürs Heizen steigen rasant. Millionen Bürgerinnen und Bürger fragen sich jeden Tag: Komme ich hin mit meinem Geld? Reicht es noch am Monatsende? Das sind sehr, sehr, sehr gravierende Fragen, Fragen, auf die es in der Tat eine klare Antwort braucht.

Die Bundesregierung hat umfangreiche Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen auf den Weg gebracht. In der Summe reden wir über mehr als 30 Milliarden Euro. Diese Entlastungen kommen jetzt an, in den

nächsten Tagen und Wochen.

Rückwirkend ab Januar wird die Pendlerpauschale erhöht, um die hohen Spritpreise etwas auszugleichen.

Ab 1. Juli werden die Stromrechnungen günstiger, weil wir die EEG-Umlage streichen. Eine vierköpfige Familie spart so mehrere Hundert Euro im Jahr.

Ab Juli bekommen Bürgerinnen und Bürger mit kleinen Einkommen, Wohngeldempfänger/-innen und Studierende mit BAföG einen Zuschuss zu den Heizkosten.

Familien werden gezielt entlastet durch den Kinderbonus.

Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche erhalten einen Sofortzuschlag, und zwar monatlich.

Jeder Beschäftigte erhält ab September zum Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten einmalig 300 Euro ausgezahlt.

Schon heute treten zwei Maßnahmen in Kraft, über die wohl am meisten geredet worden ist in Deutschland in den vergangenen Wochen: die Steuersenkung auf Benzin und Diesel und das 9-Euro-Ticket im ÖPNV. Wir entlasten damit diejenigen, die nicht aufs Auto verzichten können, und all diejenigen, die täglich Bus und Bahn nutzen. Vielleicht gewinnen wir auch den einen oder anderen dafür, künftig etwas häufiger die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Jedenfalls ist der Ansturm auf das 9-Euro-Ticket ganz massiv. Das zeigt: Die Maßnahmen wirken.

Sie kommen direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Das hat diese Bundesregierung und die Regierungsmehrheit im Bundestag auf den Weg gebracht. – Weil die Öffentlichkeit ihre eigenen Themen hat, die sie diskutiert und über die geschrieben wird, ist es so, dass das vielleicht noch nicht so präsent geworden ist. Aber wenn das Geld jetzt gezahlt wird, dann, hoffe ich, wird den Bürgerinnen und Bürgern, die diese Hilfe wirklich dringend brauchen, auch sichtbar: Sie kommt; und wir haben das gemacht.

Übrigens profitieren auch die Rentnerinnen und Rentner von

den Entlastungspaketen: bei der Stromrechnung, vom Tankrabatt und von dem 9-Euro-Ticket. Zum 1. Juli steigen die Renten so stark wie seit Jahrzehnten nicht, nämlich um 6,12 Prozent im Osten und über 5,35 Prozent im Westen. Für 3 Millionen Rentnerinnen und Rentner haben wir höhere Erwerbsminderungsrenten auf den Weg gebracht. Wir werden das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisieren, damit es nach 2025 nicht unterschritten wird. Das ist eine wichtige Leistung dieser Regierung.

Wer sein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, der oder die muss sich auf seine oder ihre Rente verlassen können. Das ist ein Kernversprechen des Sozialstaates, und wir werden es erneuern. In diesen Zeiten, wo große Veränderungen stattfinden, da ist es umso wichtiger, dass sich alle auf Sicherheit und Zusammenhalt verlassen können.

Wir entlasten übrigens auch die Unternehmen, vor allem diejenigen, die jetzt mit dem Krieg und den hohen Energiekosten zu kämpfen haben, und haben einen Schutzschild errichtet, um Betrieben bei Bedarf mit Zuschüssen, Bürgschaften oder günstigen Krediten unter die Arme zu greifen.

Mit ähnlichen Instrumenten haben wir es geschafft, durch die Coronapandemie zu kommen, und es ist gelungen, Arbeitsplätze zu erhalten. Das ist eine gute Botschaft, vor allem, wenn wir jetzt sagen können: Die Beschäftigung ist gegenwärtig höher als vor der Pandemie. Es zeigt: Wenn ein Land zusammenhält, dann kann man auch durch schwere Krisen kommen. – Diesen Weg werden wir weiter verfolgen.

Aber ich sage ganz offen: Natürlich ist damit das Problem steigender Preise noch nicht gelöst. Denn der Preisanstieg hat eine ganze Reihe von Ursachen, ganz vorn der von Russland angezettelte Krieg. – Was lachen Sie? Der von Russland angezettelte Krieg! Er heizt die Energie- und Rohstoffpreise an. Die internationalen Lieferketten sind oft noch durch die Pandemie gestört, insbesondere in Asien. Man soll sich nur einmal die Vorstellung vergegenwärtigen von den vielen Schiffen in den Containerhäfen Chinas, insbesondere in Schanghai.

Natürlich haben die milliardenschweren Konjunkturpakete, die viele Länder, nicht nur wir, aufgelegt haben, dazu geführt, dass es eine höhere Nachfrage gibt, zum Beispiel nach Rohstoffen. Noch sind also diese Preissteigerungen

wahrscheinlich auf solche einmaligen Schocks zurückzuführen. Aber wir müssen aufpassen, dass daraus keine dauerhafte Entwicklung mit zu hohen Inflationsraten wird. Bei allem, was wir heute und auch künftig tun, ist eins klar: Kreditfinanzierte Dauersubventionen sind keine Lösung, zumal wir nächstes Jahr die verfassungsmäßig vorgeschriebene Schuldenbremse wieder beachten werden.

Ziel muss also sein, den Inflationsdruck nachhaltig zu mildern. Zugleich behalten wir weiterhin die finanzielle Lage von Rentnerinnen und Rentnern, von Grundversicherungsempfängern, von Studentinnen und Studenten und Familien genau im Blick. Auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fragen sich, was sie sich noch werden leisten können.

Die Tarifpartner in der Chemieindustrie haben kürzlich einen sehr interessanten Weg gewählt. Beschlossen wurde, gestiegene Preise schnell und substanziell über eine einmalige Sonderzahlung auszugleichen. Auch in der Stahlindustrie und in anderen Tarifbereichen wird darüber gerade diskutiert. Zum Beispiel bei Erziehern haben Zahlungen, auch einmalige Zahlungen, eine Rolle gespielt.

Die gute Idee dahinter ist, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziell Luft zu verschaffen, ohne die Arbeitgeber zu überfordern und Inflationsrisiken anzuheizen. Ich habe mich deshalb zusammen mit allen Verantwortlichen der Regierung zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen: Ich möchte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaften und die Arbeitgeber zu einer konzertierten Aktion zusammenrufen.

Es hat schon einmal geholfen, dass wir zusammengestanden haben, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Staat und auch viele andere, die in diesem Land Verantwortung haben, um mit einer schweren Herausforderung umzugehen. Ich finde, es ist richtig, Instrumente der Zusammenarbeit und des Zusammenhalts, die schon einmal in schwierigen Lagen geholfen haben, von Unternehmen, von Beschäftigten, von Gewerkschaften, von Unternehmerverbänden, von Staat, von Kommunen und von allen Institutionen zu nutzen und zu sagen: Hier muss erneut zusammengestanden und herausgefunden werden: Wie wollen wir mit dieser Preisentwicklung umgehen? Ich bin dazu bereit, dass wir uns so zusammensetzen.

Natürlich wird das keine Aktivität sein, wo wir uns treffen und mal reden. Da wird ganz konkret gesprochen. Ich will auch sagen: Alle werden etwas beitragen müssen: die Sozialpartner, selbstverständlich auch die Arbeitgeber

Wenn ein Land zusammenhält, dann kann man auch durch schwere Krisen kommen.

Sie sind hier durch die Sache durchgetänzt und haben nichts Konkretes gesagt.

– denn sie haben eine große Verantwortung dafür, dass die Finanzkraft ihrer Beschäftigten groß genug ist -, aber auch wir als Gemeinschaft und der Staat. Deshalb ist es eben umso richtiger, dass wir das miteinander machen. Wir brauchen eine gezielte Kraftanstrengung in einer ganz außergewöhnlichen Situation. Wir sind dazu bereit. Wir wollen eine konzentrierte Aktion gegen den Preisdruck.

Das ist natürlich keine Lohnverhandlungsrunde; das machen die Tarifpartner. Aber es geht darum, das miteinander zu besprechen. Ich weiß aus den Gesprächen mit den Verantwortlichen in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und Unternehmensverbänden, dass sie das sehr begrüßen, wenn wir genau das jetzt machen.

Die Coronapandemie hat uns gezeigt, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist. Ich wünsche mir, dass wir das bewahren. Die aktuelle Infektionslage verschafft uns Zeit zum Handeln. Wir nutzen sie intensiv, um uns und unser Gesundheitssystem gut auf Herbst und Winter vorzubereiten.

Wir stellen unser Gesundheitssystem so auf, dass es zukunftssicher ist. Dazu gehört, die gesetzliche Krankenversicherung verlässlich zu finanzieren. Darauf können sich die Patientinnen und Patienten, aber auch die Beschäftigten im Gesundheitswesen verlassen, die in den vergangenen zwei-einhalb Jahren so unglaublich viel für unser Land geleistet haben. Wir werden sie nicht vergessen und sie weiter unterstützen.

Weil der Zusammenhalt so wichtig ist, werden auch Sozialreformen weiter eine Rolle spielen. Es ist nicht so, dass das alles jetzt hinter dem Krieg verschwindet, Herr Merz, sondern es bleibt gerade in dieser Situation ganz, ganz wichtig, dass wir etwas für den Zusammenhalt tun. Deshalb werden wir die Reform weiter voranbringen, die wir uns als Regierung vorgenommen haben: das Bürgergeld, mit dem wir auf Beratung und Unterstützung setzen statt auf unnötige Bürokratie und komplizierte Antragsverfahren, und die Kindergrundsicherung, die eine unübersichtliche Vielzahl unterschiedlicher Familienleistungen zusammenführen und verbessern soll. Alles beides wird weiter vorgebracht.

Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, darf es in einem so reichen Land wie Deutschland nicht geben. Das ist ein Grundsatz, der für diese Regierung unabdingbare Priorität hat.

Selbstverständlich gehört dazu auch, dass wir jetzt das voranbringen, was wir uns letztes Jahr vorgenommen haben, nämlich dass diejenigen, die am wenigsten verdienen, einen besseren Lohn bekommen. Der Mindestlohn wird ab Oktober auf 12 Euro in der Stunde steigen. Es war ein langer Kampf. Jetzt wird das Realität. Das Versprechen ist umgesetzt!

Wir wissen alle, dass 12 Euro in der Stunde keine großen Sprünge erlauben. Aber es ist eine Erleichterung für viele, die sehr, sehr wenig Geld haben, gerade wenn jetzt die Preise steigen. Und es macht einen Unterschied für 6 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Was für eine Aussage über unser Land und darüber was hier verdient wird!

Aber wie dringlich ist diese Reform – gut, dass sie jetzt kommt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, faire Löhne sind das eine; aber viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich grundsätzlichere Fragen: Wie sicher ist der Arbeitsplatz, wenn Energie teurer wird und Lieferketten unsicherer? Wie geht es weiter mit dem Industrieland Deutschland? – Ich kann das gut verstehen, und wir wissen alle, dass wir vor einer zweiten industriellen Revolution stehen.

Nur ein Beispiel: Um in Zukunft mit sauberem Strom betrieben zu werden, braucht ein Chemiestandort wie Ludwigshafen mit BASF in etwa die Strommenge von acht bis neun Windparks auf See. Das klingt viel, und das ist es auch. Die gute Nachricht ist: Schon vor dem Kriegsbeginn in der Ukraine hatte die Bundesregierung einen Zukunftsplan, um das Industrieland Deutschland bis 2045 CO₂-neutral zu machen. Dieser Plan gilt heute immer noch, mehr als vorher.

Zwei Dinge sind dafür entscheidend:

Erstens: Versorgungssicherheit. Energie muss immer verfügbar sein, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr. Die Bundesregierung hat zuletzt erhebliche Fortschritte durchgesetzt, um unabhängig von russischem Gas zu werden. Schwimmende Flüssiggasterminals werden kurzfristig bereitstehen. Mit einem eigenen Gesetz beschleunigen wir den Ausbau so, dass in wenigen Monaten und nicht in Jahren oder Jahrzehnten die nötige Infrastruktur errichtet wird. Wir erschließen neue Bezugsquellen. Erst vorige Woche habe ich dazu Gespräche in Afrika geführt; wir reden auch mit Norwegen, mit Kanada, den USA und Katar. Terminals und Leitungen sollen künftig auch für Wasserstoff

genutzt werden; denn darin liegt die Zukunft.

Zweitens. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird massiv beschleunigt. Das Osterpaket ist bereits verabschiedet, zwei weitere Pakete folgen im Sommer und Herbst, und wir wollen die Dauer der Verwaltungsverfahren mindestens halbieren.

Das will ich an dieser Stelle auch sehr klar sagen: Wir werden uns nicht den Schneid abkaufen lassen, meine Damen und Herren – nicht von den Lobbyisten, nicht von den Bedenkenträgern und auch nicht von den Verteidigern des Status quo; denn wenn wir erst einmal anfangen, Dinge auf die Zeitschiene zu schieben, dann werden wir niemals rechtzeitig fertig werden. Das ist zu lang; wir haben die Zeit dafür nicht mehr. Dieses Jahr ist das Jahr der Entscheidungen, und die Entscheidungen werden getroffen.

Mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Niederlanden, Dänemark und Belgien und mit der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen haben wir kürzlich die Weichen gestellt, um aus Nordseewind so etwas zu machen wie ein riesiges Windenergiekraftwerk. Das Gleiche wollen wir für die Ostsee erreichen. Die Kommission hat auch ihren Beitrag geleistet mit dem Paket REPowerEU, das dazu beitragen soll, dass viele Dinge schneller gehen. Neben vielen Fragen, die jetzt von einigen im Vordergrund diskutiert werden, ist ja eine Sache dabei ganz zentral: Es soll noch mal neue Möglichkeiten der Beschleunigung beinhalten, damit Verfahren einfacher werden und wir die Dinge besser voranbringen können; auch darüber haben wir bei der Sondertagung des Europäischen Rates gesprochen.

Es bleibt ein Ziel für ganz Europa, was für uns unmittelbar gilt: Wir wollen Energieunabhängigkeit erreichen, so schnell wie möglich. Das, wissen wir, ist in diesen Tagen ganz, ganz dringend angesichts des russischen Angriffs. Wir wollen vollständige CO₂-Neutralität bis 2045 erreichen. Das ist machbar. Beides gehört zusammen – es schließt einander nicht aus -, und wir werden beides erreichen.

Natürlich gehört dazu auch, dass wir jetzt die Grundlagen dafür legen, all das voranzubringen, was für unser Land wichtig ist: bei Forschung und Innovation, bei der Digitalisierung, wo wir mehr Tempo brauchen, bei der Aus- und Weiterbildung. Deshalb schaffen wir ein Qualifizierungsgeld. Deshalb wollen wir neue Aufstiegsmöglichkeiten und Chancen-

gerechtigkeit schaffen. Wir schaffen ein Startchancen-Programm, wir bauen die Ganztagsbetreuung an Grundschulen aus, die BAföG-Reform läuft, und wir wollen uns für eine Ausbildungsgarantie einsetzen, damit Jugendlichen ein Berufseinstieg nicht verwehrt bleibt. Alles das sind Investitionen in die Zukunft. Denn wir brauchen sie, diese Investitionen in unsere Zukunft. Wir brauchen die besten Erfinderinnen, die weltbesten Ingenieure und gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter.

Ich habe eingangs über die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gesprochen, über ihre Fragen und Sorgen, die wir in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Die aktuell größte Sorge ist ganz unbedingt der furchtbare Krieg, den Russland gegen die Ukraine begonnen hat. Uns alle schmerzen die Opfer dieses verbrecherischen Krieges, der ja nun schon fast 100 Tage währt. Mit jedem Tag steigen die Opferzahlen. Mit jedem Tag werden durch die russischen Bomben und Artillerie mehr Städte und Orte in Trümmern verwandelt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns über das einig sind, was wir erreichen wollen: Putin darf und wird diesen Krieg nicht gewinnen.

Es gibt ja jetzt eine Situation, in der immer wieder darüber diskutiert wird, was die Kriegsziele sind. Unser Ziel ist, dass Putin nicht gewinnt. Unser Ziel ist, dass die Ukraine sich verteidigen kann und damit erfolgreich ist. Aber ich will ausdrücklich sagen: Es ist überheblich, es ist unangemessen und es ist völlig fehl am Platze, wenn hierzulande darüber diskutiert wird, was die Ukraine richtigerweise zu entscheiden hat. Ich sage es mit dem amerikanischen Prä-

äsidenten: Über die Ukraine entscheiden die Ukrainerinnen und Ukrainer und niemand sonst, Herr Merz.

Man muss vielen genau zuhören, was sie da machen. Da höre ich viel, was mir nicht gefällt. Ich höre auch viel aus den anderen Ländern, was dort diskutiert wird – das will ich ausdrücklich sagen - ; da gibt es den einen oder anderen, der vielleicht auch denkt: So könnte das doch gelingen, dann ist die Sache endlich vorbei. – Aber das kann nicht sein. Wir werden die Ukrainerinnen und Ukrainer so lange unterstützen, wie das erforderlich ist, mit all den Möglichkeiten, die wir auf den Weg gebracht haben.

Putin darf seine Ziele nicht erreichen. Er darf nicht mit seinem Konzept durchkommen, mit ei-

nem brutalen militärischen Einsatz ein Land oder Teile davon zu erobern. Das ist Imperialismus, und den werden wir in Europa nicht akzeptieren.

Deshalb wirken unsere tiefgreifenden Sanktionen. Es sind übrigens die weitreichendsten Sanktionen, die jemals weltweit gegen ein so großes Land verhängt worden sind. Es sind sehr wirksame Sanktionen; auch das muss dazu gesagt werden. Es sind Sanktionen, mit denen Putin niemals gerechnet hat, weil es Sanktionen sind, die aus Geschlossenheit entstanden sind und gerade dadurch ihre Wirksamkeit entfalten. Diese Geschlossenheit müssen wir bewahren.

Deshalb ist es gut, dass sich der Europäische Rat gestern nach den fünf Sanktionspaketen, die vorher beschlossen waren, auf ein sechstes verständigt hat, mit vielen weiteren, sehr detaillierten Sanktionen, an denen wir lange gearbeitet haben, und auch mit einem Öl-embargo, das dazugehört. Ich bin froh, dass diese Entscheidung jetzt getroffen worden ist.

Wir steigen zum Herbst aus dem Import russischer Kohle aus. Für uns in Deutschland gilt trotz der Ausnahme für die Pipeline-Anrainer: Wir werden unverändert daran arbeiten, bis zum Jahresende auch aus dem Import von Öl auszusteigen. Das bleibt unverändert unser Ziel.

Außerdem unterstützen wir die Ukraine finanziell mit sehr vielen Mitteln. Gerade erst haben wir 1 Milliarde Euro im Rahmen der G 7 zugesagt, eine direkte Zahlung aus Deutschland, die dazu beitragen soll, dass die Ukraine der Gefahr Herr werden kann, der sie ausgesetzt ist.

Neben der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung liefern wir auch Waffen. Eines will ich klarstellen: Deutschland muss sich da nicht verstecken. Wir liefern kontinuierlich von Beginn des Krieges an. Unmittelbar nach Kriegsbeginn haben wir diese Entscheidung getroffen und mit einer langjährigen Staatspraxis in Deutschland gebrochen. Das war eine richtige Entscheidung. Es war eine mutige, neue Entscheidung dieser Regierung, meine Damen und Herren.

Weil Sie ja fragend durch die Landschaft getänzelt sind, Herr Merz, noch mal der Hinweis: Es ist eine Regierung, die von der CDU geführt worden ist, die diese Staatspraxis in den letzten Jahren vertreten hat. Ich will das nicht kritisieren. Aber so zu tun, als sei das kein ganz besonders weitreichender Schritt gewesen, dass wir das jetzt gemacht haben, ist nicht in Ordnung und auch nicht vernünftig.

Die Zeitenwende ist der furchtbare imperialistische Angriff Russ-

Wir wissen alle, dass wir vor einer zweiten industriellen Revolution stehen.

Dieses Jahr ist das Jahr der Entscheidungen, und die Entscheidungen werden getroffen.

lands auf sein Nachbarland, das unschuldig überfallen worden ist. Wir reagieren darauf mit weitreichenden Maßnahmen. Zu diesen weitreichenden Maßnahmen zählte als Allererstes, dass wir diese Staatspraxis verändert haben – ich verstehe nicht, dass immer wieder von Ihnen vorgetragen wird, es sei nichts passiert –; allein das ist eine massive Änderung der Politik in Deutschland.

Wenige Tage nach Kriegsausbruch haben wir Flugabwehrraketen und Panzerabwehrwaffen geliefert, also genau das, was zu dem Zeitpunkt am dringendsten nötig war. Dazu kommen bislang mehr als 15 Millionen Schuss Munition, 100 000 Handgranaten, über 5 000 Panzerabwehrminen, umfangreiches Sprengmaterial, Maschinengewehre, Dutzende Lastwagenladungen mit sonstigen relevanten Gütern, zum Beispiel zur Drohnenabwehr, für Mobilität, Kommunikation und zur Verpflegung und Versorgung Verwundeter. Gemeinsam mit Dänemark haben wir der Ukraine auf ihren Wunsch hin 54 modernisierte gepanzerte Truppentransporter geliefert. Über einen ersten Ringtausch mit unseren tschechischen Freunden bekommt die Ukraine vertrautes Gerät sowjetischer Bauart, zunächst 20 Kampfpanzer T-72. Wir sorgen für Ersatz für Tschechien. Weitere Gespräche laufen. Erst gestern habe ich mit dem griechischen Ministerpräsidenten Mitsotakis verabredet, dass Griechenland Schützenpanzer aus ehemaligen NVA-Beständen liefern wird und wir dafür die griechischen Bestände mit deutschen Schützenpanzern auffüllen; auch das sollte nicht vergessen und beiseitegeschoben werden. Zu unserer Unterstützung gehört auch, dass die Bundeswehr bislang 168 besonders schwer verwundete ukrainische Soldaten ausgeflogen und hier in Deutschland behandelt hat. Wir helfen also in umfangreicher Weise. Das könnte auch zur Kenntnis genommen und nicht durch Fragen in Zweifel gezogen werden, die mit Fakten einfach nichts zu tun haben. Das ist ja nur eine Flucht vor der Tatsache, dass die Realität mit dem, was Sie hier insinuierten, nicht übereinstimmt, dass Sie Fragen stellen, um nicht zugeben zu müssen, dass diese beantwortbar wären, und zwar sehr gut. Aber es geht weiter. In der letzten Woche hat die Ukraine den Vertrag mit der Rüstungsindustrie über die Gepard-Flakpanzer unterzeichnet. Die rund dreiwöchige Schulung läuft dieser Tage an. Das will ich ausdrücklich sagen: Die wurden von der Ukraine gewünscht. Ich habe in den Talkshows dieser Republik gehört, dass gesagt wurde: Die wollen das gar nicht. Hier im Bundestag haben das auch welche

erzählt. Ganz naseweis haben sie das berichtet so wie Sie eben über Terminvereinbarungen. Ehrlicherweise: Das war nie und zu keinem Zeitpunkt richtig. Das ist eine hochwirksame, eine hochschwere Waffe – um diesen komischen Begriff zu benutzen –, und sie wird in der Ukraine eingesetzt werden. Der eine oder andere könnte ja mal seine ganzen Äußerungen, die er in der Hitze des Redegefechts so gesagt hat, noch mal überprüfen. Da ist ganz schön viel dabei, das mit der Wirklichkeit einfach nichts zu tun hat. Diese Waffe kommt mit einer Erstausrüstung von 59 000 Schuss Munition; das reicht für 1 200 Bekämpfungsvorgänge. Dazu habe ich gehört und auch gelesen, dass manche gesagt haben, das sei eine Artilleriewaffe, mit der man zum Beispiel Flugzeuge oder Drohnen, die einen bedrohen, nicht bekämpft, sondern das sei etwas, das einfach dazu genutzt würde, um in die Gegend und anderswohin zu schießen. Das ist nicht richtig gewesen, und trotzdem durften Leute überall in Deutschland diesen Kram erzählen. Wo leben wir eigentlich? Was macht das für einen Sinn? In den kommenden Wochen werden wir der Ukraine, eng abgestimmt mit den Niederländern, zwölf der modernsten Panzerhaubitzen der Welt liefern. Die Ausbildung ukrainischer Soldaten daran wird in wenigen Tagen abgeschlossen sein. Es sind wirklich sehr moderne, sehr schwere Waffen. Abgesehen davon, dass das Abschießen von Flugzeugen mit Luftabwehrraketen auch ein schwerer Vorgang ist: Was sollen denn das für andere schwere Waffen sein als zum Beispiel der Gepard oder die Panzerhaubitze? Das ist doch einfach dahergeredetes Zeug, das Sie da vortragen.

In den kommenden Wochen werden wir der Ukraine auch weitere Waffen liefern. Zum Beispiel hat die Bundesregierung aktuell entschieden, dass wir mit dem System IRIS-T das modernste Flugabwehrsystem liefern, über das Deutschland verfügt. Damit versetzen wir die Ukraine in die Lage, eine ganze Großstadt vor russischen Luftangriffen zu schützen. Auch das ist eine Entscheidung dieser Bundesregierung.

Ferner werden wir der Ukraine ein hochmodernes Ortungsradar liefern, das feindliche Haubitzen, Mörser und Raketenartillerie aufklärt. Auch das ist eine Entscheidung, die wir getroffen haben und die die Sicherheit der Ukraine mit modernstem Gerät sicherstellen wird. Alles, was Sie sagen, ist nicht richtig. Wir machen das, was möglich ist, mit aller Präzision.

Präsident Biden hat gerade einen sehr lesenswerten und wohl-durchdachten Beitrag für die „New York Times“ geschrieben

über die Unterstützung, die die USA und die Verbündeten der USA leisten, mit denen die USA immer eng abgestimmt handeln. Ich will übrigens sagen: Es ist aus meiner Sicht eine wirklich beeindruckende Qualität unserer transatlantischen Beziehungen, dass wir intensiv miteinander abgestimmt sind, dass wir uns sorgfältig absprechen, dass wir gemeinsam handeln. Angesichts der Verlagerung des Gefechts in den Osten der Ukraine hat Präsident Biden gesagt, man will über das hinaus, was bisher geliefert worden ist, die Möglichkeit nutzen, Mehrfachraketenwerfer zur Verfügung zu stellen. Er hat gesagt, er werde keine Waffen liefern, mit denen die Ukraine in der Lage wäre, nach Russland zu schießen. Aber das, was notwendig ist hinsichtlich solcher auch von Russland in der Ukraine auf diese Distanz genutzten Raketenwerfer, werden die USA tun. Wir sind mit ihr seit Tagen darüber im Gespräch, und wir haben mit den USA besprochen, dass das, was im Rahmen unserer technischen Möglichkeiten ist, beigetragen wird. Auch das gehört zu unseren Entscheidungen. Natürlich ist alleine dieser Aufsatz es wert, sehr sorgfältig diskutiert zu werden; denn die Besonnenheit, die Fähigkeit, abzuwägen, das Für und Wider zu erörtern, wünschte ich mir auch von der Opposition in diesem Deutschen Bundestag. Wir handeln jedenfalls im Geleitzug mit unseren Verbündeten – so habe ich es oft gesagt –, und diesen Geleitzug habe ich eben beschrieben. Er wird auch weiter unsere Politik bestimmen. Natürlich weiß ich, dass das eine Situation ist, in der das Für und Wider mit großem heißen Herzen erörtert wird. Aber es gibt dabei auch eine klare Haltung. Natürlich ist es gut, sich hinzustellen und zu denen zu gehören, die immer sagen: Von allem noch mehr, davon noch was, davon noch was! – Genauso, wie es ganz einfach ist, zu sagen: Gar nichts! Aber das, was man tun muss, ist genau der Weg, den diese Regierung eingeschlagen hat: große Entschlossenheit, Mut und kluge Abwägung zeigen. Das ist das, was wir tun. Damit bin ich bei dem, liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr erreichen wollen. Ziel ist eine leistungsfähige und fortschrittliche Bundeswehr, eine Bundeswehr, die ihren Kernauftrag, die Landes- und Bündnisverteidigung, erfüllen kann, weil sie ausreichend ausgestattet ist. Ich wiederhole, was ich am Anfang gesagt habe: Die Versäumnisse der letz-

ten 16 Jahre von CSU- und CDU-Verteidigungsministern und der dortigen Regierungschefin, die werden jetzt aufgearbeitet und aufgeholt. Das weiß jeder Soldat in Deutschland: Es waren CSU und CDU, die die Sparzeit bei der Bundeswehr begonnen haben. Das ist die Wahrheit.

Gleichwohl: Ich bedanke mich bei allen, die in den letzten Tagen mitgeholfen haben, dass wir diese Entscheidung zustande bringen können, dass so konstruktiv und auch über Parteigrenzen hinweg verhandelt worden ist. Denn das, was wir hier hinbekommen, ist ein Quantensprung. Und es hat auch eine Konsequenz: Die Bundeswehr wird dann wohl die größte konventionelle Armee im europäischen NATO-System sein. Und wir werden alles dafür tun, dass wir uns auch ansonsten weiter verbessern, was unsere Sicherheitsarchitektur betrifft, zum Beispiel, wenn es um Fragen der Cybersicherheit geht. Deshalb müssen wir

**Es waren
CSU und CDU, die
die Sparzeit bei
der Bundeswehr
begonnen
haben.**

den Moment, der jetzt stattfindet, auch genau verstehen. Es ist anders als in früheren Zeiten, wo man in Paris, in Warschau, in London, in Washington oder Prag Angst und Sorge hatte, wenn die Bundeswehr, die deutsche Armee, so viel stärker war. Es ist Erleichterung, was jetzt dort zu spüren ist. Alle sind von diesem Schritt sehr beeindruckt. „Endlich“, sagen sie, „übernimmt Deutschland die sicherheitspolitische Verantwortung, die es im 21. Jahrhundert hat“, und zwar von einer Ampelregierung angeführt, liebe Freunde von CSU und CDU.

Das ist die richtige Antwort auf die Zeitenwende, und wir geben sie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir bringen in Ordnung, was nicht in Ordnung war. Deshalb ist es auch so richtig, weil unsere Soldatinnen und Soldaten es verdienen, dass sie eine gute Bundeswehr haben, genauso wie die Bürgerinnen und Bürger des Landes; denn es geht um Sicherheit, und wir haben die Verantwortung, die Sicherheit unseres Landes und unseres Bündnisses zu gewährleisten.

Herr Merz, Sie haben darüber berichtet, dass hier, als ich das sagte, auch aus den Reihen Ihrer Fraktion Beifall geklatscht wurde. Dafür bedanke ich mich, wie ich mich übrigens ernstlich dafür bedanke, dass es möglich war, hier konstruktiv das Ergebnis zu verhandeln. Ich möchte mich auch bei allen, die mitverhandelt haben, intensiv bedanken, weil ich weiß: Es geht immer auch um konkrete Personen, die in der Lage sind, das zu tun, was notwendig ist. Aber das will ich an dieser

Stelle doch auch sagen: So zu tun, als wäre das jetzt alles schon passiert, weil vor drei Monaten die Rede gehalten wurde, ist ein Irrtum. Das ist die größte Veränderung der sicherheitspolitischen Architektur dieses Landes, und ich bin stolz, dass wir, dass diese Regierung sie auf den Weg bringen kann. Ich bin dankbar, dass die Opposition dabei hilft. Eins will ich hier noch kurz sagen, weil das für mich wichtig ist: Internationale Solidarität ist keine Einbahnstraße. Deshalb habe ich sehr bewusst die aufstrebenden Demokratien des Globalen Südens – Indien, Indonesien, Südafrika, Senegal und Argentinien – als Partnerländer zum G-7-Gipfel in Elmau eingeladen. Denn es darf uns nicht passieren, dass wir diese Länder als Bündnispartner verlieren. Und das ist ja eine große Gefahr angesichts der Auswirkungen dieses Krieges, der Gefahren von Hunger und für die Sicherheit und Energieversorgung dieser Länder. Deshalb ist es wichtig, dass wir darüber nicht hinwegsehen. Der Krieg ist aus der Perspektive mancher dieser Länder ganz weit weg, aber die Konsequenzen sind ganz nah. Wir müssen ihnen helfen, und das werden wir in größter Solidarität tun, und gleichzeitig werden wir die Botschaft aussenden, die auch in jedem Gespräch ausgesandt werden muss: Es ist Putins Krieg, der diese Krise verursacht, und nichts anderes.

Zum Schluss:

Wir leben mit einer Herausforderung, wie sie die Bundesrepublik Deutschland noch nicht in dieser Art gekannt hat. Wir müssen etwas dafür tun, dass wir in dieser besonderen Situation auch besonders handeln, und das drückt dieser Haushalt aus. Das sind nicht meine Worte, sondern die Worte meiner Vorgängerin aus dem Jahr 2020. Seinerzeit hat die Bundeskanzlerin damit eine Neuverschuldung begründet, die deutlich höher lag als die Neuverschuldung im aktuellen Haushaltsentwurf. Anders als damals haben wir es heute allerdings nicht nur mit der Pandemie und ihren Folgen zu tun, sondern zusätzlich mit einem Krieg in Europa, mit einer globalen Energie- und Nahrungsmittelkrise und weltweit steigenden Preisen. In diesen unsicheren Zeiten sorgen wir mit dem Haushalt 2022 und dem Sondervermögen für die Bundeswehr für Sicherheit. Zugleich stellen wir die Weichen für den Aufbruch in die Zukunft. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger. Dafür steht die Bundesregierung. Dafür steht dieser Haushalt.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Dieser Haushalt ist ein Dokument der Abgehobenheit



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Es ist ja schön, dass Sie sich zwischen Opposition und Regierung so gut verstehen, dass Sie zu einem Kompromiss gefunden haben. Aber uns liegen alle diese Anträge gar nicht vor. Haben wir hier geschlafen, oder haben Sie geschlafen? Was ist hier eigentlich los? Legen Sie doch die Anträge vor, damit wir darüber hier auch vernünftig abstimmen können!

Aber zurück zum Haushalt – es ist ja eine Haushaltsdebatte -: Wenig hat Herr Merz über den Haushalt geredet. Aber dieser Haushalt ist ein Dokument der Abgehobenheit, der Realitätsverweigerung und der Ignoranz gegenüber dem Zustand des Landes und seiner Menschen.

Die Regierungskoalition maßt sich an, die Welt zu retten, die Energieversorgung für ein Industrieland im Alleingang neu zu regeln und das Klima in 50 oder 100 Jahren zu regeln; aber das eigene Land und seine Menschen werden ruiniert.

Sie reden von „Zeitenwende“, aber Sie handeln nicht danach. Sie kapseln sich in Ihre ideologischen Fantastereien von Klimaschutz, Energiewende, Multikulturalismus, Diversität ein und verweigern den Blick auf die Realität. Deutschland steckt in einer fundamentalen Wirtschafts-, Finanz- und Staatskrise, die alles bisher Dagewesene übertrifft.

Und dennoch geben Sie das Geld mit vollen Händen aus. Sie verteilen es in alle Welt: Klimamilliarden für Indien hier, Waffenmilliarden für die Ukraine da. Sie blähen den Staatsapparat noch weiter auf; Sie schaffen neue Regierungsposten und genehmigen sich großzügig noch mehr Stellen in den Ministerien und Verwaltungen. Für die eigenen Bürger und Steuerzahler bleiben dagegen nur Trostpflaster und Alibipolitik. Die Deutschen zahlen mit die höch-

sten Steuern und Abgaben der westlichen Welt. Sie bekommen dafür miserable Renten und einen zunehmend funktionsunfähigen Staat, einen Staat, der immer weniger in der Lage ist, seine Kernaufgaben – die Aufrechterhaltung von Rechtsstaatlichkeit und öffentlicher Ordnung, die Gewährleistung von innerer und äußerer Sicherheit – wahrzunehmen, der sich aber immer dreister und übergriffiger in das Privatleben der Bürger einmischt, sie bevormundet und ihnen dafür immer tiefer in die Tasche greift.

Die Krise, in der unser Land steckt, ist nicht vom Himmel gefallen; sie ist politisch gemacht. Inflation, Energieknappheit, explodierende Energiepreise, gestörte Lieferketten, Fachkräftemangel und überlastete Sozialkassen sind die Folge politischer Fehlentscheidungen.

Und nein, Sie können die Verantwortung dafür nicht allein auf Putins Angriffskrieg schieben. Die Ursachen liegen tiefer. Die fatalen Fehlentscheidungen wurden früher getroffen, und sie sind vor allem in Berlin und Brüssel gefallen. Die galoppierende Inflation ist die Quittung für exzessives Schuldenmachen und für die Geldschwemme und Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank zur Subventionierung der Eurohochschuldenstaaten. 8 Prozent Inflation heißt: Sparguthaben, Rücklagen und Rentenansprüche sind nach sechs Jahren nur noch die Hälfte wert. Die Reallöhne sinken als Folge der Inflation. Fast 40 Prozent der Deutschen wissen gar nicht mehr, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Was haben Sie dazu eigentlich gesagt? Was haben Sie an Lösungen angeboten? Nichts! Noch mehr bürokratische Umverteilung ist alles, was diese Ampel anzubieten hat. Tankrabatt, 9-Euro-Ticket, Einmalzuschüsse oder Klimageld sind teure bürokratische Strohfeuer, die nichts bringen und – ich muss es einfach so sagen – die nur Ihre eigene Unfähigkeit kaschieren sollen.

Steigende Energiepreise heizen die Inflation weiter an und treiben

Mittelstand und Mittelschicht in die Verarmung. Die deutsche Energiewende hat einen Namen: die Energiewende. Kohle- und Atomausstieg zeitgleich, Flatterstrom aus Wind und Sonne als Ersatz für eine grundlastfähige, günstige Energieversorgung, wie wir sie einmal hatten in diesem Land, und dazu als neueste Idee aus dem Hause Habeck die Beseitigung der Erdgasinfrastruktur für die Wohnungsbeheizung. Das konnte und das kann nicht gut gehen.

Sie aber missbrauchen den Krieg in der Ukraine, um diesen Irrweg noch zu beschleunigen, noch mehr Geld dafür zu verbrennen und noch mehr Naturzerstörung durch monströse Windräder voranzutreiben. Die deutschen Energiekosten sind jetzt schon die höchsten aller Industrieländer, ob mit oder ohne Ukrainekrieg. Die Energiewende ist gescheitert und muss schleunigst korrigiert werden.

Und dazu muss die Erkenntnis kommen, dass Energiesanktionen gegen Russland kontraproduktiv sind und unserem Land mehr Schaden zufügen als Russland, sehr geehrte Damen und Herren. Durch den freiwilligen Verzicht auf Erdöllieferungen auf dem Landweg – das muss man sich mal vorstellen – gefährden Sie die Treibstoffversorgung im Osten Deutschlands und büden den Bürgern noch höhere Energiepreise auf.

Auf den drohenden Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme, vor dem der Bundesrechnungshof gerade in einem Alarmbericht gewarnt hat, haben Sie ebenfalls keine Antwort. Unkontrollierte Migration löst weder Fachkräftemangel noch Demografieprobleme und schon gar nicht, wenn man wahllos Migration von Bildungsfernen und Nichtintegrierbaren aus fremden Kulturkreisen zulässt und sogar noch fördert.

Dagegen sind im vergangenen Jahr 1 Million Menschen aus Deutschland ausgewandert. Nicht wenige sind Hochqualifizierte, die für immer verloren

sind. Diesen Braindrain nehmen Sie achselzuckend hin und fahren fort mit der negativen Anreizsetzung für qualifizierte Arbeitnehmer.

So sieht die Politik aus. Von den Asylzuwanderern seit 2016 – Stichwort „Wir schaffen das“ – sind rund 1 Million – 1 Million! – immer noch zusätzliche Kostengänger in unserem Sozialsystem. Was tun Sie? Sie funktionieren die Hartz-IV-Leistungen durch Streichung der Sanktionsmöglichkeiten zum De-facto-Grundeinkommen um, und Sie wollen den Zugang zu diesen Leistungen im nächsten Schritt nicht nur für ukrainische Kriegsflüchtlinge, sondern auch für alle Asyleinwanderer öffnen. Das heißt: Sie beschleunigen diesen Trend unqualifizierter Einwanderung noch. Wer dagegen 45 Jahre bei einem Durchschnittsbruttolohn von 24 000 Euro im Jahr gearbeitet hat, landet gerade auf einem Hartz-IV-Niveau, und Sie tun nichts, um diese offensichtliche Schieflage zu beseitigen und das Rentensystem auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Und das ist der Offenbarungseid für die sozialdemokratisch geführte Ampelregierung.

Wir brauchen tatsächlich eine echte Zeitenwende in der deutschen Politik, und das bedeutet Abschied von ideologischen Illusionen und Konzentration der Staatsaufgaben und -ausgaben auf das Wesentliche. Es ist richtig und überfällig, den Aufrüstungs- und Investitionsstau der Bundeswehr mit zusätzlichen Ausgaben anzugehen. Jahrzehntlang wurde die Armee vernachlässigt und heruntergewirtschaftet. Dafür tragen Sie alle, vor allem aber Ihre Partei, Herr Merz, die Verantwortung. 16 Jahre lang hat die Union Kanzlerin und Verteidigungsminister gestellt. Da ist es schon mehr als scheinheilig, sich hier als Retter und Beschützer der Bundeswehr aufzuspielen. Und den Soli, wie Herr Merz es hier eben dargelegt hat, umzufunktionieren als Sondersteuer zur Reparatur der eigens heruntergewirtschafteten Bundeswehr, das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Steuerzahler.

Die Bezeichnung „Sondervermögen“ für zusätzliche Schulden ist ebenfalls irreführend. Warum nennen Sie das „Sondervermögen“? Es sind Sonderschulden. Das wäre ehrlicher. Dass diese Ausgabe im Grundgesetz verankert werden soll, um sie aus der allgemeinen Staatsverschuldung hinauszurechnen, ist ein unnötiger und unlauterer Bilanztrick, und das wissen Sie ganz genau.

Besser wäre es – dafür steht die

AfD –, überflüssige Posten aus dem Haushalt zu streichen. Wir sprechen hier von einem Rekordvolumen des Haushaltes. Streichen Sie überflüssige Posten, und konzentrieren Sie die Staatsausgaben auf das Wesentliche! Niemand kann behaupten, dass dafür keine Spielräume vorhanden wären. Der Staat hat in Deutschland nicht zu wenig Geld, sondern zu viel – das Konzept verstehen Sie vielleicht –, und er setzt bei diesen Ausgaben die falschen Prioritäten. Darum geht es doch.

Der auf das Vierfache des Vor-Corona-Haushalts aufgeblasene Etat des Gesundheitsministeriums ist durch nichts zu rechtfertigen. Der überforderte Gesundheitsminister darf also weiter Milliarden nicht benötigter Impfdosen bestellen und anlasslose Massentestungen veranlassen. Unser Land hat gerade wahrhaftig andere Sorgen als die Neuaufgabe faktenfreier Grundrechtseinschränkungen und rechtswidriger Impfkampagnen.

Viel Geld wird ausgegeben für Zensurmaßnahmen, Meinungskontrolle – da sind Sie ja Spitzenreiter – und den sogenannten Kampf gegen rechts. Drängende echte Sicherheitsprobleme werden dagegen heruntergespielt, vor allem, wenn es sich um die importierte Kriminalität handelt.

Deutschland braucht weder neue Steuern noch neue Schulden, um wieder auf die Beine zu kommen. Wir brauchen die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen, und das erfordert mehr als folgenlose Tweets dieses Bundesfinanzministers.

Stampfen wir lieber einige Lieblingsprojekte grüner und linker Ideologie und Klientelpolitik ein, dann haben wir auch Geld zur Entlastung der Menschen. Lassen wir den Bürgern ihr sauer verdientes Geld in ihrem eigenen Portemonnaie. Dort ist es am besten aufgehoben.

Geben wir der bürgerlichen und der unternehmerischen Freiheit wieder Vorrang statt Bevormundung und Kontrollwahn, liebe Ampelkoalition, kehren wir zurück zur Realpolitik und setzen die Interessen des eigenen Landes genau dahin, wo sie hingehören, und zwar an die erste Stelle.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland steckt in einer fundamentalen Wirtschafts-, Finanz- und Staatskrise.

Die deutsche Energiekrise hat einen Namen: die Energiewende.

Britta Haßelmann, Bündnis 90/Die Grünen:

Vor uns liegen klare Aufgaben, die anzugehen sind



Britta Haßelmann (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Bei der Rede von Herrn Merz habe ich gedacht, die Überschrift lautet „sagt einer, dessen Bundestagsfraktion und Bundesregierung 16 Jahre Verantwortung getragen haben und uns allen im Parlament und in der Gesellschaft einen Riesenberg nicht erledigter Aufgaben hinterlassen haben“, meine Damen und Herren. Herr Merz – ich weiß nicht, wo er gerade ist, vielleicht noch im Plenum oder nach gehaltener Rede schon weg –, ein bisschen weniger Männereitelkeit, ein bisschen mehr Selbstreflexion und vor allen Dingen, meine Damen und Herren, ein bisschen mehr gemeinsame Verantwortung angesichts dieser wirklich krisenhaften Zeit wären notwendig und wichtig und angemessen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, seit fast 100 Tagen tobt Putins Angriffskrieg in der Ukraine. Es kann keine Aussprache geben, ohne diesem Thema eine große Relevanz, eine große Aufmerksamkeit zu widmen; denn die Lage ist dramatisch. Morde an ukrainischen Zivilistinnen und Zivilisten, Vergewaltigungen, Vertreibung, massive Menschenrechtsverletzungen durch die russische Seite sind Kriegsalltag geworden. Und die große Sorge treibt wahrscheinlich nicht nur mich, sondern uns alle um: Es gibt irgendwie eine gewisse Gewöhnung an das, an das sich niemand gewöhnen darf, nämlich an die Grausamkeit dieses Krieges.

Und dennoch hat Putin, obwohl er die Offensive in den letzten Tagen deutlich erhöht hat, seine Kriegsziele nicht erreicht. Und das liegt an der Ukraine, an der Art, wie die Ukraine durchhält, wie sie kämpft. Die Zeit läuft mit jedem weiteren Tag gegen Putin. Die Menschen in der Ukraine kämpfen und verteidigen ihr Land, ihre Demokratie, ihre Freiheit. Russland muss diesen Krieg

sofort stoppen und alle Kampfhandlungen einstellen. Das ist eine wichtige Forderung Europas, aller, der Weltgemeinschaft, auch nach fast 100 Tagen Krieg, meine Damen und Herren.

Putin führt nicht nur den Krieg gegen die Ukraine, sondern auch gegen unsere gemeinsamen europäischen und internationalen Werte. Menschenrechte, Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung – dafür kämpft die Ukraine. Wir werden nicht akzeptieren, dass Putin die europäische Friedensordnung zerstört mit dem Recht des Stärkeren, Grenzen zu verschieben, mit Hunger, um die Welt in Geiselschaft zu nehmen oder um das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen. Und deshalb, meine Damen und Herren, darf Putin diesen Krieg nicht gewinnen.

Mir ist wichtig, an dieser Stelle noch einmal deutlich zu sagen: Wir stehen an der Seite der Ukraine. Ja, wir machen uns die daraus folgenden Entscheidungen nicht leicht. Wir nehmen die Sorgen, Nöte und Ängste vor einer Ausweitung des Krieges sehr ernst. Auch wir hadern manchmal. Auch wir wägen ab. Und ja, vielleicht könnten manche Entscheidungen auch schneller getroffen werden. Aber wir stehen an der Seite der Ukraine und sagen Ja zum Recht auf Selbstverteidigung und zu Waffenlieferungen, zu Lieferungen schwerer Waffen, zu denen wir Ja gesagt haben, die gebraucht werden, dringend gebraucht werden und die zugesagt sind und auf den Weg gebracht werden, meine Damen und Herren. Wir sagen Ja zu weiteren Sanktionen und zum Ende der Nutzung fossiler Energien aus Russland. Es ist wichtig, dass der Beschluss zum Ölembargo endlich kommt. Er hat lange gedauert, aber jetzt ist er da. Die Rolle Ungarns ist unrühmlich; das wissen wir alle. Aber wir werden die Ukraine jetzt weiter unterstützen beim Wiederaufbau und bei ihrem Weg in die Europäische Gemeinschaft. Das ist klar, und auch dieses Signal ist eindeutig von uns hier im Parlament ausgegangen.

Und auch hier kommen wir jetzt zu der Frage, dass Deutsche eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa tragen. Herr Merz, es darf doch nicht Ihr

Ernst sein: ein Soli für die Bundeswehr. Nach 16 Jahren Regierungsverantwortung, die Gott sei Dank vorbei sind, fordern Sie einen Soli für die Bundeswehr – nachdem Sie die Bundeswehr mit allen Entscheidungen aller Verteidigungsminister der CDU/CSU in den letzten 16 Jahren so abgewirtschaftet haben. Ich hätte mir mehr Verantwortung von Ihnen gewünscht. Das ist klar und eindeutig.

Wir Deutsche tragen eine besondere Verantwortung für Frieden in Europa. Unsere Nachbarn und Verbündeten schauen auf uns, erwarten Klarheit, Entschlossenheit und gemeinsames Handeln. Und auch deshalb ist es wichtig, dass dieser für uns nicht einfache Kompromiss zum Sondervermögen jetzt gelungen und ausgehandelt ist. Ein Scheitern wäre keine Option gewesen, meine Damen und Herren, und das wissen alle. Auch wenn die grüne Bundestagsfraktion ganz klar gesagt hat, dass die vorliegende Fassung des Kabinetts die bessere Grundlage gewesen wäre, war aber klar: Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass es hier zu einem Ergebnis gekommen ist.

Ich nehme zur Kenntnis, dass Leute wie Manfred Weber weiter sind als Ihre ganze Fraktion und allen voran Ihr Vorsitzender. Denn er drängt jetzt auf die europäische Verteidigung und die Cyberabwehr, was wir eigentlich verankern wollten, und das nicht einfach nur benannt im Text, sondern durch Geld hinterlegt. Das fällt manchen jetzt sehr spät ein. Wir Grüne fordern seit Monaten eine Cybersicherheitsstrategie, mehr Geld für den Zivilschutz. An uns wird es nicht scheitern. Das ist dringend notwendig, und dieser erweiterte Sicherheitsbegriff, was die Bündnisfähigkeit angeht, ist dringend notwendig. Sie sind weit, weit hinter der aktuellen Debatte in Deutschland und in Europa, meine Damen und Herren.

Die Einigung unterstreicht, dass Notlagen eine Einigung zum Son-

dervermögen außerhalb der Schuldenbremse dann doch möglich machen. Wir haben gerade gehört, was Herr Merz zur Schuldenbremse gesagt hat. Wir haben auch gehört, was er zum Sondervermögen gesagt hat. Schlüssig ist das alles nicht, meine Damen und Herren. Jetzt sind wir in der Lage, ein Sondervermögen aufzubauen: für die Bundeswehr geht's, der EKF – also der Energie- und Klimafonds mit 60 Milliarden Euro – wird beim Bundesverfassungsgericht beklagt. Gleichzeitig lässt man ihn aber stehen und nimmt ihn zur Deckung sämtlicher Projekte der Union. So funktioniert Haushaltsberatung à la CDU/CSU, meine Damen und Herren.

Aber wir stehen vor ganz anderen Herausforderungen, als uns jetzt mit der Union zu beschäftigen. Auf dem weiteren Weg werden wir hier im Haus, hier in unserem Land darüber diskutieren müssen, wie wir unserer Verantwortung besser gerecht werden: bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit, beim Schutz der Menschenrechte, bei der globalen

Entwicklung, beim globalen Klimaschutz. Ich bin dankbar, dass Annalena Baerbock hier erste Wegmarken gesetzt hat mit der nationalen Sicherheitsstrategie. Ich bin auch dankbar, dass Robert Habeck in den letzten Tagen klar gesagt hat, dass Investitionsgarantien verweigert werden, nachdem deutlich wurde, welche gravierenden Menschenrechtsverletzungen in China an den Uiguren begangen werden.

Es ist deutlich geworden: Es ist an der Zeit, klare Haltung, einen klaren Kompass und entschlossenes Handeln zu zeigen – hier und jetzt. Das tun wir in dieser Woche und unterstreichen das nicht nur durch die sehr schwierige Debatte zum Sondervermögen, sondern auch durch die Entlastungspakete und den Haushalt, die wir jetzt auf den Weg bringen, gemeinsam als Ampel.

Meine Damen und Herren, viele Menschen im Land spüren, dass die Krisen groß sind, dass es eine gemeinsame Verantwortung bräuchte, mehr gemeinsame Verantwortung bräuchte, um diese Krisen zu bewältigen. Jeder in seinem Lebensalltag spürt es – an der Kasse im Supermarkt oder bei der Nebenkostenabrechnung. Und in dem Kontext: Da Olaf Scholz vorhin die konzertierte Aktion angesprochen hat: Was ist das angesichts dieser Lage für ein Signal, wenn ein großer Wohnungsbaukonzern heute ankündigt, die Mieten zu erhöhen? Ist das das Signal einer sozialen Marktwirt-

schaft? Nein, das ist es nicht, meine Damen und Herren.

Wir haben zwei große Entlastungspakete auf den Weg gebracht als Ampelkoalition. Viele Maßnahmen wie etwa das 9-Euro-Ticket greifen ab heute. 7 Millionen verkaufte Tickets! Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Menschen wollen, dass es Angebote im öffentlichen Personennahverkehr gibt. Wenn sie bezahlbar sind, dann werden sie auch genutzt. Das ist eine Riesenchance für uns, hier umzusteuern, was auch seit Jahren dringend notwendig ist.

Wir helfen mit den Entlastungspaketen gezielt von Armut betroffenen Kindern mit einem Sofortzuschlag von 20 Euro und Erwachsenen in der Grundsicherung mit einer Einmalzahlung von 200 Euro. Jede Familie erhält für jedes Kind 100 Euro, und es wird ein einmaliger Heizkostenzuschuss in Höhe von 270 Euro ausgezahlt. In der Breite entlasten wir mit der Anhebung des Grundfreibetrags, der Energiepreispauschale oder dem 9-Euro-Ticket. Allein in diesem Jahr sind das Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger von weit über 30 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, das ist ein wichtiges Signal in Krisenzeiten an die Bürgerinnen und Bürger, und ich bin froh, dass wir das als Ampel gemeinsam auf den Weg bringen.

Corona, Putins Angriffskrieg, die Klimakrise und die notwendige soziale und ökologische Transformation: Wir haben Verantwortung in dieser Krise übernommen und tun unser Möglichstes, und das mit aller Ernsthaftigkeit. Wir wissen aber auch, dass wir an vielen anderen Stellen dranbleiben müssen, dass wir da liefern müssen. Eine Vielzahl von Herausforderungen drängt zum Handeln. Da ist auch der Berg nicht erledigter Aufgaben, den uns die Union in 16 Jahren hinterlassen hat, der uns jetzt drängt, meine Damen und Herren.

Die unmittelbaren Entlastungen sind das eine. Die Ampel bringt nötige strukturelle Veränderungen auf den Weg: die Abschaffung der EEG-Umlage oder die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns – alles sehr wichtige sozialpolitische Maßnahmen, um die notwendige Transformation zu begleiten. Das ist ein wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger.

Weitere strukturelle Reformen liegen vor uns. Jedes fünfte Kind lebt in Armut. Die Kindergrundsicherung muss eingeführt werden. Wir haben Riesenschliffe sowohl bei der Frage der Zukunft der Rentenversicherung als auch bei der Frage der Gesundheitsversorgung

Fortsetzung auf nächster Seite

Jedes fünfte Kind lebt in Armut. Die Kindergrundsicherung muss eingeführt werden.

Wir Deutsche tragen eine besondere Verantwortung für Frieden in Europa.

und der Pflegeversicherung übernommen. Und da kommen Sie und fordern diese Regierung auf, bei der Rente was zu tun? Wo waren Sie eigentlich die letzten 16 Jahre, meine Damen und Herren? – Ja, es ist schwer für Sie; ich weiß das.

Strukturreformen sind notwendig. Die Lücke in der GKV von 20 Milliarden Euro haben Sie verursacht und nicht wir. Die ist jetzt da, und damit müssen wir uns befassen. Daher erwarte ich von Ihnen mehr, als zu sagen: Bringen Sie mal ein paar Vorschläge zur Rente. – Wo leben Sie denn, Herr Merz? Sie waren 16 Jahre nicht da, aber es ist doch Ihre Aufgabe. – Ja, das ist auch Ihre Aufgabe. Denn wenn Sie Verantwortung tragen in dieser Situation und in dieser Krise, dann ist es Ihre Aufgabe, diese Krisenbewältigung mitzutragen. Diese Erwartungen habe ich an Sie als demokratische Fraktion, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, all das, was an notwendigen Struktur-reformen wirklich vor uns liegt, in Fragen der ökologischen Transformation, in Fragen der sozialen Transformation, ist nicht durch ein halbes Jahr Regierung mal eben zu regeln. Und deshalb habe ich auch gerade, Herr Merz, an Ihre Verantwortung appelliert. Ich meine das ganz ernst. Bei ganz großen gesellschaftlichen Aufgaben sollten auch Sie Verantwortung tragen. Denn wir sind zum Teil in dem Schlamassel, weil Sie ihn nicht bewältigt haben, weil Sie weggeguckt haben. Das betrifft zum Beispiel gerade die Bekämpfung der Klimakrise. Wo waren Sie denn die letzten 16 Jahre? Wir haben alle gewusst, dass ein Umsteuern dringend notwendig gewesen wäre. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde blockiert, die Energieeffizienz nicht vorangebracht, die Energieeinsparung auch nicht. Nein, Sie haben uns in

diese zementierte Abhängigkeit von fossilen Energien reingebracht mit Ihren Entscheidungen.

Deshalb liegen gerade viele große Baustellen vor uns. Wir können doch nicht darüber hinwegsehen, was in Indien, was in Pakistan passiert. Wir können nicht über die Hitzerekorde, die Dürre, die Wetterextreme – selbst bei uns – hinwegsehen. Wir erleben dramatische Folgen, und wir haben vor allen Dingen vom Bundesverfassungsgericht ganz klar als Aufgabe für das Parlament gesetzt bekommen – auch Sie -: Die Bekämpfung der Klimakrise, die Frage der künftigen Generationen und ihrer Freiheit ist bei allen künftigen Entscheidungen zu wahren und zu beachten. Das ist unser Auftrag, und den haben Sie 16 Jahre ver-

weigert. Also blasen Sie heute mal die Backen nicht so auf, sondern machen Sie mit! Das wäre ange-sagt.

Meine Damen und Herren, wenn ich an diese ganzen, wirklich relevanten und großen Veränderungen denke, dann ist doch klar, dass das nicht durch ein paar Einsparungen hier oder da oder zwei Bekenntnisse zur Schuldenbremse zu regeln ist. Wir sind in einer Notlage, und wir werden überlegen müssen, wie wir aus dieser Notlage mit Zukunftsinvestitionen rauskommen. Das ist die zentrale Frage, meine Damen und Herren, und darum geht es hier und heute und für die Zukunft.

Wir haben im Bereich der internationalen Verpflichtungen eine

Menge Akzente gesetzt in diesem Haushalt. Aber bei einem Eins-zu-eins-Prinzip sind wir noch nicht, und deshalb geht es auch um die globale Verantwortung für uns alle. Darüber wird weiter zu diskutieren sein. Ich halte es für dringend geboten, dass es in den nächsten Monaten mit klarem Kompass, klarer Haltung und entschlossenem Handeln für die Zukunft weitergeht. Vor uns liegen klare Aufgaben, die anzugehen sind. Machen Sie mit! Entscheiden Sie sich dafür, auch Verantwortung zu übernehmen! Sie müssten sie eigentlich spüren aus den letzten 16 Jahren Untätigkeit.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Dorothee Bär (CDU/CSU): Das war leider nix!)

Also blasen Sie heute mal die Backen nicht so auf, sondern machen Sie mit!

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

Eine Aufrüstungsspirale macht die Welt nicht friedlicher



Amira Mohamed Ali (*1980)
Landesliste Niedersachsen

Achtunddreißig Prozent der Menschen in Deutschland fällt es zunehmend schwer, die Dinge des täglichen Bedarfs zu bezahlen, man kann nicht mehr von einer Minderheit sprechen. Das sagte Anja Kohl vorgestern in der Sendung „Börse vor acht“.

Butter kostet inzwischen über 3 Euro, Sonnenblumenöl 5 Euro, Milch im Discounter schon 1,20 Euro. Frisches Obst und Gemüse werden zunehmend zum Luxusgut. „Eine solche Preissteigerung habe ich seit langer Zeit nicht mehr erlebt“, das sagte mir neulich eine 93-jährige Dame aus meinem Wahlkreis. Zum Glück fahre sie kein Auto mehr, sagte sie; die Spritpreise heute könnte sie mit ihrer kleinen Rente nicht bezahlen. Das 9-Euro-Ticket hält sie für eine gute Idee. Aber dort, wo sie wohnt, da fährt fast kein Bus. Und, nichts für ungut: Wenn man

sich das Chaos bei der Umsetzung mal anschaut, dann könnte man meinen, Andi Scheuer sei noch im Amt. Von den 300 Euro Energiepauschale wird sie als Rentnerin auch nichts sehen – anders übrigens als die Ministerinnen und Minister der Bundesregierung. Auch Sie, Herr Scholz, bekommen die Energiepauschale – die alte Dame nicht. Wie abgehoben kann man eigentlich sein! Das ist doch wirklich ein Skandal.

Und da wundern Sie sich, dass viele Leute nicht mehr zur Wahl gehen? Weil sie das Vertrauen in Politik verloren haben. Solche Gesetze treiben die Spaltung der Gesellschaft voran, Herr Scholz; das müssen doch auch Sie inzwischen mal merken.

Wir haben seit über zwei Jahren mit den Auswirkungen der Coronapandemie zu kämpfen. Viele Menschen sind ausgelaugt. Die Bundesregierung hat immer noch keinen Plan. Herr Lauterbach fürchtet ja, dass im Herbst die Infektionszahlen wieder nach oben gehen könnten. Sind wir darauf eigentlich vorbereitet? Gibt es inzwischen zum Beispiel genug Personal in den Krankenhäusern? Ich werde es Ihnen sagen: Nein – woher soll es auch kommen! Sie haben nichts, aber auch gar nichts an den

schlechten Arbeitsbedingungen der Pflegerinnen und Pfleger verbessert. Nicht mal den Pflegebonus haben alle bekommen. Aber von nichts kommt nun mal nichts, Herr Lauterbach.

Viele Menschen blicken mit großer Sorge in die Zukunft. So unsicher wie jetzt war das Leben hierzulande lange nicht mehr.

Zwei Flugstunden von uns entfernt tobt Putins Krieg in der Ukraine. Seit über drei Monaten sterben dort Tag für Tag Menschen. Tausende sind auf der Flucht. Die weitere Entwicklung und auch die Auswirkungen sind vollkommen ungewiss.

Außerdem geht der Klimawandel weitgehend ungebremst voran.

Auch er befördert die soziale Spaltung hierzulande und in der Welt. Fakt ist: Diese Bundesregierung gibt keine sozialen Antworten auf die Krisen unserer Zeit, und das geht so nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Beginnen wir mit den steigenden Lebenshaltungskosten. Hier braucht es dringend eine wirksame staatliche Preisaufsicht für Lebensmittel und Energie, damit Schluss ist mit den Mondpreisen. Es braucht Direktzahlungen, die die realen Preissteigerungen auch wirklich abfedern. Es braucht ei-

nen Schutzschirm für betroffene Unternehmen und Beschäftigte, gerade im Hinblick auf das bevorstehende Ölembargo, das die Lage ja deutlich verschärfen wird. Es braucht eine echte Offensive zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, besonders in Ballungsgebieten; denn Wohnraum darf kein Luxus sein. Das ist ein Menschenrecht.

Und ja, wir brauchen entschlossene Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel. Aber dafür muss man auch bereit sein, in Klimaschutz zu investieren, in die notwendige Transformation, vor allem in die Dekarbonisierung der Wirtschaft, in erneuerbare Energien zu investieren.

All das muss aber auch einhergehen mit klaren Perspektiven und einer Sicherung von Arbeitsplätzen. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn er sozial gerecht ist; das ist die Wahrheit.

Aber was macht stattdessen die Bundesregierung? Für keines der aufgezeigten Probleme sind im Haushalt auch nur ansatzweise genügend Mittel eingestellt. Im Bereich „sozialer Wohnungsbau“ wissen Sie ja nicht mal, wie viel Mittel Sie einstellen müssten, um Ihre Zahl von 100 000 Sozialwohnungen pro Jahr zu erreichen; das hat eine Anfrage meiner Kollegin Caren Lay aufgedeckt. Das ist doch wirklich ein Skandal.

Für die explodierenden Energiekosten gibt es löchrige Entlastungspäckchen – die realen Mehrkosten werden nicht mal im Ansatz ausgeglichen. Einmalig bis zu 300 Euro! Das ist lächerlich. Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner gehen, wie gesagt, komplett leer aus. Das ist einfach unerhör!

Hubertus Heil will jetzt mit ei-

nem sozial gestaffelten Klimageld nachbessern. Schön! Aber davon müssen Sie, Herr Heil, erst mal Ihr eigenes Kabinett überzeugen; da kommt ja jetzt schon eine Menge Gegenwind. Und selbst wenn das kommen sollte, dann frühestens Anfang nächsten Jahres. In welcher Höhe? Keiner weiß es. Das ist doch wirklich absurd, Kolleginnen und Kollegen.

Bei all dem fragt man sich doch zu Recht: Für wen machen Sie eigentlich Politik, meine Damen und Herren von der Ampel? Für die 38 Prozent der Menschen in unserem Land, die kaum noch über die Runden kommen, sicher nicht.

Aber es gibt durchaus Leute, die von Ihrer Politik profitieren. Die Aktionäre von Energiekonzernen zum Beispiel freuen sich gerade über Rekordgewinne. Der Ölmulti Shell hat gerade verkündet, dass seine Gewinne um 43 Prozent gestiegen sind. Man könnte diese krassen Krisengewinne steuerlich abschöpfen. Das macht Italien zum Beispiel. Wir haben das als Linke hier mehrfach eingebracht. Mit diesen steuerlichen Mehreinnahmen könnte man die Menschen entlasten. Aber das scheint für Sie unvorstellbar. Ich finde das unglaublich.

Wissen Sie, alle Superreichen in Deutschland können sich darauf verlassen, dass diese Bundesregierung ihnen unter keinen Umständen an das prall gefüllte Bankkonto geht, und zwar egal, wie groß die Not ist. Denn wo ist sie, die Vermögensteuer, liebe SPD, liebe Grüne? Im Wahlkampf waren Sie doch noch voll dafür, da haben Sie noch verstanden, dass zum Beispiel der Lidl-Chef Schwarz, dessen Vermögen in einem Jahr um sage und schreibe 16 Milliar-

Diese Bundesregierung gibt keine sozialen Antworten auf die Krisen unserer Zeit.

den Euro gestiegen ist, selbstverständlich einen angemessenen Anteil davon fürs Gemeinwohl zurückführen müsste. Aber seit Sie in der Regierung sind, kein Wort mehr von einer Vermögensteuer!

Und bei wem knallen in diesen Wochen die Sektkorken so richtig? Genau: bei den Aktionären der Rüstungskonzerne; weil Sie an diesem Freitag allen Ernstes unser Grundgesetz ändern wollen, um ein 100 Milliarden schweres Aufrüstungsprogramm hineinzuschreiben. Seit der bloßen Ankündigung dieses Aufrüstungsprogramms ist der Aktienkurs von Rheinmetall bereits um 100 Prozent gestiegen. Merken Sie was? 100 Milliarden Euro für Rüstung! Und das, obwohl der Wehretat bereits heute bei 50 Milliarden Euro pro Jahr liegt. Er ist Jahr für Jahr gestiegen. Es ist einfach falsch, zu behaupten, dass da abgewirtschaftet wurde. Jahr für Jahr ist er angestiegen. Trotzdem behaupten Sie, die 100 Milliarden wären notwendig, um die Bundeswehr fitzumachen. Um es mal klar zu sagen: Natürlich muss die Bundeswehr in der Lage sein, ihren grundgesetzlichen Auftrag – die Landesverteidigung – zu erfüllen. Aber dass sie das heute nicht kann, das liegt nicht an zu wenig Geld. Auch der Bundesrechnungshof sagt, man müsse klären, ob nicht andere Gründe ursächlich sind für die

mangelnde Einsatzbereitschaft, zum Beispiel strukturelle Defizite bei der Organisation der Bundeswehr. Wir wissen doch, dass es ein eklatantes Missmanagement gibt, und das ist auch der Grund für die Probleme, nicht zu wenig Geld. Das ist die Wahrheit.

Um es ganz klar zu sagen: Dieses Sondervermögen ist gegenüber den Millionen Menschen in unserem Land, die existenzielle Sorgen und Nöte haben, einfach eine Unverschämtheit; ich kann das nicht glauben.

Aber auch friedenspolitisch ist es verheerend. Eine Aufrüstungsspirale macht die Welt nicht friedlicher – das wissen wir doch -, das Gegenteil ist der Fall. Dass die Union und die FDP mit so einer Politik keine Probleme haben, ist keine Überraschung. Aber, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie kommen aus der Tradition von Willy Brandt. Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie kommen doch aus der Friedensbewegung. 100 Milliarden Euro für Aufrüstung ins Grundgesetz schreiben, das ist doch Irrsinn. Machen Sie da doch nicht mit!

Übrigens – das möchte ich auch einmal sagen -: Gegen Waffenlie-

ferungen in Kriegsgebiete zu sein, insbesondere gegen die Lieferung schwerer Waffen, das hat nichts mit Pazifismus zu tun – wie Herr

Habeck das hier vor Kurzem einmal dargestellt hat -, es hat etwas mit Vernunft zu tun. Russland ist die größte Atommacht der Welt. Mit militärischen Mitteln ist dieser Krieg nicht zu gewinnen. Es braucht Deeskalation, es braucht

Diplomatie, es braucht wirksame Sanktionen gegen die russische Führung, gegen die mächtigen Oligarchen, damit der Krieg möglichst schnell endet. Da sind die Mittel längst noch nicht ausgeschöpft, und das wissen Sie auch.

– Ja, ich weiß, das hören Sie ungern; es ist aber die Wahrheit.

Herr Lindner, Sie haben versprochen, unter Ihnen als Finanzminister werde es keine neuen Schulden geben. Was Sie hier aber irreführend als „Sondervermögen“ bezeichnen, ist in Wirklichkeit nichts anderes, es sind neue Schulden, plötzlich geht das.

Es braucht eine echte Offensive zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Ich denke, es ist klar geworden, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen können.

Für alles andere soll aber ab 2023 die Schuldenbremse wieder gelten, diese Schuldenbremse, wegen der es seit Jahren immer wieder heißt, es sei kein Geld da, die Schuldenbremse, wegen der Städte und Gemeinden immer öfter Schwierigkeiten haben, öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendklubs oder sogar Frauenhäuser offenzuhalten, die Schuldenbremse, wegen der es bei Straßen, Brücken und Schienennetz einen verheerenden Investitionsstau gibt – von schnellem Internet will ich gar nicht anfangen.

Herr Lindner sagt: „Wir müssen an unsere Kinder und Enkel denken“; deshalb bräuchte es die Schuldenbremse. Aber das ist volkswirtschaftlich leider völliger Unsinn; denn selbst die sprichwörtliche schwäbische Hausfrau,

die Angela Merkel damals als Kronzeugin für die Einführung der Schuldenbremse bemüht hat, als Sinnbild für eine ordentlich wirtschaftende Person, würde einen Kredit aufnehmen, um ihr kaputtes Dach zu sanieren, statt es

einfach reinregnen zu lassen, insbesondere in Nullzinszeiten. Ja, wir müssen an unsere Kinder und Enkel denken. Deshalb dürfen wir

ihnen kein verfallendes Haus hinterlassen. Das ist doch die Wahrheit, Kolleginnen und Kollegen!

Wir brauchen Investitionen für unsere Zukunft, zum Beispiel für den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien. Herr Habeck, meinten Sie das eigentlich mit „progressiver Politik“, wenn für Aufrüstung 100 Milliarden Euro bereitgestellt werden, die Investitionen in erneuerbare Energien aber unter dem Vorbehalt der Schuldenbremse stehen oder wenn Sie Ihre Umweltziele einfach aufgeben und sich für Fracking-Gasterminals einsetzen oder wenn Sie zulassen, dass das Weltenerbe Wattenmeer durch Gasbohrungen gefährdet wird? Wie erklären Sie das eigentlich Ihren Wählerinnen und Wählern? Das ist mir ein Rätsel.

Ich denke, es ist klar geworden, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen können. Er ist nicht sozial und zutiefst ungerecht, und dazu können wir als Linke niemals Ja sagen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Christian Dürr, FDP:

Wir werden die Ausgaben um 77 Milliarden Euro reduzieren



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Das Jahr 2022, also der Start dieser Regierungskoalition, steht unter Vorzeichen, die wir uns vor fast genau einem halben Jahr, während der Koalitionsverhandlungen, nicht hätten vorstellen können. Nicht nur spüren wir die wirtschaftlichen und sozialen Nachwirkungen des Höhepunktes der Coronapandemie; das alles rückt ja in den Hintergrund angesichts des Angriffskrieges Russlands in der

Ukraine und der schrecklichen Bilder, die wir von dort täglich sehen.

Die Zerstörung und das Leid, das wir dort sehen, sind schrecklich, und jegliche Unterstützung, die wir leisten, ist richtig und notwendig. Ich möchte daher an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Egal was wir tun, wir dürfen uns an die Bilder aus der Ukraine nicht gewöhnen, meine Damen und Herren. Wir dürfen uns an diese Bilder nicht gewöhnen!

Wir reagieren, indem wir eng an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen, die auch für die europäische Freiheit kämpfen. Wir unterstützen finanziell ganz konkret den ukrainischen Staat, damit er weiterhin funktioniert. Ganz konkret: In diesem Bundeshaushalt, abgestimmt mit den G 7, stellen wir 1 Milliarde Euro deutsches Steuergeld zusätzlich zur Verfügung, um die Funktionsfähigkeit des ukrainischen Staates aufrechtzuerhalten. Auch das ist ein wichtiges Signal dieser Haus-

haltsberatung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir schaffen etwas Weiteres mit diesem Bundeshaushalt – es ist ja auch schon viel über Stellen gesprochen worden -: Beim Generalbundesanwalt, der der Dienstaufsicht des Bundesjustizministers untersteht, schaffen wir Stellen für die Verfolgung von Kriegsverbrechen. Diese Kriegsverbrechen in der Ukraine dürfen nicht ungesühnt bleiben; auch die deutschen Strafverfolgungsbehörden werden die Täter verfolgen.

Wenn wir also über den Bundeshaushalt von diesem Jahr sprechen, sprechen wir über veränderte Gegebenheiten, über eine geopolitisch andere Welt als noch vor gut drei Monaten.

Hier steht ja insbesondere das Sondervermögen für die Bundeswehr im Fokus. Der Bundeskanz-

Wir entlasten gezielt und reagieren angemessen auf die aktuelle wirtschaftliche Lage.

ler hat das hier am 27. Februar vorgeschlagen. Ich bin dem Bundesfinanzminister für seine Verhandlungsführung ausdrücklich dankbar; ich bin ihm dankbar, dass er die CDU/CSU-Bundestagsfraktion davon abgehalten hat, hier am Freitag einen absurden Abzählreim durchzuführen.

Wir schaffen es mit diesem Sondervermögen, die Bundeswehr endlich so auszustatten, wie sie ausgestattet werden muss, wie eine moderne Armee ausgestattet werden muss. Das wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Das dient nicht nur unserer eigenen Sicherheit, sondern das sind wir am Ende den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr schuldig, um das auch klar zu sagen.

Ein zweiter Punkt, der mir im Zusammenhang

mit dem Sondervermögen wichtig ist: Wir weichen nicht von der Schuldenbremse ab. Wir schleifen nicht die Schuldenbremse im Grundgesetz, sondern wir werden dieses Sondervermögen, das speziell der Bundeswehr zur Verfügung steht, am Freitag mit Zweidrittelmehrheit beschließen.

Vor allen Dingen, Herr Kollege Merz: Wir erhöhen nicht die Steuern. Ich war mir heute Morgen sicher, dass der Oppositionsführer erneut viele Fragen stellen wird, ohne eigene Konzepte vorzulegen. Aber an einer Stelle haben Sie mich blank überrascht – damit war nicht zu rechnen -: Sie werfen der SPD vor, sie hätte den Soli abschaffen müssen, damit Sie als CDU/CSU jetzt ernsthaft den Vorschlag machen können, den Soli für alle Menschen wieder einzuführen. Wie absurd ist das denn, meine Damen und Herren? Das ist die neue finanzpolitische Kompetenz der CDU/CSU in Deutschland. Absurd! Was für ein absurder Vorschlag! Ich hätte es mir nicht träumen lassen.

Herr Merz, diese Bundesregierung, diese Koalition, ist mit einer doppelten Hypothek der 16-jährigen unionsgeführten Bundesregierungen gestartet.

Erstens: eine vernachlässigte Bundeswehr. Ich sprach gerade darüber.

Zweitens: eine sehr gefährliche Abhängigkeit von Russland bei Energie. Deshalb ist das im Koalitionsvertrag verankerte Thema Planungsbeschleunigung – wir wollen die Planungsbeschleunigung

Fortsetzung auf nächster Seite

in Deutschland so voranbringen, dass wir die Planungs- und Genehmigungszeiten halbieren – dringlicher denn je. Hier sind wir in der letzten Sitzungswoche mit dem Ausbau von LNG-Terminals einen ersten Schritt gegangen, einen ersten wichtigen Schritt. Ich schlage vor, dass wir genau daran anknüpfen.

Wir reden darüber, dass die Wirtschaft in den nächsten Jahren massive Investitionen tätigen muss. Das darf nicht Jahrzehnte dauern, sondern da brauchen wir schnelle Verfahren in allen Bereichen der Wirtschaft und der Industrie in Deutschland, aber auch bei den Infrastrukturvorhaben des Staates, meine Damen und Herren. Das, was wir hier vorgeschlagen haben, das, was wir beim Thema LNG-Terminals mit dem Ziel der Energieunabhängigkeit durch den Deutschen Bundestag gebracht haben, ist ja geradezu eine Blaupause für weitere Projekte, um die Transformation der Wirtschaft nach vorne zu bringen.

Kaum ein anderes Land der Welt – ich will das zum Thema Klimaschutz an der Stelle sagen – hat in den letzten Jahrzehnten so viel Geld für Klimaschutz ausgegeben, aber so wenig beim Klimaschutz erreicht. Das müssen wir umdrehen. Wir brauchen Planungsbeschleunigung auch, damit wir energieunabhängig werden und endlich den Klimaschutz in Deutschland und die Transformation unserer Volkswirtschaft entsprechend voranbringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Diese Ampelkoalition ist ja angetreten, um das Leben der Menschen in Deutschland zu verbessern. Das mag erst pathetisch klingen; aber das ist jetzt sehr konkret, Herr Merz. Denn das, was wir jetzt sehen, ist, dass die letzten Wochen und Monate für viele Menschen sehr, sehr hart gewesen sind und dass es leider wahrscheinlich nicht einfacher wird. Ich denke an die Millionen Familien mit kleinen Einkommen, die die gestiegenen Preise jetzt sehr deutlich spüren und dennoch alles dafür tun, damit ihre Kinder alles bekommen, was sie brauchen. Ich denke an die Gastronomen in unserem Land, die erst unter der Pandemie gelitten haben und jetzt unter einem enormen Personalmangel leiden. Ich denke an die vielen Handwerksbetriebe, die weiterhin junge Menschen ausbilden und jeden Tag auf die Lieferwagen und ihre Transporte angewiesen sind.

Ich finde es daher richtig, dass wir es in den letzten Wochen geschafft haben, so viele Entlastungen auf den Weg zu bringen, um all diese Menschen zu erreichen. Wir haben den Kinderbonus erhöht, die Heizkostenpauschale erhöht und die Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro für Transfer-

empfänger, die Energiepauschale in Höhe von 300 Euro für alle Erwerbstätigen, die Einführung des 9-Euro-Tickets – das wurde gesagt – sowie die Senkung der Steuern auf Benzin und Diesel beschlossen. Wir erhöhen bei der Einkommensteuer dauerhaft und rückwirkend zum 1. Januar 2022 den Grundfreibetrag, den Arbeitnehmerpauschbetrag und die Pendlerpauschale.

Meine Damen und Herren, wir werden für die Unternehmen in Deutschland den steuerlichen Verlustrücktrag dauerhaft ausweiten, was ich damals noch als Haushalts- und Finanzpolitiker in der Opposition immer gefordert

habe. Mit dem, der in der Vergangenheit als Unternehmer in Deutschland solidarisch mit dem Steuerstaat war, weil er – oder sie – Steuern auf Gewinne gezahlt hat, muss jetzt auch der Steuerstaat in schwierigen Zeiten solidarisch sein. Das macht diese Regierungskoalition, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir entlasten gezielt und reagieren angemessen auf die aktuelle wirtschaftliche Lage und die hohe Belastung der Menschen in diesem Land. Heute tritt die Senkung der Energiesteuer in Kraft, um die Pendlerinnen und Pendler zu entlasten. Ich habe die ersten Meldungen dazu gesehen. Obgleich noch altes Benzin und alter Diesel in den Tanks ist, als die Steuersätze noch höher waren, sinken glücklicherweise heute Morgen die Preise an den Tankstellen. Wir müssen die Menschen im ländlichen Raum weiter im Blick behalten. 60 Prozent der Menschen in Deutschland wohnen nicht in urbanen Zentren, sondern im ländlichen Raum. Das sind viele Pendlerinnen und Pendler. Das sind viele Familien. Und diese Regierungskoalition behält genau diese Menschen im Blick; auch das will ich deutlich sagen.

Wir schaffen mit diesem Bundeshaushalt etwas Weiteres. Über Bildung ist heute Morgen für meine Begriffe noch zu wenig gesprochen worden. Diese Bundesregierung bringt eine große BAföG-Reform auf den Weg und finanziert sie auch. Ja, ich muss das sagen, Herr Merz: Die letzte Bundesbildungsministerin, die über Milkannen philosophiert hat, kam von der CDU. Ich will das in aller Klarheit sagen: Wir müssen an einer Stelle in Deutschland in einer Gerechtigkeitsfrage den Hebel umlegen. Die Frage, wie man im Leben vorankommt, darf nicht vom Elternhaus abhängig sein, sondern muss davon unabhängig sein, wie man sich im Leben anstrengt. Jeder muss die gleichen

Chancen haben, und dafür sorgen wir mit unserer BAföG-Reform.

Ich will diesen Haushalt insgesamt ins Verhältnis setzen. Wir erhöhen die Investitionen um 50 Milliarden Euro. Das sind bis zum Jahr 2026 350 Milliarden Euro Investitionen des Bundes, mehr als jemals zuvor. Wir werden die Ausgaben im Bundeshaushalt 2022 um 77 Milliarden Euro reduzieren, und gleichzeitig machen wir 100 Milliarden Euro weniger Schulden als die Große Koalition 2021. Wir setzen die richtigen Prioritäten, und der Bundeshaushalt 2022 ist der Auftakt für

den Bundeshaushalt des kommenden Jahres, über den wir hier bereits in wenigen Wochen diskutieren werden. Das ist der Unterschied zur unionsgeführten Vorgängerregierung. Herr Merz, wer immer mehr fordert und gleichzeitig zu hohe Ausgaben kritisiert, dem sage ich: Das passt nach meiner Rechnung nicht zusammen.

Jetzt will ich auf Ihre Arbeit als Opposition während der letzten Wochen zu sprechen kommen. Wenn es nach Ihren Vorschlägen ginge, machten wir als Koalition in diesem Jahr 60 Milliarden Euro mehr Schulden. Das ist doch die Wahrheit, Herr Merz. Ich habe mir Ihre Anträge im Haushaltsausschuss sehr genau angeschaut. Sie wollen 60 Milliarden Euro aus dem Energie- und Klimafonds einsetzen für das, was Sie vorhaben. Sie nutzen also eine Rücklage, von der Sie selbst sagen, sie sei verfassungswidrig. Das passt nicht. Ich frage Sie: Welches Verfassungsorgan wollen Sie hinter die Fichte führen, das Bundesverfassungsgericht oder den Deutschen Bundestag? Herr Kollege

Merz, das müssen Sie beantworten.

Ich frage Sie: Wo ist Ihr Plan für die Rückkehr zur Schuldenbremse? Wo ist eigentlich der Plan der Union, um im kommenden Jahr zur Schuldenbremse zurückzukehren? Ich habe es schon mal gesagt und wiederhole es an dieser Stelle gerne: Die Schuldenbremse ist bei Christian Lindner und Olaf Scholz in besseren Händen als bei Friedrich Merz und Alexander Dobrindt, um das in aller Klarheit zu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe in der letzten Wahlperiode öfter gesagt, dass man Oppositionsarbeit so verstehen muss, dass man Serviceopposition ist, die intelligente Vorschläge macht und auch Alternativen zur Regierungsarbeit aufzeigt. Gerade die Öffentlichkeit hat aus meiner Sicht ein Anrecht darauf. Herr Kollege Merz, die 60 Milliarden Euro, die gemäß Ihren Haushaltsvorschlägen dem Energie- und Klimafonds entnommen werden sollen, fehlen in der Sache; denn Sie selbst sagen, das sei verfassungswidriges Geld.

Stichwort „Serviceopposition“: Das, was wir in den letzten Wochen bei den Haushaltsberatungen seitens der CDU/CSU erlebt haben, ist keine Serviceopposition. Das ist eine einzige Servicewüste gewesen. Meine Damen und Herren, dabei ist haushaltspolitisch nichts, aber auch gar nichts von dem herumgekommen, was Sie vorgelegt haben.

Ich will zum Schluss ein wichtiges Thema ansprechen, das Sie vorhin in Ihrer Rede angedeutet haben und das ein Kollege der CDU/CSU-Fraktion schon gestern bei der Debatte über die Finanzpolitik im Zusammenhang mit dem Einzelplan des Bundesfinanzministers erwähnt hat, nämlich die Altersversorgung in Deutschland. Diese Bundesregie-

rung wird den Nachholfaktor in der Rente wieder einführen. Wir priorisieren im Haushalt so, dass wir in Zukunft in Richtung Kapitaldeckung/Teilkapitaldeckung bei der Altersvorsorge gehen. Ich bin da schon sehr verwundert, Herr Merz. Sie sagen nach 16 Jahren Verantwortung, bei der Rente sei es irgendwie gescheitert. Sie haben die Bundeskanzlerin gestellt. Mit Verlaub, das alles ist nicht – ich habe hier die letzten vier Jahre gesessen – an der SPD gescheitert, sondern vor allem an der Union, die bis heute kein Rentenkonzept vorlegen kann. Bis heute haben Sie keinen Vorschlag gemacht, aus dem hervorgeht, wie es besser geht.

Ich will einen sehr konkreten Kürzungsvorschlag aufgreifen, den Sie als Fraktion vorgelegt haben. Sie kürzen bei der beruflichen Integration von Zuwanderern. Das mag erst mal wie ein kleiner Titel klingen. Ich glaube aber, das ist ein verräterischer Vorschlag, weil dahinter in Wahrheit eine andere Haltung bei einem viel größeren Thema steckt. Ich will Ihnen, Herr Merz, eine klare Frage stellen: Wollen Sie mit dem historischen Fehler der eigenen Partei aufräumen und Deutschland endlich zu einem modernen Einwanderungsland machen, oder wollen Sie das nicht? Es liegt im besten wirtschaftlichen und nationalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland, dass wir endlich ein modernes Einwanderungsland werden; denn nur so werden wir die notwendigen Fachkräfte bekommen. Nur so werden wir die Renten der Zukunft absichern. Auf diese zentrale Zukunftsfrage, auf die wir im Koalitionsvertrag eingehen, haben Sie weder heute noch in der Vergangenheit eine einzige Antwort geliefert. Wir handeln.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder muss die gleichen Chancen haben, und dafür sorgen wir mit unserer BAföG-Reform.

Diese Bundesregierung wird den Nachholfaktor in der Rente wieder einführen.



Einigkeit in der Ampel: FDP-Fraktionsvorsitzender Dürr und Bundeskanzler Scholz

© picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

Thorsten Frei, CDU:

Wir haben einen Bundeskanzler, der das Problem negiert



Thorsten Frei (*1973)
Wahlkreis Schwarzwald-Baar

Ich finde es schon eine bemerkenswerte Strategie, dass die Vertreter der Koalitionsfraktionen, denen ich zugehört habe, den überwiegenden Teil ihrer Redezeit darauf verwenden, die Opposition zu beschimpfen. Das ist sicherlich keine zukunftsfruchtige Strategie, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Zukunft zu lösen und zu bewältigen.

In der Tat, es sind wichtige Zeiten, in denen wir leben. Es gibt Ereignisse, die teilen die Zeit in ein Davor und in ein Danach. Der verbrecherische Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist ein solches Ereignis. Deswegen hat der Herr Bundeskanzler heute ja auch sehr viel über die Zeitenwende der großen Staaten gesprochen. Es gibt aber zeitgleich auch eine Zeitenwende der kleinen Leute, und die beginnt nicht mit einer Kriegserklärung, sondern die kommt schleichend und lautlos daher. Sie ist unerbittlich und enttäuschend für viele Menschen und auch existenzbedrohend. Diese Zeitenwende macht vor allen Dingen Rentner, Arbeiter und Sparer zu den großen Verlierern dieser Zeit, und diese Zeitenwende wird „Inflation“ genannt.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, antworten darauf nur mit dem Kurieren von Symptomen und bekämpfen nicht die Ursachen der Inflation, der Geldentwertung. Sie, Herr Bundeskanzler, haben heute Morgen gelobt, wie hoch die Rentensteigerung ausfallen wird. Ja, wir hatten im letzten Jahr eine Geldentwertung von 3,1 Prozent und haben in diesem Jahr eine von 7,9 Prozent. Das sind über 2 Prozentpunkte mehr als die Rentensteigerung, die wir dieses Jahr bekommen werden; das heißt nicht mehr, sondern weniger in den Geldbeuteln der Menschen. Das ist die Wahrheit. Darauf sollten Sie eine Antwort finden. – Die ge-

be ich Ihnen gerne. – In dieser Situation sind vor allen Dingen diejenigen betroffen, die den Ratschlag vieler Politiker in den vergangenen Jahren beherzigt und für das Alter vorgesorgt haben. Aber in dieser Situation schmilzt die Altersvorsorge der Menschen hier in Deutschland wie Eis in der Sonne. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Ich will an dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren – auch von den Grünen –, einmal den ehemaligen Bundesfinanzminister zitieren. Er hat im Juni letzten Jahres, also vor ziemlich genau einem Jahr, folgenden Satz gesagt: Ich will allen die Sorge nehmen, dass wir mit der Inflation ein allzu großes Problem bekommen. Die Inflation wird viel geringer ausfallen, als viele befürchten. – Das hat der damalige Bundesfinanzminister vor einem Jahr gesagt.

Ich will Ihnen nicht vorwerfen, dass Sie anders als andere die herauskommenden Probleme nicht erkannt haben, dass Sie sie weggeschwiegen haben. Aber Ihnen ist vorzuwerfen, dass Sie es bis heute nicht als zentrale Herausforderung Ihrer Kanzlerschaft begriffen haben, etwas dagegen zu tun, dass das Geld der Menschen mehr und mehr entwertet wird. Das ist die Herausforderung. Wenn Sie es täten, dann würden Sie eine andere Fiskalpolitik machen und dann würden Sie insbesondere auf europäischer Ebene nach anderen Regeln rufen. Sie tun das allerdings nicht, und deswegen sage ich Ihnen eines: Der Kampf gegen die Geldentwertung, das ist soziale Verantwortung. Der Kampf gegen die Geldentwertung, das ist Leistungsgerechtigkeit. Deswegen fordern wir Sie auf, dieses Thema endlich anzugehen, und zwar nicht, indem man an den Symptomen herumdoktert, sondern indem man die Ursachen bekämpft.

Ich will vor diesem Hintergrund ein letztes Zitat heute ansprechen. Es stammt vom früheren Oppositionspolitiker und heutigen Finanzminister Christian Lindner. Er hat den damaligen Bundesfinanzminister Scholz, den er mit einem Karnevalsprinzen vergleicht, attackiert und über die Inflation, die er früher als andere erkannt hat, Folgendes gesagt – Zitat

–: ... der Staat ist einer der größten, wenn nicht der größte Treiber von Inflation. ... Als Finanzminister warf Olaf Scholz mit Kamelle um sich.

Und weiter:

Die öffentlichen Finanzen solide zu halten, ist dafür der wesentliche Baustein. Wenn die EZB in das Schlepptau der Fiskalpolitik stark verschuldeter Staaten geraten würde, dann hätte sie kaum Möglichkeiten, die Inflation zu bekämpfen.

Statt neuer Schulden müsste Deutschland, so Lindner, den – Zitat – „Tilgungsturbo“ anwerfen.

Also, unsolide Staatsfinanzen, schmettert Lindner Scholz entgegen, gefährden die Preisstabilität. Ich finde, besser kann man es nicht zusammenfassen. Umso mehr fragt man sich, ob das wirklich der Mann ist, der sechs Monate später einen verfassungswidrigen Nachtragshaushalt mit 60 Milliarden Euro neuen Schulden vorlegt, der ganz sicher vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern wird, ob das der gleiche Mann ist, der zwölf Monate später mit 240 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung die höchste Neuverschuldung in der

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen sagen: Es gibt etwas, das noch schneller schmilzt als das Vermögen der Deutschen, und das ist die Glaubwürdigkeit der FDP. Sie schmilzt wie Eis in der Sonne.

Wir haben einen Bundeskanzler, der das Problem negiert und auch jetzt so tut, als gäbe es das nicht. Und wir haben einen Bundesfinanzminister, der das Problem erkennt, aber gegensätzlich handelt. Damit wird eines deutlich – es ist das Muster Ihrer Koalition -: Diese Koalition wird durch Schulden, Schulden und noch mehr Schulden zusammengehalten. Sie sind der Kitt dieser Koalition. Damit wird alles zugeschüttet. Aber was der Zement für diese Koalition ist, ist Sprengstoff für die

Glaubwürdigkeit der FDP. Das sollten Sie sich sehr gut überlegen.

Man muss eines sagen: Bei der einen oder anderen Rede hat man den Eindruck gewinnen können, dass Geldentwertung Schicksal sei, eine Naturgewalt. Nein, das ist es nicht. Die Geldentwertung ist das Ergebnis politischer, ökonomischer, fiskalischer und geldpolitischer Entscheidungen, und jede einzelne dieser Entscheidungen kann man auch anders treffen. Ich will Ihnen das an drei Beispielen benennen. Natürlich stimmt es, dass wir den Lockdown in China haben, dass wir den Krieg in der Ukraine haben – da haben Sie vollkommen recht –, dass wir eine Delokalisierung von Produktionsstätten haben, dass es eine Fiskalpolitik der Staaten und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gibt. Aber an drei Beispielen möchte ich Ihnen zeigen, dass man es auch anders machen kann.

Erstens: zur Verlagerung von Produktionsstätten. Ja, es ist richtig, sich aus Russland zurückzuziehen, und es ist auch richtig, in den Blick zu nehmen, dass wir strategische Abhängigkeiten von China reduzieren oder gar beenden. Aber wenn man das tut, dann muss eine internationalisierte Volkswirtschaft, wie wir sie haben, nach neuen Räumen Ausschau halten. Das bedeutet noch mehr internationale Zusammenarbeit mit den Staaten, die unsere Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilen. Dann geht es um Staaten wie die USA und um Kanada. CETA ist seit vier Jahren ausverhandelt und vom Bundesverfassungsgericht ausgeurteilt. Seit Wochen bemühen wir uns in jeder einzelnen Sitzungswoche, das Ratifizierungsgesetz hier im Bundestag zur Abstimmung zu bringen. Wer verhindert es? Die Koalition verhindert es. Das macht Sie unglaublich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Einen zweiten Punkt als wesentliche Ursache für die Geldentwertung will ich gerne ansprechen. Das ist der Angebotsschock, den wir in Europa haben. Darauf hat die Europäische Kommission übrigens reagiert, indem sie es ermöglicht, dass wir auch auf ökologischen Brachflächen, auf Vorrangflächen Feldfrüchte anbauen. So könnte man allein in Deutschland 800 000 Tonnen Getreide anbauen, mit denen man 3 Millionen

Menschen ernähren könnte. Alle Länder in Europa praktizieren das; einer ist dagegen. Herr Bundeskanzler, das ist Ihr Bundeslandwirtschaftsminister. Das ist nicht nur ein Beitrag, um die Probleme noch weiter zu verschärfen. Das ist auch ein Beitrag dazu, nichts zu leisten, wenn es darum geht, eine weltweite Hungersnot zu bekämpfen.

Ich will einen dritten Punkt benennen. Frau Beck, Sie haben ganz konkret das Thema Energie angesprochen. Wenn ich Ihre Pläne hier im Deutschen Bundestag anschau, dann ist zum Beispiel auch das Osterpaket dabei. Ich bin ein Abgeordneter aus dem Schwarzwald. Da gibt es seit Jahrhunderten Wasserkraft. Wasserkraft versorgt etwa 1 Million Haushalte in Deutschland mit regenerativer Energie, die aber anders als Wind und Sonne dann zur Verfügung steht, wenn man sie wirklich braucht. Im Osterpaket sind Regelungen enthalten, die Wasserkraftwerke für 90 Prozent der Betreiber verunmöglichen. Das machen Sie in einer Zeit, wo es darum geht, autark zu werden, wo es darum geht, unabhängig zu werden. Da nehmen Sie diese Möglichkeiten vom Tisch, genauso wie Sie die letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke ausgerechnet dann abschalten wollen, wenn wir im nächsten Winter wahrscheinlich den Peak der Herausforderungen erreichen werden. Das ist sicherlich keine kluge und verantwortungsvolle Politik.

Natürlich ist für die Inflation auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die zu Recht unabhängig ist, entscheidend. Aber der Handlungsspielraum der Europäischen Zentralbank, die selbst in Zeiten dieser Inflation noch auf negative Einlagezinsen setzt und Anleihekäufe tätigt, ergibt sich natürlich auch aus der Fiskalpolitik der Staaten. Da würde ich mir wirklich wünschen, dass Sie einer sicherheitspolitischen Zeitenwende eine haushalts- und finanzpolitische Zeitenwende folgen lassen, dass Sie Schwerpunkte setzen und dass Sie nicht jedes Problem mit neuen Schulden lösen, womit wir dann natürlich auch negatives Vorbild für ganz Europa sind.

Wir bräuchten hier einen starken Bundesfinanzminister, der als Liberaler eigentlich die linken Blütenträume aus dem Koalitionsvertrag herausstreichen müsste. Und wir bräuchten einen Bundeskanzler, der in diesem Zusammenhang

Der Kampf gegen die Geldentwertung, das ist soziale Verantwortung.

Schulden sind keine Zukunftspolitik, in Deutschland nicht und in Europa nicht.

nicht von einem Hamilton-Moment träumt. Herr Bundeskanzler, Sie haben nicht die ganze Geschichte erzählt, als es um die Verschuldung in Europa ging. Als Alexander Hamilton 1790 die Verge-

meinschaftung der Schulden in den USA ermöglicht hat, hat er im Grunde genommen nicht den Zement für den neuen Staat angeführt, sondern Sprengstoff gelegt. Er hat viele Staaten in die Insol-

venz getrieben. Die Auswirkungen reichten bis zum Amerikanischen Bürgerkrieg. Das wollen wir nicht. Schulden sind keine Zukunftspolitik, in Deutschland nicht und in Europa nicht. Sie sollten eine Poli-

tik machen, die dazu führt, dass wir auch die Regeln einhalten, die wir uns in Europa gegeben haben und die es ermöglichen, dass wir kraftvoll gegen Inflation, gegen Geldentwertung vorgehen kön-

nen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Achim Post, SPD:

Das Grundmuster heißt Koordinierung und Kooperation



Achim Post (*1959)
Wahlkreis Minden-Lübbecke I

Ehrlich gesagt, frage ich mich nach den Reden von Herrn Merz und Herrn Frei, den ich sehr schätze, wie Sie wissen: Muss man eigentlich alles negieren, was man in 16 Jahren Regierungszeit gemacht hat? Kann man negieren, dass man selbst für die größte Nettokreditaufnahme in diesem Lande verantwortlich war, und es jetzt den anderen in die Schuhe schieben, weil man in der Opposition ist? Ist das nicht ein bisschen wenig? Ist das nicht vielleicht unterkomplex, wenn ich das mal fragen darf?

Wenn wir über diesen Haushalt reden, dann müssen wir feststellen: Diese Ampelkoalition, diese Bundesregierung, dieser Bundesfinanzminister und diese Fraktio-

nen der Ampel haben einen guten und verantwortbaren Haushalt vorgelegt, und dieser Haushalt ist in Zeiten wie diesen auch dringend notwendig. Denn mit diesem Haushalt gewährleisten diese Koalition, diese Bundesregierung, dieser Bundeskanzler und dieser Bundesfinanzminister, dass wir es hinbekommen, etwas für die äußere Sicherheit, für die innere Sicherheit und gleichzeitig für die soziale Sicherheit zu tun. Diese drei Dinge gehören zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ja, es stimmt: Dieser Haushalt hat ein hohes Volumen, 495 Milliarden Euro. Das ist viel Geld; das weiß ich. Es gibt Gründe dafür. Der erste Grund ist die Coronapandemie, mit der wir uns seit zwei Jahren auseinandersetzen müssen und die noch nicht zu Ende ist und weiter erfordert, dass wir Betrieben und Beschäftigten helfen. Und diese Koalition wird das auch machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt einen zweiten Grund: Putins Angriffskrieg hat Auswirkungen, nicht nur auf Millionen von Menschen in der Ukraine – er ist für viele Tote verantwortlich –, sondern auch auf uns, auf Deutschland, auf Europa und auf die Welt. Das ist keine Petitesse, sondern eine Zeitenwende,

von der wir alle hier zu Recht geredet haben.

Ich will deshalb eines sagen: Ich weiß, dass es richtig ist, dass wir uns in dieser Zeitenwende auf das „Sondervermögen Bundeswehr“ geeinigt haben, und zwar die Ampel zusammen mit der größten Oppositionsfraktion, mit der CDU/CSU-Fraktion. Und ich weiß zu schätzen, dass wir diese Zeitenwende mit einer gemeinsamen Antwort versehen, nämlich mit einer starken Bundeswehr.

Wenn ich da mal was zur Kollegin Mohamed Ali von der Linken sagen darf: Wenn Sie Willy Brandt zitieren, dann dürfen Sie das gerne machen. – Sie dürfen ihn auch gerne nennen. Sie dürfen alles, was Sie möchten, mit Willy Brandt machen, aber ich darf auch darauf antworten. Und ich möchte darauf antworten. – Willy Brandt ist der falsche Kronzeuge gegen das Sondervermögen; denn Willy Brandt hat den Friedensnobelpreis bekommen für eine weretegeleitete Realpolitik, für die Aussöhnung mit dem Osten, mit der damaligen Sowjetunion und den anderen Ländern Osteuropas. Er hat diesen Friedensnobelpreis bekommen, weil er das auf der Grundlage einer starken Verankerung in der NATO, im westlichen Bündnis, und in der Europäischen

Union gemacht hat. Die Bundeswehr hatte damals 500 000 Soldatinnen und Soldaten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Also keine falschen Kronzeugen suchen!

Jetzt kommen wir zum Sondervermögen. Was ist das Gute am Sondervermögen? Das Gute ist, dass Deutschland, dass die Bundesregierung auf die Zeitenwende reagiert, dass wir uns wehrhafter machen, dass wir unsere Bundeswehr besser ausstatten und gleichzeitig über die Konstruktion des Sondervermögens dafür sorgen, dass in anderen Bereichen, beim

Klimaschutz, in der Bildungspolitik und in der Sozialpolitik, nicht gekürzt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein ganz hohes Gut, ein ganz hoher Wert. Das ist genau die richtige Politik.

Was ich gerade über die Politik von Willy Brandt und Helmut Schmidt gesagt habe, dass sie eingebettet war in das westliche Bündnis, das gilt auch jetzt für die Bundesrepublik Deutschland. Das galt schon zu Zeiten, als Sie regiert haben, liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU/CSU, und das gilt erst recht für diese Ampelkoalition, für diese Außenministerin, für diesen Bundeskanzler, für diesen Bundesfinanzminister und für alle anderen, die auf der Regierungsbank sitzen. Das, was wir machen, folgt einem Grundmuster. Das Grundmuster heißt: Koordinierung und Kooperation. Wir koordinieren und kooperieren innerhalb der Europäischen Union, innerhalb der NATO und mit unseren transatlantischen Partnern und anderen Freundinnen und

Freunden in der Welt. Genau das ist die richtige Haltung, um Außen- und Friedenspolitik zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zu der Frage, was für Deutschland wichtig ist, würde ich auch gerne etwas sagen. Wenn wir hier in Deutschland über die äußere und die innere Sicherheit reden, dann müssen wir auch über die soziale Sicherheit reden, gerade in Zeiten wie diesen. Ich schaue zur Regierungsbank, zu Hubertus Heil. Ich kann mich für meine Fraktion beim Bundesarbeitsminister nur dafür bedanken, dass er den 12-Euro-Mindestlohn einführt, dass ab dem 1. Oktober Millionen von Menschen von diesem Mindestlohn profitieren.

Dazu eine Anmerkung in Richtung der Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU: Erst waren Sie immer gegen den Mindestlohn, ganz grundsätzlich. Vor den letzten Landtagswahlen hatte ich den Eindruck, dass Sie dafür sind. Ich kenne viele Zitate; auch der jetzige Ministerpräsident Wüst hat gesagt, er sei für die Einführung eines Mindestlohns von 12 Euro. Jetzt höre ich, dass Sie sich am Freitag enthalten wollen. Was für ein machtvolleres Dokument der Hilflosigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU!

Diese Bundesregierung, dieser Bundeskanzler, diese Ampelkoalition sind gut für Deutschland. Ich bin stolz darauf, dass Olaf Scholz unser Bundeskanzler ist und niemand, der bei Ihnen da vorne sitzt.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es ist richtig, dass wir uns auf das »Sondervermögen Bundeswehr« geeinigt haben.

Diese Bundesregierung, dieser Bundeskanzler, diese Ampel sind gut für Deutschland.



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) spricht in der Generaldebatte der Haushaltswoche im Bundestag.

© picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Tino Chrupalla (AfD), Claudia Roth (B90/Die Grünen, Staatsministerin für Kultur und Medien), Otto Fricke (FDP), Ulrich Lange (CSU), Reem Alabali-Radovan (SPD, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), Martin Renner (AfD), Andreas Audretsch (B90/Die Grünen), Anikó Merten (FDP), Kerstin Radomski (CDU), Wiebke Esdar (SPD), Luise Amtsberg (B90/Die Grünen), Stefan Seidler (SSW), Linda Teuteberg (FDP), Sepp Müller (CDU), Helge Lindh (SPD), Christina Schenderlein (CDU), Stefan Gelbhaar (B90/Die Grünen).

leicht
erklärt!

Geld für die Bundes-Wehr

100 Milliarden Euro für bessere Ausrüstung



Thema im Bundestag



Letzte Woche haben die Politiker vom Bundestag über die Bundes-Wehr gesprochen.

Also über die Soldaten von Deutschland.

Dabei ging es um Folgendes:

Die Bundes-Wehr soll mehr Geld bekommen.

Im folgenden Text gibt es weitere Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Warum soll die Bundes-Wehr mehr Geld bekommen?
- Woher soll das Geld kommen?
- Was soll mit dem Geld geschehen?



Was ist die Bundes-Wehr?

Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Also alle deutschen Soldaten.



Ihre Aufgaben sind:

- Sie schützen Deutschland. Und zwar, falls es von anderen Ländern angegriffen wird.
- Sie schützen andere Länder. Zum Beispiel Länder, die Partner von Deutschland sind.
- Sie helfen bei Katastrophen. Zum Beispiel bei Erdbeben, Überflutungen oder Hungersnöten. Und zwar in Deutschland. Aber auch im Ausland.

Probleme bei der Bundes-Wehr

Schon seit vielen Jahren hört man es immer wieder:

Die Ausrüstung der Bundes-Wehr ist schlecht.

Das bedeutet:

Ein Teil der Ausrüstung funktioniert nicht richtig. Und den Soldaten fehlen viele Dinge, die sie für ihre Arbeit brauchen.





Man hört zum Beispiel immer wieder von Panzern, Flugzeugen und Schiffen, die nicht bereit für den Einsatz sind.

Es fehlt auch persönliche Ausrüstung für die Soldaten.

Zum Beispiel Helme, Schutz-Westen oder Ruck-Säcke.

Die Gebäude der Bundes-Wehr sind oft in einem schlechten Zustand.

Außerdem gibt es in einigen Bereichen zu wenige Mitarbeiter.

Warum hat die Bundes-Wehr diese Probleme?

Für die Probleme bei der Bundes-Wehr gibt es verschiedene Gründe.

Als einen der wichtigsten Gründe nennen Experten immer wieder:

Die Bundes-Wehr bekommt schon seit Jahren zu wenig Geld.

Pro Jahr bekommt die Bundes-Wehr bisher ungefähr 45 Milliarden Euro.

Das reicht aber nicht, um Ausrüstung zu kaufen und zu reparieren.

Und um auch alle anderen Aufgaben zu erfüllen.

Viele Menschen fordern deswegen schon seit Jahren:

Die Bundes-Wehr muss mehr Geld bekommen.

Zusätzliches Geld

Im Februar hat Bundes-Kanzler Olaf Scholz deswegen gesagt:

Ja, die Bundes-Wehr wird nun mehr Geld bekommen.

Normalerweise bekommt sie im Jahr ungefähr 45 Milliarden Euro.

Scholz hat versprochen:

Zusätzlich zu diesem Geld soll sie 100 Milliarden Euro bekommen.

Also noch einmal mehr als doppelt so viel.

Allerdings nicht jedes Jahr. Sondern nur ein einziges Mal.



Warum gibt es das Geld jetzt?

Es gibt verschiedene Gründe, warum die Bundes-Wehr ausgerechnet jetzt so viel Geld bekommen soll.

Ein Grund ist, dass viele Experten schon lange mehr Geld fordern.

Auch Partner-Länder von Deutschland fordern das.

Ein anderer wichtiger Grund ist der Krieg in der Ukraine.

Im Februar hat Russland die Ukraine angegriffen.

Seitdem herrscht dort Krieg.

Viele Menschen waren von Russlands Überfall sehr überrascht.

Viele finden:

Der Angriff von Russland zeigt: In Europa ist es nicht so sicher, wie man lange gedacht hat.

Ein Krieg kann leider jederzeit ausbrechen.

Bei vielen Menschen hat das zu der Meinung geführt:

Deutschland muss dafür sorgen, dass es sich besser schützen kann.

Und um das zu erreichen, muss die Bundes-Wehr verbessert werden.

Und dafür braucht sie mehr Geld.



Abstimmung über das zusätzliche Geld

In den letzten Monaten haben die Politiker vom Bundestag viel über das zusätzliche Geld für die Bundes-Wehr gesprochen.

Es ging zum Beispiel um folgende Fragen:

- Woher soll das Geld kommen?
- Wofür soll es ausgegeben werden?
- Ist das zusätzliche Geld überhaupt eine sinnvolle Ausgabe?





All diese Gespräche waren nötig. Denn: Für so ein Zusatz-Geld muss ein Gesetz gemacht werden.

Und diesem Gesetz muss ein großer Teil der Politiker im Bundes-Tag zustimmen.

Und außerdem auch Politiker aus den deutschen Bundes-Ländern.

Es muss also große Einigkeit über das zusätzliche Geld geben.

Und dafür mussten die Politiker viele Dinge absprechen.

Letzte Woche sind sie sich dann einig geworden.

So konnten sie über das Geld abstimmen.

Jetzt ist klar: Die Bundes-Wehr wird das zusätzliche Geld bekommen.

Wofür soll das Geld ausgegeben werden?



Es gibt schon Pläne, wofür man das Geld ausgeben will.

Im Folgenden die wichtigsten Pläne:



Die Bundes-Wehr besteht aus mehreren Bereichen.

Zum Beispiel:

- Ein Bereich kümmert sich um alles, was in der Luft passiert. Diesen Bereich nennt man: Luft-Waffe.
- Ein Bereich kümmert sich um alles, was auf dem Meer passiert. Diesen Bereich nennt man: Marine.
- Ein Bereich kümmert sich um alles, was an Land passiert. Diesen Bereich nennt man: Heer.



Am meisten Geld soll die Luft-Waffe bekommen.

Und zwar ungefähr 41 Milliarden Euro.

Dafür sollen dann zum Beispiel Kampf-Flugzeuge und Hub-Schrauber gekauft werden.



Die Marine soll ungefähr 19 Milliarden Euro bekommen.

Dafür sollen zum Beispiel U-Boote und Schiffe gekauft werden.



Das Heer soll ungefähr 17 Milliarden Euro bekommen.

Dafür sollen zum Beispiel Panzer gekauft werden.

Und alte Panzer sollen erneuert werden.



20 Milliarden sollen ausgegeben werden, damit die Soldaten besser miteinander in Kontakt treten können.

Davon sollen zum Beispiel Funk-Geräte gekauft werden.



2 Milliarden Euro sollen für Kleidung und persönliche Ausrüstung der Soldaten ausgegeben werden.

Das können zum Beispiel Schuhe, Helme oder Ruck-Säcke sein.



Woher kommt das Geld?

100 Milliarden Euro sind für einen Staat wie Deutschland viel Geld.

Das Geld will sich Deutschland leihen.

Im Laufe der Zeit muss Deutschland das Geld dann zurückzahlen.

Unterschiedliche Meinungen

Zu dem zusätzlichen Geld für die Bundes-Wehr gibt es ganz unterschiedliche Meinungen.

Hier ein paar Beispiele:



Eine Meinung ist:

Die 100 Milliarden Euro sind zwar wichtig.

Damit darf es aber nicht aufhören.

Die Bundes-Wehr braucht regelmäßig mehr Geld.

Nur dann kann sie ihre Aufgaben erfüllen.



Eine weitere Meinung ist:

Die Bundes-Wehr braucht eigentlich gar kein zusätzliches Geld.

Die Probleme liegen an anderer Stelle.

Zum Beispiel wird das vorhandene Geld nicht gut ausgegeben.

Es dauert zum Beispiel zu lange, bis Ausrüstung gekauft wird. Und sie ist dann oft zu teuer.

Das müsste man ändern.



Eine weitere Meinung ist:

Es ist schlecht, das Geld für die Bundes-Wehr zu leihen.

Denn: Dadurch macht Deutschland mehr Schulden.

Und eigentlich gibt es in Deutschland die Regel, dass der Staat nicht zu viele Schulden machen darf.



Eine weitere Meinung ist:

Man kann Frieden und Sicherheit nicht nur durch Soldaten erreichen.

Man muss andere Wege dafür finden.

Diese Kritik richtet sich also nicht nur gegen das zusätzliche Geld für die Bundes-Wehr.

Sie richtet sich grundsätzlich dagegen, durch eine Armee den Frieden sichern zu wollen.



Kurz zusammengefasst



Die Bundes-Wehr sind die Soldaten von Deutschland.

Seit Jahren hört man immer wieder von Problemen bei der Bundes-Wehr.

Ausrüstung fehlt oder ist nicht bereit für den Einsatz.

Darum kann die Bundes-Wehr nicht all ihre Aufgaben erledigen.

Vor allem seit dem Angriff von Russland auf die Ukraine sagen viele Menschen:

Die Bundes-Wehr braucht bessere Ausrüstung.

Denn nur so kann sie Deutschland schützen.

Deswegen wurde nun beschlossen:

Die Bundes-Wehr soll zusätzliches Geld bekommen.

Und zwar 100 Milliarden Euro.

Dazu gibt es verschiedene Meinungen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance/dpa / Bernd Wüstneck. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 23-25/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 27. Juni 2022.